

Blätter des Bundes der
Religiösen Sozialistinnen
und Sozialisten
Deutschlands e.V.

1/20

Mai 2020 · 73. Jahrgang
Einzelverkauf 7,- €

CHRISTIN
CHRIST UND
SOZIALISTIN
SOZIALISTIN
SOZIALIST

CUS

Religionen und die soziale Gerechtigkeit

Beiträge aus christlicher und muslimischer Sicht zur sozialen Frage

Corona-Pandemie: Kritische Anmerkungen

Forum: Kairos für die Schöpfung – Hoffnungsbekenntnis für die Erde

Die Wuppertaler Erklärung

Bundesnachrichten

Rezensionen

KREUZ UND ROSE



IMPRESSUM

**CuS. Christin und Sozialistin/
Christ und Sozialist. Kreuz und Rose.**
Blätter des Bundes der Religiösen
Sozialistinnen und Sozialisten Deutsch-
lands, erscheint seit 1948.

Herausgeber:

Bund der Religiösen Sozialistinnen und
Sozialisten Deutschlands e.V., gegrün-
det 1919/1926

Vorstand:

Gerhard Fuchs-Kittowski, Jürgen
Gorenflo, Sabine und Andreas Herr,
Thomas Kegel

Redaktion:

Thomas Kegel (v.i.S.d.P.)
Oeltzenstr. 16, D-30169 Hannover
Tel.: +49/(0)5 11/34 08 92 53
E-Mail: brsd.nord@mailbox.org

Redaktions-Beirat:

Friedrich-Wilhelm Bargheer, Blomberg
Volker Beckmann, Herford
Reinhard Gaede, Herford
Wilfried Gaum, Hannover
Jürgen Gorenflo, Norderstedt
Dietlinde Haug, Bad Oeynhausen
Dieter Hönerhoff, Bielefeld
Elmar Klink, Bremen
Helmut Pfaff, Frankfurt

CuS/BRSD im Internet:

www.BRSD.de

Webmaster:

Thomas Kegel, Hannover

Abonnements:

Erscheint mit ca. 3 Ausgaben im Jahr –
auch als PDF-Datei abonnierbar
Bundessekretariat, Andreas Herr,
Effnerstr. 26, D-85049 Ingolstadt,
brsd-sued@gmx.de

Preise:

Einzelheft: € 7,-, Jahresabonnement,
Inland: € 20,-, Welt: € 30,-, Förder-
abonnement € 25,- oder mehr.
Kündigungen werden zum Jahresende
wirksam. Bitte überweisen Sie den
Betrag jeweils zum Jahresbeginn an
den BRSD e.V., KD-Bank,
IBAN DE15 3506 0190 2119 4570 10,
BIC GENODE1DKD

Gestaltung & Layout:

Thomas Biedermann, Kreativ-Schmiede,
Hamburg, www.kreativ-schmie.de

Druck:

Fork, s.r.o., Martin, Slowakei

ISSN 0945-828-X

INHALTSVERZEICHNIS

Editorial	1
Bundesnachrichten	4
Hartmut Futterlieb	
Gerechtigkeit und Recht	7
Traugott Jähnichen	
Gerechtigkeit als Solidarität	12
Claus Petersen	
„Gleichheit ist Glück“	20
Franz Segbers	
Die biblische Gerechtigkeit	25
Norbert Bernholt	
Zur sozialen Spaltung unserer Gesellschaft	28
Ulrich Duchrow	
Kapitalismuskritische ökumenische Positionen für eine gerechte Globalisierung	34
Karin Hönicke	
Religiöse Gesellschaft der Freunde (Quäker) und soziale Gerechtigkeit	44
Hamideh Mohagheghi	
Gerechtigkeit aus islamischer Perspektive	46
Kairos für die Schöpfung – Hoffnungsbekennnis für die Erde	50
Die Zeichen der Zeit nicht verkennen!	55
Thomas Klein	
Auferstehung in Corona-Zeiten	57
Wilfried Gaum	
„La Patrie en danger“? Est-elle en danger? Et pourquoi?	62
Elmar Klink	
Der Viruskrieg	65
<hr/>	
REZENSIONEN	
Thomas Klein	
Das Geheimnis der Humanität	79
Ulrich Duchrow	
„Wir waren Kirche inmitten der Armen“	82
Bilder- und Fotosnachweis	85
Autorennachweis	85

Editorial

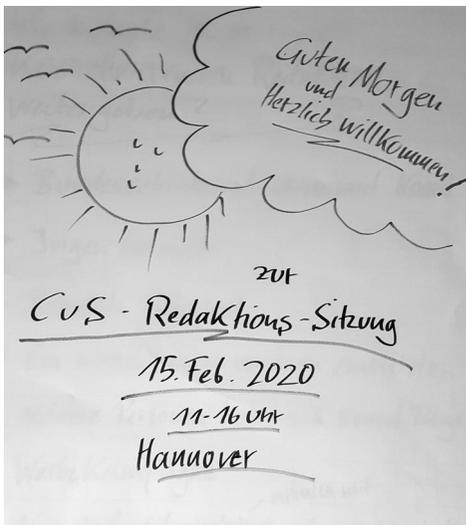
Unser erstes Heft 2020 hat zwei Schwerpunkte: in Vorbereitung auf das Dreiländertreffen der deutschsprachigen religiösen Sozialistinnen und Sozialisten, das für Mai dieses Jahres geplant war, haben wir uns bemüht, aus den drei monotheistischen Religionsströmungen Beiträge zur Frage der sozialen Gerechtigkeit zu bekommen. Sehr gerne hätten wir in Rorschach, CH, dieses Heft als unseren Beitrag zum Drei-Länder-Treffen vorgestellt.

„Dem Elenden und Armen zum Recht verhelfen, heißt das nicht, mich zu erkennen?“ – so fragt Gott laut Jeremia 22, 16 ihre/seine Menschen. Die Frage nach der sozialen Gerechtigkeit wird hier gestellt.

Was also haben Judentum, Christentum und Islam zu dieser für religiöse Sozialistinnen und Sozialisten konstitutiven Frage für Antworten, welches sind die Quellen für die ja für alle drei Religionen so wesentlichen Frage? Wir meinen, unsere hier vorliegenden Beiträge können sich sehen lassen – wenn wir von dem schmerzlichen Umstand absehen, dass es uns nicht gelungen ist, einen Artikel aus jüdischer Perspektive zu bekommen, obwohl wir uns sehr darum bemüht haben. Immerhin haben wir die Hoffnung, dass dieses Manko im nächsten Heft mit etwas Verspätung beseitigt wird, wir haben einen interessanten Autor gewinnen können, der aber aus zeitlichen Gründen nicht vor dem Sommer seinen Beitrag aus jüdischer Sicht leisten kann. Eine schöne Aufgabe für eine neue leitende Redaktion, hier neue und spannende Kontakte mit einer/einem jüdischen Sozialistin/-en zu entwickeln, soviel sei schon verraten.



Redaktionsbeirat am 11. März 2017, sitzend: Dietlinde Haug, Friedrich-Wilhelm, Bargheer, Doris Gerlach, stehend: Elmar Klink, Thomas Kegel, Reinhard Gaede, Volker Beckmann



Hartmut Futterlieb, unser Genosse von den Christen für den Sozialismus, zeigt die Zentralität der Frage nach der Gerechtigkeit in der Großen Erzählung der Bibel auf. Traugott Jähnichen versteht Gerechtigkeit als Solidarität und zeigt biblische Impulse für ein kritisches Verständnis von Gerechtigkeit auf.

Claus Petersen entwickelt an Hand des Gleichnisses Jesu von den Arbeitern im Weinberg seine – durchaus zu kritischer Reflektion geeignete – Auffassung von der die gängige Tausch-Austausch-Logik konterkarierende jesuanischen Position zur sozialen Gerechtigkeit. Wir freuen uns, mit diesem Text einen Vorabdruck seines im Sommer erscheinenden Buches (Claus Petersen: „Was Jesus wirklich lehrte – 21 Entdeckungen“, Gütersloher Verlagshaus) vorlegen zu können und danken Autor und Verlag! Franz Segbers wendet sich der aktuellen Diskussion um „Chancen- versus Verteilungsgerechtigkeit“ zu, deckt auf, welche politischen Intentionen hinter dieser Verkürzung stecken und kommt zu dem Ergebnis: „Die Entleerung und Umprogrammierung des Begriffs der Gerechtigkeit nicht zuzulassen, ist eine Frage der Gerechtigkeit selbst. Denn mit der Verabschiedung von der Verteilungsgerechtigkeit wird auch das Recht auf soziale Gleichheit außer Streit gestellt werden, die Suche nach einer Gesellschaft nämlich, in der alle Menschen einander Gerechtigkeit und Solidarität schulden.“ Norbert Bernholt begründet, warum die – oft brutale – soziale Spaltung in unserer Gesellschaft gewollt ist und wie solidarische Antworten aussehen können. Ulrich Duchrow zeigt auf, wie weit die Diskussion in der Ökumene geht und wie radikal die dortigen Feststellungen und Forderungen sich entwickelt haben – in merkwürdigem Kontrast zu den meisten Reaktionen der deutschen Kirchen, die in Verlautbarungen und praktischen Aktionen die Höhe dieser internationalen Diskussion noch nicht erreicht zu haben scheinen. Der Beitrag der Quäkerin Karin Hönicke zu den sozialen Ansätzen und Aktivitäten der „Religiösen Gesellschaft der Freunde“, die ihre christlichen Wurzeln nicht verleugnend jedoch „offen sind für neues Licht“, wie eine Metapher aus der Diskussion der britischen Quäker*innen lautet, rundet den Bogen von Artikeln aus christlicher Perspektive ab. Gerechtigkeit aus islamischer Perspektive wird mit vielen Belegen aus dem Koran durch Hamideh Mohagheghi beleuchtet, die damit diesen ersten Schwerpunkt abschließt.

Als zweiter Schwerpunkt hat sich während der Erstellung dieses Heftes die Auseinandersetzung mit der Covid 19-Pandemie herausgebildet. Wir bringen eine Predigt von Thomas Klein, die sich mit der so noch nicht dagewesenen Situation auseinandersetzt, dass die Gemeinde bestenfalls nur noch virtuell zusammenkommen kann. Das Wort Jesu: „Wo zwei oder drei in meinem Namen ...“ wäre aktuell polizeilich schon bedenklich und vielleicht schon als Aufruf zu einer Straftat zu werten? Wilfried Gaums wütender Kommentar zur Stunde der Exekutive soll als Ausdruck des auch in solchen Situationen erforderlichen bürgerlichen Misstrauens in die Obrigkeit und ihre Motive hier ebenfalls seinen Platz haben. Elmar Klink arbeitet den „Corona-Komplex“ in gewohnter Weise gründlich und ausführlich auf und stellt die dramatische Entwicklung der Pandemie vom „chinesischen Virus“ (Donald Trump) zum Killer nicht nur meist älterer und vorbelasteter Menschen in überlasteten, da heruntergesparten Gesundheitssystemen, sondern auch der kapitalistischen Weltkonjunktur dar. Wir hoffen, dass bei Erscheinen dieses Heftes vieles von dem, was hier im zweiten Schwerpunkt versammelt ist, bereits Historie geworden ist.

Nun noch ein Wort in eigener Sache:

Unsere rein ehrenamtlich arbeitende Redaktionsgruppe hat die letzten Heftausgaben

CfS—Circular
1 2020

Ökologen für den Sozialismus

Inhalt:

Das ernsthafte Mädchen und der mächtige Hanswurst

Das ernsthafte Mädchen S. 1
Ökonomisch S. 3
Die Ordnung ist S. 4
Bokkoma S. 5
Zeit für Taten S. 6
Menschlichkeit S. 9
Was sind wieder hier S. 14

CfS
Büro:
Hannes Futterlieb
Zur Linds 9
8251 Bad Hergold
Tel: 0621 74905
E-Mail: Hannes.Futterlieb@post.ch
Konto CfS:
IBAN: DE93 5009 0500 0100 5429 41
BIC: PNRKDE33
GENDEDE512

Verein zur Förderung und Entwicklung der Interdisziplinären Theologie
Konto: DE89 2001 9020 0094
972 07
BIC: PNRKDE33
www.christo.de

der Zeitschrift CuS mit einer großen Kraftanstrengung herausgeben können. Diese Kraftanstrengung kann künftig so nicht mehr aufgebracht werden. Über viele Jahre hat Reinhard Gaede, Ehrenvorsitzender des BRSD und langjähriger Schriftleiter, zuverlässig die Hefte publiziert. Dies war auch möglich, weil er im Ruhestand war und diese Tätigkeit als eine seiner Hauptaufgaben betrachtet hat. Die aktuelle Redaktion hat die Herausgabe des Hefts aber neben Vollzeitberufstätigkeiten, zu denen hohes berufliches Engagement mit Überstunden gehören, übernommen. Daneben forderten und fordern auch ihre Familien sowie weitere Engagements in Gewerkschaften und Vereinen (nicht zuletzt auch im BRSD) ihr Recht ein. Nun aber ist es den aktuellen leitenden und koordinierenden Redakteuren nicht mehr möglich, diese Funktion

weiter zu übernehmen. Gerne arbeiten sie weiterhin in der Redaktionsgruppe mit – aber eben nicht mehr koordinierend und als Leitung.

In den beiden letzten Treffen der Redaktionsgruppe haben wir dies und die Situation der Zeitschrift bedacht. Einerseits ist die Zeitschrift ein lebendes Beispiel für die Arbeit des BRSD. Sie hat einen gewissen Ruf und hat vor allem eine gute Tradition.

Andererseits ist die Zeitschrift zu abonnieren, die Abonnent*innen haben ein Recht darauf, die Hefte zu bekommen – und unser Bund bekommt damit Geldmittel für die Publikation und auch für die Vereinsaufgaben. Würde die Zeitschrift eingestellt, entfielen auch diese Einnahmequelle.

Und drittens wirken weitere Tendenzen auf die Zeitschrift ein. Da sind eine aktuell (noch nur) leicht sinkende Auflage und weniger werdende Leser*innen genauso zu nennen wie die Tendenzen der Digitalisierung, durch die eine viel höhere Reichweite zu erlangen ist. Es fragt sich also: Ist die Herausgabe einer Zeitschrift, eines Mitglieder- und Abonnentenmediums in dieser Form noch zeitgemäß?

Unsere Redaktionsgruppe ist hier uneins.

Eine Mitgliederinformation könnte auch anders aussehen: So nutzen unsere Geschwister von den Christ*innen für den Sozialismus ihr CfS-Circular und die schweizerischen Genoss*innen ein dreimonatlich erscheinendes Bulletin. So könnten wir vom BRSD es auch machen. Für inhaltliche Positionierungen und Interventionen böte sich evtl. zusätzlich die Publikation eines Jahrbuches an.

Nachgedacht haben wir auch über eine geringfügig bezahlte Aufgabe (Minijob). Möglich wäre es evtl. auch als Partner-Beilage in anderen Publikationen zu



Bulletin
Winter 2020
Januar, Februar, März

Editorial

Strassen gehen, beginnen die Fahrenden und Fliegenden zu schämen und zu geflän.

Wann im Januar Menschen durchs Pflanzger nach Dauen am BFF wandern, dann kann das ein dantes Dachen sein. Sklärer wemlich, als alle Ohnmachtlosigkeit, die die Pfingstei Eize in diesem Heftchen in rührender Weise in die Marafone plägiert.

Veränderung regnet immer mit einem ersten Schritt. Schritte aber werden zu Fuss getan.

Johannes Barold

Impressum:
Redaktion «Bulletin»
Beirage erschienen bis 15. März, 15. Juni, 15. September, 10. Dezember

Johannes Barold
Dorfstrasse 58
8813 Reval
043 244 05 26
jbarold@bluewin.ch

Verwand und Arbeitskollegen
Verband für Versand über den 20. März,
20. Juni, 20. September, 15. Dezember

Hanna Götz
Hard 3
8400 Winterthur
052 222 82 46
hanna.gotz@bluewin.ch

erscheinen. Vielleicht gibt es auch vereinfachende technisch-digitale Möglichkeiten, die wir – alle mit Büchern aufgewachsen – so noch nicht kennen oder anwenden. Informationen dazu wären hilfreich.

So ist der derzeitige Stand der Diskussion.

Liebe Leserin, lieber Leser, was meinst du, was meinen Sie? Bitte schreibe/schreiben Sie uns per E-Mail an brsd.nord@mailbox.org oder mit der Schneckenpost an: CuS-Redaktion c/o Thomas Kegel, Oeltzenstr. 16, D-30169 Hannover. Wir sind gespannt auf deine/Ihre Meinung und werden diese in der nächsten Konferenz der Redaktion diskutieren.

Was bedeutet das aber konkret?

Wir müssen leider mitteilen, dass es etwas ungewiss ist, wann die nächste Ausgabe der CuS erscheinen wird. Zwar wird ein anderes Redaktionsmitglied die Koordination übernehmen – es ist aber Einer, der seinerseits sehr eingespannt ist in Arbeitssituationen. Wir werden also sehen und müssen Schritt für Schritt arbeiten...

Hilfreich könnte es sein, wenn Du/wenn Sie, liebe*r Leser*in mögliche, an einem Ehrenamt einer Koordinierenden Redaktion interessierte Personen ansprechen könntest. Wir wünschen eine anregende Lektüre und schicken solidarische Grüße!

Wilfried Gaum, Thomas Kegel und Elmar Klink

Bundesnachrichten

Liebe Mitglieder, hier unsere aktuellen Informationen.

Mitgliederzahlen: Anfang 2020 haben wir 97 Mitglieder und 105 Abonnenten für die CuS. Damit haben wir leider erstmals weniger als 100 Mitglieder. Die Austritte erfolgten größtenteils durch Nichtzahlens der Beiträge, selbst nach mehrmaligem Erinnern ist es einfach nicht erfolgt. Der Mitgliederschwund bereitet uns sehr viele Sorgen, leider ist das ein Trend, der viele Vereine betrifft, allerdings geht es bei uns um die Existenz, vor allem auch um die Existenz unserer Mitgliederzeitung „Christ und Sozialist“.

Wir bitten daher alle Mitglieder eingehend, sich in unserem Verein zu engagieren. Werbt andere aus eurem Bekanntheitskreis. Kommt vor allem auch zu

unseren Veranstaltungen! Tretet mit dem Vorstand in Kontakt! Zahlt eure Mitgliederbeiträge und Abonnementgebühren termingerecht, ohne eine Erinnerung abzuwarten!

Die Corona-Pandemie hat auch viele unserer Termine durcheinandergebracht. **Regionaltermine** sehen wir im Moment gar nicht möglich, können sich aber vielleicht im Spätherbst wieder ergeben.

Ob der Corso Leopold München Kreis der Religionen: dieses Jahr noch stattfinden kann, bleibt offen. Zunächst wurden alle Großveranstaltungen in Bayern bis 31. August abgesagt. Der Herbstcorso würde vom 12.–13. September stattfinden. Auch hier hat sich leider außer Robert Wollborn niemand zum Helfen gefunden. Damit ist eine aktive Teilnahme des Bundes auch hier offen.

Leitende Redakteurin, leitender Redakteur (ehrenamtlich) gesucht!

Wir, die aktive Redaktionsgruppe unserer Vereinszeitschrift Christ*in und Sozialist*in suchen eine*n Leitende* Redakteur*in im Ehrenamt.

Du wolltest/Sie wollten schon immer einmal die Leitung einer traditionsreichen Zeitschrift übernehmen?

Du hast/Sie haben noch freie Zeit, die Du/Sie sinnvoll nutzen möchten?

Du möchtest/Sie möchten Religion und Sozialistische Ansätze miteinander verbinden und diese Diskussion vorantreiben?

Prima – dann melde Dich/melden Sie sich bitte!

Die Aufgaben der Redaktionsleitung sind die Koordination der Redaktionsgruppe und die Koordination der Erstellung der Heftausgaben. Der Zeitaufwand für dieses Ehrenamt ist ca. 4 Stunden wöchentlich, mit einem höheren Aufwand bei der Endredaktion.

Auslagen und Aufwände können erstattet werden. Falls es an der PC-Ausstattung fehlt, sollten wir darüber sprechen.

Unterstützung durch eine motivierte und engagierte Redaktionsgruppe wird zugesagt.

Als Leitende* Redakteur*in (o. Schriftleiter*in) wärst Du/wären Sie zentral verantwortlich für eine Schrift mit einer gewichtigen historischen Tradition und mit theologischem und politischem Renommee!

Bitte melden bei: brsd.nord@mailbox.org.

BRSD-Nord: Wir beteiligen uns aktuell vor allem an Internet-Aktivitäten – der online-Demonstration zum 1. Mai und an Petitionen. Einige von uns haben sich auch angemeldet zum **Bibelkongress 2020 „Auferstehung“** in der Woltersburger Mühle. Thema: Die Bibel ist von Anfang an ein Buch der Auferstehung, denn Gott lässt dem ermordeten Abel einen Stellvertreter auferstehen (Genesis 4,25). Damit wird ein Grundmotiv biblischer Überlieferungen eröffnet, das in den neutestamentlichen Schriften ins Zentrum rückt.

Diese Veranstaltung findet vom 28.–30. August 2020 statt – nach aktueller Lage.

Mehr Infos anfordern: klarabutting@t-online.de oder auf www.woltersburgermuehle.de

Ankündigung und Einladung:

Unsere Mitgliederversammlung können wir zunächst ankündigen. Es wird

mit Sicherheit keine Großveranstaltung, auch sind die Räumlichkeiten in Kassel so, dass wir unter Umständen Distanzen einhalten könnten, auch wenn wir mehr Teilnehmer hätten, was wünschenswert wäre.

Mitgliederversammlung, Freitag, 25.09.2019, 19:00 Uhr in Kassel – Wehlheiden, Katharina von Bora Haus.

- 1) Begrüßung
- 2) Beschluss der Tagesordnung
- 3) Bericht über das vergangene Jahr
- 3a) Bericht über die Arbeit der Redaktion der Mitgliederzeitschrift CuS
- 4) Bundeskassenbericht (Bundeskassenführerin
- 4a) Bericht über die Kassenprüfung für das Jahr 2019
- 5) Entlastung des Vorstands
- 6) Wahlen des Vorstands
- 6a) Wahl der Bundessekretärin/des Bundessekretärs

- 6b) Wahl der Kassenführerin/des Kassenführers
- 6c) Wahl der Beisitzerinnen und Beisitzer im Vorstand
- 6) Anträge
- 7) Vorschau auf das kommende Jahr (Bundessekretär)
- 8) Sonstiges und Aussprache

Satzungsändernde Anträge müssen beim Bundessekretär bis spätestens 14.08.2020 eingegangen sein, da diese geprüft und den Mitgliedern fristgerecht zu übermitteln sind. Sonstige Anträge können gerne vorher übermittelt werden, was die Tagesordnung erleichtern würde, jedoch auch vor Ort gestellt werden. Dieses ist die offizielle Einladung zur Mitgliederversammlung, es erfolgt dieses Mal keine gesonderte Mail oder Brief!

Jahrestagung: Samstag–Sonntag, 26.–27.09.2020. **Thema: Die Corona-Welt im Wandel – ökologisch-soziale Transformation?** Je nach Teilnehmerzahl werden wir dazu Referent*innen einladen, die mit uns dieses brandaktuelle Thema erarbeiten, das bis zur Zeit unserer Tagung mit Sicherheit noch einiges an Schärfe aufnimmt.

Werden wir es schaffen, die momentan immer stärker werdende Kritik am Neoliberalismus und seinen verwüstenden, tödlichen Auswirkungen in ein allumfassendes Umdenken lenken können? Haben wir Chancen in der Krise? Worin bestehen unsere Forderungen? Ist es nur ein Lastenausgleich (ähnlich dem nach dem 2. Weltkrieg) oder ist es eine Forderung nach dem echten und nachhaltigen Umbau unseres Systems? Ihr Mitglieder habt es in der Hand, diese Tagung zu einem Aufbruch des Bundes zu machen – mit eurer Anwesenheit.

Anmeldung beim Bundessekretär Andreas Herr telefonisch, oder per Mail: brsd-sued@gmx.de. Teilnehmerbeitrag: 20,- € (enthält Abendessen Freitag, sowie Mittagessen am Samstag. Unterkunft wie immer selbst zu tragen, Hotel wird den Teilnehmer*innen nach Anmeldung bekannt gegeben.)

Das **3-Länder-Treffen** in Rorschach am Bodensee (CH) musste um ein ganzes Jahr verschoben werden und findet nun vom 25.–27.06.2021 unter dem gleichen Thema „Religionen und die soziale Frage“ statt. Auch hier waren zu unserem großen Bedauern kaum Anmeldungen von unseren deutschen Mitgliedern zu verzeichnen. Am Thema und den Referent*innen konnte es nicht liegen, was kann einen hindern den schönen Bodensee mit den Genoss*innen, Schwestern und Brüdern aus Österreich und der Schweiz zu besuchen? Bitte merkt euch den Termin vor, für die Anmeldung ist noch ein wenig Zeit.

Auch heute schon darf ich zum **ökumenischen Kirchentag in Frankfurt** einladen. Er findet vom 12.–16.5.2021 unter dem Leitmotiv „schaut hin“ statt. Im Moment bewerben wir uns wieder um ein politisches Nachtgebet und werden sicherlich auch einen Stand am Markt der Möglichkeiten haben. Auch das erfordert allerdings das Engagement der Mitglieder, der sehr kleine Vorstand schafft das nicht allein. Frankfurt ist der Sitz des unseres Vereines BRSD e.V.. Frankfurt ist nicht nur die Stadt der Banken.

Euch allen solidarische Grüße! Und: Bleibt gesund!

Andreas Herr, Bundessekretär

Schwerpunkt Religionen und die Soziale Frage

Gerechtigkeit und Recht

Eine biblische Orientierung

Von Hartmut Futterlieb

Die Göttin Justitia trägt eine Augenbinde. Es ist das Symbol für objektive Gerechtigkeit, eine Gerechtigkeit „ohne Ansehen der Person“. In der Praxis, dort, wo Recht gesprochen wird, erfahren wir jedoch, dass diejenigen sich Vorteile verschaffen, die sehr gute Anwälte bezahlen können. Geld lockert die Augenbinde der Justitia. Gerechtigkeit erweist sich als ein Ideal, dem die Wirklichkeit der Rechtsprechung nicht entsprechen muss. Deshalb erscheint in den biblischen Schriften „Gerechtigkeit und Recht“ häufig als Wortpaar, als ein zusammengefüger sprachlicher Ausdruck, der darauf hinweist, dass „Gerechtigkeit“ kein bloß wünschbares Ideal ist, sondern in der jeweiligen konkreten Wirklichkeit in Recht umgesetzt werden muss.

Diese Wirklichkeit ist gesellschaftliche Wirklichkeit. Wir können sie uns nicht aussuchen. Wir werden in sie hineingeboren und können sie gestalten. Aber vielen er-

scheint sie als gegeben, nicht hinterfragbar. Die Strukturen, die die Wirklichkeit bestimmen, in der wir leben, werden als alternativlos dargestellt, als „naturegegeben“, auch wenn sie von Widersprüchen durchdrungen sind. Die herrschende Deutung ist die Deutung der Herrschenden. Das gilt auch für die gegenwärtige Wirklichkeit der neoliberalen Ökonomie, die unser Leben bestimmt. Sie bedient sich mythischer Elemente, um die Deutung der Herrschenden in die Gehirne der Beherrschten so einzuschleusen, dass sie nicht mehr als fremde Programme erkennbar sind. Wir haben uns der „unsichtbaren Hand“ des Marktes in Demut zu unterwerfen (F. v. Hayeck).

(Ich schreibe diesen Artikel in der Zeit des Corona-Virus. Die Bedrohung durch den Virus unterbricht die alltäglich gewohnte Lebensweise. Plötzlich wird sich eine Gesellschaft bewusst, wie zerbrechlich ihr Gesundheitssystem ist. Ein sonst nicht gewohnter Ruf nach Solidarität bricht sich Bahn. Aber wird auch nachge-



fragt, warum das Gesundheitssystem an seine Grenzen gerät und was das mit der neoliberalen Ausrichtung nicht nur der Ökonomie, sondern unseres gesamten Lebens zu tun hat, deren Grundlage das Privateigentum, deren Ziel der Profit ist?)

In den biblischen Schriften sind es zwei Dominanten, die als grundsätzlicher Widerspruch benannt werden: Da es sich in der Lebenswirklichkeit der Menschen, von denen die Schriften sprechen, um eine Agrargesellschaft handelt, geht es um diejenigen, die den Boden besitzen, und diejenigen, die vom Boden vertrieben werden, von den Besitzern abhängig werden. Ton Veerkamp schreibt: Es geht um den Widerspruch „zwischen der Rechtsordnung Großgrundbesitz/ unfreie Arbeit und der Rechtsordnung der Unantastbarkeit jenes Erbbesitzes, mit dem die einzelnen Familien ihr eigenes Leben autonom und in fundamentaler Gleichheit produzieren. Es ist der Widerspruch zwischen dem, der sich nach den Gesetzen der Autonomie und der Gleichheit bewährt, dem ‚zaddik‘ (der ‚Gerechte‘ ist derjenige, der sich auf dem Weg der Tora bewährt, HF), und dem Verbrecher und Rechtsbeuger, dem ‚rascha‘, der das Volk zu einem Volk von Landlosen, von ‚anawim‘, Gebeugten, und ‚evionim‘, Bedürftigen macht.“(1)

Für heute gesprochen ist es der Widerspruch zwischen Arm und Reich, dessen Schere immer weiter auseinandergeht. In seinem ersten Buch „Kapitalismus des 21. Jahrhunderts“ hat Thomas Piketty einleuchtend beschrieben, wie sich die Akkumulation des Kapitals entwickelt. Wer Kapital ansammelt, kann häufiger Risiken eingehen, die zu immer mehr Geld führen und mögliche Verluste verkraften. „Der Teufel schießt immer auf den größten Haufen“, hat meine Großmutter dazu ge-

sagt. Es wäre relativ gleichgültig, wenn dieses Geld verprasst, also durch Luxuskonsum vernichtet würde. Aber es wird in Macht umgesetzt, z.B. in die Bezahlung von Lobbyisten, die die Politik beeinflussen. Geld regiert die Welt. Die Frage ist: Wer regiert das Geld? Der Ökonom Rudolf Hickel hat deshalb empfohlen, dass es für eine funktionierende Demokratie gesellschaftlich notwendig sei, die Überschüsse der Reichen abzuschöpfen, indem die Steuersätze entsprechend angepasst werden und eine Vermögenssteuer eingeführt wird. Aber ob das ausreicht? Muss nicht auch überlegt werden, wie Gehälter begrenzt werden können und Gelder in die notwendige gesellschaftliche Arbeit zurückgeführt werden?

In den biblischen Schriften wächst die Forderung nach Gerechtigkeit und Recht aus einer grundlegenden Erzählung heraus, der Erzählung von der Befreiung aus dem „Sklavenhaus Ägypten“. Der Schrei der Unterdrückten nach Befreiung von ihrer Last wird gehört. Diese Befreiungserzählung ist das unaufgebbare Vorzeichen für alle Weisungen und Orientierungen die auf dem Weg durch die Wüste gegeben werden, um Gerechtigkeit und Recht in der Gemeinschaft zu verankern. Leider hat Martin Luther in seinem Katechismus die Erzählung von der Befreiung aus dem Sklavenhaus weggelassen, so dass aus den von ihm übersetzten „Zehn Geboten“ allgemeine Moralgesetze werden konnten, die ihren Kontext in der Erzählung von der Befreiung verloren haben.

„Gerechtigkeit“ ist kein Begriff in einem dogmatischen System, sondern steht in Relation zum Kontext der Erzählung von der Befreiung aus Ägypten und im Kontext von Erzählungen, die den Blickwinkel der Benachteiligten, der Armen betonen.

Ein deutliches Beispiel dafür ist die Erzählung vom Samaritaner. Während der Schriftgelehrte nach einer theoretischen Kategorisierung fragt: „Wer ist mein Nächster?“ antwortet Jesus mit einer Erzählung, in deren Mittelpunkt ein überfallener, ein bedürftiger Mensch steht. Priester und Levit sehen ihn, werden aber durch seine Hilfsbedürftigkeit nicht berührt. Erst der Samaritaner sieht genau hin, unterbricht seinen Weg und handelt. Er ist derjenige der der Orientierung der Tora folgt. „Der Schutz der Schwachen wird zu einem gemeinschaftsbezogenen Rechtsanspruch“, schreibt Franz Segbers. Gerade diejenigen, die von den Zuständen in der Gemeinschaft benachteiligt sind, haben Anspruch auf ein besonderes Verhalten der Gemeinschaft und auf die Aufhebung dieser Zustände.“

Im Kontext der orientalischen politischen Strukturen ist dies eine besondere Haltung, die von den Propheten, als Gegenspielern zu den Königen, eingefordert werden. Die Macht der orientalischen Könige wird ebenso wie die Macht des römischen Kaisers durch Götter legitimiert, die absolute Gefolgschaft fordern. Die Propheten setzen dem Erzählungen entgegen, die Gerechtigkeit und Recht zum Ausdruck bringen. Die Erzählung von Naboths Weinberg z.B. handelt nicht von einem starrsinnigen Naboth, der am Besitz hängt und seinen Weinberg nicht verkaufen will. Es geht einmal darum, dass dieser Weinberg die Lebensgrundlage für Naboth und seine Familie ist und es geht zum anderen darum, dass ererbtes Land grundsätzlich nicht verkauft werden kann; denn der Besitzer ist JHWH, der NAME, der Besitz ist den Menschen nur zum Gebrauch überlassen, Das Land dient der Ernährung und dem Überleben

der Menschen. Es darf nicht als Privateigentum gekauft und verkauft werden. Deshalb soll nach 49 Jahren alles Land, das verkauft worden ist, den ursprünglichen Besitzern zurückgegeben werden. Auf diese Weise ist Bodenspekulation nicht möglich. Freiheitsrechte und Gleichheit bleiben möglich. So „lernen die Bewohner des Erdkreises Gerechtigkeit“ (Jes. 26,9). Gerechtigkeit ist eben nicht ein abstrakter juristischer Begriff, sondern sie ist mit anderen Begriffen verbunden, die in den Erzählungen der biblischen Schriften nicht definiert, sondern erzählerisch entfaltet werden.

In den Psalmen werden sie poetisch konzentriert. Ein Beispiel dafür ist der Psalm 85, in dem es heißt:

„... Ich will hören, was Gott, der NAME, redet, – denn er redet Frieden – zu seinem Volk, zu denen, die solidarisch sind, sich nicht zur Dummheit kehren.

Gewiss, seine Befreiung ist dem Ehrfürchtigen nah, damit glanzvolle Würde in unserem Lande wohnt. Treue und Solidarität treffen sich. Gerechtigkeit und Friede küssen sich.

Treue sprießt aus dem Lande auf.

Gerechtigkeit schaut vom Himmel herab. Ja, der EWIGE gibt uns das Gute, unser Land gibt uns seinen Ertrag. Gerechtigkeit geht uns voran, richtet den Weg seiner Schritte.“

(Übersetzung: Ton Veerkamp)

Hier wird in wenigen poetisch formulierten Sätzen zusammengefasst, um welche Orientierung es geht, wenn die biblischen Schriften vom Weg der Gerechtigkeit und des Rechts spricht. Der Treue, der Zuwendung JHWHs entspricht das Vertrauen (ein besseres Wort als das missverständliche „glauben“) darauf, dass wir uns auf diese Orientierung verlassen können. Gerechtigkeit wird mit Solidarität verbunden, das heißt der Solidarität mit den Ver-

armten, Unterdrückten, Beleidigten, für die die biblischen Schriften oft die Formel „Witwen und Waisen“ benutzt. Um diesen Blickwinkel der Solidarität geht es. Das unterscheidet die Forderungen der Propheten von dem, was um dieses kleine Volk Jißrael herum als Königsherrschaft erlebt wird – und woran sich die Könige in Jißrael selbst berauschen können. Sie möchten absolute Herrscher sein, legitimiert durch Gottheiten wie z.B. Baal, d.h. der ‚Besitzer‘, der von Menschen unbedingt Besitz ergreift, sie zu Sklaven macht. Für die Propheten steht dem in einem unaufgebbaren Widerspruch gegenüber JHWH, der NAME, der für die verlässliche Orientierung steht, dass Gerechtigkeit und Recht so in die Wirklichkeit umgesetzt wird, dass diese auch für die Armen, die Unterdrückten, die Benachteiligten, die Beleidigten lebensdienlich ist. Diese Orientierung gibt es nicht, indem ein Gott wie Baal, der wie alle anderen Götter in Bildwerken anschaulich gemacht wird, bedingungslos verehrt wird, sondern indem mit der Tora, mit den biblischen Schriften, der dem menschen- und schöpfungsgemäße Weg der Orientierung gelernt wird. Gerechtigkeit und Recht sind insofern ein Lernprozess, ein sorgfältiges Hören auf die Stimme, die aus der Tora spricht. (Dtn 4,12).

Das drückt sich auch im zweiten Testament aus, wenn Matthäus z.B. in der Bergrede Jesus sagen lässt: „Ihr könnt nicht Gott dienen und dem Mammon“ (Mt. 6,24). Er formuliert damit für seine Zeit den Grundwiderspruch, der die biblischen Schriften wie ein roter Faden durchzieht: Welchem Gott lauft ihr, welchem Gott laufen wir hinterher? Er schreibt sein Evangelium im 1. Jahrhundert u.Z., und zwar für eine Gruppe von Menschen, für

die der von der imperialen Macht Roms grausam gekreuzigte jüdische Mensch Jesus derjenige ist, der zur Befreiung aus dem „Sklavenhaus Ägypten“ aufruft. Das ist im 1. Jahrhundert das Imperium Romanum. Wie heute klafft damals die Schere zwischen Arm und Reich weit auseinander. Wie können diese kleinen Gruppen, die sich auf Jesus als den Messias berufen, ihre Vorstellung von Gerechtigkeit und Recht verwirklichen? Gibt es ein „richtiges Leben im Falschen“? Aus den Briefen des Paulus ergibt sich, dass darum gerungen wird. Aber es zeigt sich auch der Versuch, gegenüber dem alles beherrschenden Imperium Alternativen zu entwickeln. Matthäus komponiert die Bergrede als ein solches alternatives Programm, das er seiner Gruppe zumutet, die mehrheitlich aus den Benachteiligten im römischen Reich besteht. Deren Wirklichkeit beschreibt Richard Horsley folgendermaßen: „Die meisten Einwohner Antiochias lebten in furchtbaren, beengten Verhältnissen, die sich durch Lärm, Dreck, Elend, Müll, menschliche Ausscheidungen, Tiere, Krankheit, Feuergefahr, Verbrechen, soziale und ethnische Konflikte, Unterernährung, Naturkatastrophen, besonders Überschwemmungen) und die Baufälligkeit der Behausungen auszeichneten (Seneca, Ep. 56; Martial, Epig. 12,57). Furcht und Verzweiflung waren weit verbreitet. Wer nicht zu den Eliten gehörte, hatte eine niedrige Lebenserwartung: für Männer lag diese bei 25 bis 40 Jahren, für Frauen niedriger. Die Säuglingssterblichkeit war hoch: etwa 28 % der Lebendgeburten in Rom starben innerhalb eines Jahres, 50 Prozent überlebten das erste Lebensjahrzehnt nicht“.(3)

Wenn „Gerechtigkeit und Recht“ aus dem Blickwinkel der Armen in eine le-

bensdienliche gesellschaftliche Wirklichkeit umgesetzt werden soll, so können wir uns diese Beschreibung als Hintergrund vorstellen, wenn wir überlegen, wie mögen die Hörer aus der Matthäusgemeinschaft z.B. die Bergrede gehört haben? Und wie hören wir sie?

Wenn von Gerechtigkeit und Recht gesprochen wird, geht es nicht um die Göttin Iustitia mit der so häufig verrutschten Augenbinde und den schwankenden Waagschalen in der Hand. Gerechtigkeit und Recht sind nicht Begriffe, die sich auf die absolute Gültigkeit von Verträgen und die Unverletzlichkeit von Privateigentum beziehen. Es geht um den Schrei der Armen, der sich Gehör verschaffen will, z.B. aus den Flüchtlingslagern (deren Nöte während der Corona-Krise anscheinend in den im Hintergrund treten), z.B. aus den Kriegsgebieten, in die aus den Industrieländern Waffen geliefert werden, z. B. aus den Gebieten, die schon heute durch die Klimakatastrophe verändert werden und sich in Zukunft verändern.

In Zeiten, in denen die Unvernunft die Twittergesellschaft beherrscht, genügt es nicht mehr, sich vor der Tagesschau im Sessel zurück zu lehnen und den klugen Analysen zu vertrauen. Wir haben uns daran gewöhnt, dass das Geflecht von Wirtschaft, Macht, Politik und die entsprechende kapitalistische Ideologie tief in unser Denken eingedrungen ist, von uns Besitz ergriffen hat. Erich Fried schreibt:

Ich soll mich nicht gewöhnen

Ich soll nicht morden

Ich soll nicht verraten

Das weiß ich.

Ich muss noch ein Drittes lernen:

Ich soll mich nicht gewöhnen

*Denn wenn ich mich gewöhne
verrate ich die, die sich nicht gewöhnen.*

*Denn wenn ich mich gewöhne
morde ich die, die sich nicht gewöhnen
an das Verraten und an das Morden
und an das Sich-gewöhnen.*

*Wenn ich mich auch nur
an den Anfang gewöhne
fange ich an
mich an das Ende
zu gewöhnen.*

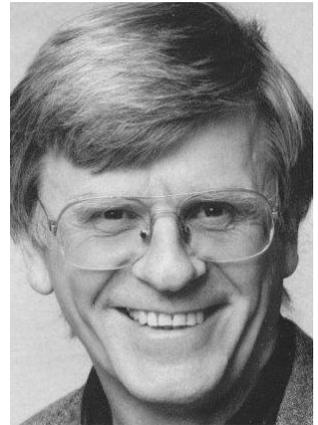
Anmerkungen:

Ton Veerkamp, Vom Widerspruch. In: Texte und Kontexte Nr. 161/162, 42. Jg. Nr. 1–2, 2019, S. 9–24, S. 11

Franz Segbers, Die Hausordnung der Tora. Biblische Impulse für eine theologische Wirtschaftsordnung, Luzern, 1999, S. 92

Warren Carter, Die Matthäus-Gemeinschaft, in: Richard A. Horsley (Hrsg.) Sozialgeschichte des Christentums Bd. I: Die ersten Christen, S. 161–188, S. 170

*Hartmut
Futterlieb, Jg.
1941; im
Ruhestand:
ehem. Lehrer,
Studienleiter
am Pädagogisch-Theologischen
Institut der
EKKW (Kassel), Mitglied
bei attac seit
der Gründung*



*und beim Institut für Politik und Theologie
in Münster, außerdem im Vorstand von
Kairos Europa, Leiter des Bundesbüros der
CfS – Christen für den Sozialismus.*

Schwerpunkt

Gerechtigkeit als Solidarität

Biblische Impulse für ein theologisch-ethisches Gerechtigkeitsverständnis

Von Traugott Jähnichen

Gerechtigkeit ist die Grundlage für ein menschenwürdiges gesellschaftliches Zusammenleben. Sie ist der Maßstab für das Rechtssystem sowie für die Regeln des sozialen und ökonomischen Handelns. Dementsprechend ist Gerechtigkeit ein vieldeutiger Begriff: Theorien der Gerechtigkeit thematisieren grundlegende Teilhaberechte, fragen im Sinn der Befähigungsgerechtigkeit und der Möglichkeiten einer selbstbestimmten Lebensführung nach fairen Chancen für alle, auch für zukünftige Generationen, und versuchen, eine angemessene Zuordnung von austeilender bedarfs- und leistungsorientierter Tauschgerechtigkeit auszubalancieren. In neutestamentlicher Perspektive kann die zuletzt genannte Zuordnung, die traditionell im Mittelpunkt der Bestimmungen des Gerechtigkeitsverständnisses stand, im Sinn einer Verhältnisbestimmung der Bildebenen der Gleichnisse von den Arbeitern im Weinberg (Mth. 20, 1-15) und von den anvertrauten Talenten (Mth. 25, 14-30) ausgedrückt werden. Gleichzeitig ist damit das bis heute grundlegende Spannungsverhältnis von egalitären Gesellschaftskonzeptionen einerseits und dem Leitbild selbstverantwortlicher Freiheit andererseits aufgeworfen. Im Folgenden soll, ausgehend von der biblischen Bestimmung der Gerechtigkeit als Solidarität, nach sozialetischen Konkretionen gefragt werden.

1. Die biblische Perspektive der Gerechtigkeit als Solidarität

Die Grundintention alttestamentlicher Gerechtigkeitsvorstellung lässt sich mit Hilfe des Begriffs der „Gemeinschaftsgemäßheit“¹ im Sinn einer „gelingende(n) Wechselseitigkeit“² sozialen Zusammenlebens beschreiben. Im Hintergrund dieser Vorstellung steht eine Lebensführung, die durch konkrete Gemeinschaftsverhältnisse im Rahmen von Familie, Sippe und Volk geprägt ist, wobei gerechtes Verhalten wesentlich die Erfüllung der jeweiligen Gemeinschaftsansprüche bedeutet. Dieser ersten Annäherung an den biblischen Gerechtigkeitsbegriff entspricht die Beobachtung, dass der entsprechende hebräische Begriff „sedaka“ weniger an einer abstrakten Gesetzesnorm, sondern primär an Beziehungen orientiert gewesen ist. Da die Humanität des Menschen gemäß der biblischen Vorstellung der Gottebenbildlichkeit wesentlich in seiner Beziehungsfähigkeit begründet ist, meint Gerechtigkeit ein der jeweiligen Beziehung entsprechendes Verhalten. Im heutigen Sprachverständnis könnte man dementsprechend von Solidaritätspflichten sprechen.

Die so verstandene Gerechtigkeit ist in

¹ Vgl. Winfried Thiel, Gerechtigkeit als Gemeinschaftsgemäßheit, in: Kriterien der Gerechtigkeit. Festschrift Christofer Frey zum 65. Geburtstag. Hg. von Peter Dabrock, Traugott Jähnichen u.a., Gütersloh 2003, S. 19-29.

² Wolfgang Huber, Gerechtigkeit und Recht. Grundlinien christlicher Rechtsethik, Gütersloh 1996, S. 159.

alttestamentlicher Perspektive eine Grundanforderung sozialen Zusammenlebens, die sich auf alle menschlichen Lebensbereiche beziehen lässt. In besonderer Weise hat sie sich im Rechtsstreit zu bewähren, da hier die die Solidarität unterminierenden Taten von Einzelnen geahndet werden müssen, um die Gemeinschaftsgemäßheit wieder neu zu sichern. Gerechtigkeit ist in diesem Bereich wesentlich durch unparteiische Richter zu garantieren (vgl. Dtn. 16, 19f). Ebenso grundlegend für die Sicherung der Gerechtigkeit als Solidarität ist das Handeln des Königs, dessen vorrangige Aufgabe die Bewahrung der Gemeinschaftstreue innerhalb des ganzen Volkes ist. Dazu gehört nach Psalm 72 in besonderer Weise ein „beispielhaftes soziales Engagement für Hilflose, Bedrängte und Rechtsgeminderte.“³ Der König als Mandatsträger Gottes ist somit in exemplarischer Weise dafür verantwortlich, die Integrität der Gemeinschaft zu sichern und als Garant der Gerechtigkeit, gerade im Einsatz für die Schwächeren, zu fungieren. Die damit verbundenen Erwartungen bildeten einen normativen Maßstab zur Bewertung des königlichen Handelns, dem kaum ein König in Israel und Juda gerecht werden konnte. Letztlich zielte dieses Konzept auf das Kommen eines idealen Zukunftsherrschers, wie es in messianischen Weissagungen (z.B. Jes. 11) zum Ausdruck gebracht wurde. Auch hier spielt die Perspektive einer vorrangigen Option für die Armen und Benachteiligten eine wesentliche Rolle, die zum entscheidenden Maßstab für gerechtes Handeln im biblischen Kontext wird. Dieses Engagement wird exemplarisch in der Sozialgesetzgebung des Deuteronomiums und in den Restitutions-

vorschriften des Heiligkeitgesetzes (vgl. Lev. 25) weiter entwickelt, so dass den Armen und Schwachen ein von Gott her verbürgter und institutionell gesicherter Rechtsanspruch auf Unterstützung und Hilfe zugesprochen sowie die periodisch wiederkehrende Perspektive eines Neuanfangs eröffnet worden ist.⁴

Die Aufkündigung von Solidaritätspflichten seitens der Herrschenden und Reichen wurde von den Propheten mit der Ankündigung eines drohenden Strafgerichtes beantwortet, wobei in der späteren Prophetie die Hoffnung auf eine neue, von Gott her konstituierte Gemeinschaftstreue die Verkündigung immer stärker geprägt hat. Diese Ankündigung einer neuen, rettenden Gerechtigkeit von Gott her, die insbesondere den Hilflosen und Unterdrückten aufhilft und Gerechtigkeit wieder herstellt, ist in Verbindung mit den messianischen Erwartungen eines idealen Zukunftsherrschers eine wesentliche Brücke der alttestamentlichen Gerechtigkeitsvorstellungen zum Neuen Testament.

Die Rettung der Menschen aus der Störung der Beziehungsverhältnisse zu Gott sowie zu den Mitmenschen – traditionell gesprochen: aus dem Verloren-Sein gegenüber der Macht der Sünde – ist insbesondere in der paulinischen Theologie durch den Begriff der Gerechtigkeit Gottes, wie sie in Jesus Christus wirkmächtig geworden ist, beschrieben worden. Hier bezeichnet dieser Begriff nicht in erster Linie eine Eigenschaft Gottes, sondern seine Gabe für die Menschen: Es geht um „sein heilvolles Handeln an seiner Schöpfung“, in der sich seine „Treue gegenüber seinen Geschöpfen (manifestiert), die trotz aller menschlichen

³ W. Thiel, *Gerechtigkeit*, S. 22.

⁴ Vgl. Frank Crüsemann, *Die Tora*, München 1990, insbesondere S. 262ff.

Untreue Bestand hat und Bestand erhält.“⁵ Diese Gabe Gottes, theologisch von Paulus in der Rechtfertigungslehre entfaltet, hat unmittelbare ethische Konsequenzen, da Paulus „keine Gabe Gottes (kennt), die uns nicht zum Dienst verpflichtete und unseren Dienst ermöglichte.“⁶ Somit folgt aus dem neutestamentlichen Gerechtigkeitsbegriff ebenso wie im Alten Testament ein entsprechendes Leben und Handeln der Glaubenden. Die Konsequenzen der göttlichen Gerechtigkeit als Befreiung und Befähigung zur mitmenschlichen Solidarität⁷ und darüber hinaus zu einer universalen, sogar die Feinde einschließenden Nächstenliebe werden mit unterschiedlichen Akzenten in den Evangelien und in den paulinischen Schriften entfaltet, wobei insbesondere die Solidaritätsverpflichtungen gegenüber den schwächsten Gliedern der Gesellschaft (vgl. Math. 25, 31 ff., Luk. 6, 27 f) betont werden. In neutestamentlicher Sicht ist Gerechtigkeit somit in letzter Konsequenz durch Christus verwirklicht worden, um eine entsprechende Lebenspraxis der Glaubenden, sowohl in Gemeinschaft wie auch individuell, zu ermöglichen.

2. Die sozialetische Ausdifferenzierung von Kriterien der Gerechtigkeit

Als Basiskriterium ist in der Konsequenz der biblischen Konzeption der Gerechtigkeit als Solidarität Teilhabegerechtigkeit anzusehen, da das Selbstverständnis des christlichen Glaubens, und dadurch mitge-

prägt das Menschenbild der Neuzeit, wesentlich auf eine möglichst umfassende Integration aller Gesellschaftsglieder zielen. Diese grundlegende Dimension der Gerechtigkeit lässt sich theologisch, mit dem Verweis auf die Erzählung der jüdisch-christlichen Tradition, die Menschheit als Familie zu verstehen, und auf die alle Menschen inkludierende Botschaft des Christentums begründen. Eine Ausgrenzung von Einzelnen oder bestimmten Gruppen von Menschen steht in einem diametralen Widerspruch zum christlichen Menschenbild.⁸ Eine moderne Entsprechung findet diese Vorstellung in den Menschenrechten bzw. in den Grundartikeln des Grundgesetzes, die gegen jede Exklusion von Menschen grundsätzliche Anspruchsrechte, unabhängig von weltanschaulichen, ethnischen, genderspezifischen oder ökonomischen Bedingungen, auf Grund der allen Menschen geltenden Würde zuerkennen.

Das Kriterium der Teilhabegerechtigkeit impliziert eine scharfe Verurteilung aller Exklusionstendenzen moderner Gesellschaften, wie sie gegenwärtig in Deutschland vor allem durch eine Zunahme von Menschen, die in Armutsverhältnissen leben müssen, zu kritisieren ist. Trotz einer Vielzahl von sozialen Transferleistungen, welche die Auswirkungen von Arbeitslosigkeit und ungleichen Markteinkommen abmildern sowie Mindeststandards der Lebensführung – über deren Ausgestaltung freilich zu streiten ist – garantieren sollen, nimmt Armut zu. Aber selbst diese sozialen Leistungen gelten nicht für alle

⁵ W. Huber, Gerechtigkeit und Recht, S. 163.

⁶ Ernst Käsemann, Gottes Gerechtigkeit bei Paulus, in: Ders., Exegetische Versuche und Besinnungen Bd. 2, Göttingen 1968, 3. Aufl., S. 183.

⁷ Vgl. Helmut Gollwitzer, Befreiung zur Solidarität. Einführung in die evangelische Theologie, München 1978.

⁸ Beteiligungsgerechtigkeit nötigt „zur Änderung all derjenigen Zustände, in denen einzelnen oder Gruppen von der gesellschaftlichen Teilhabe ausgeschlossen sind.“ Wolfgang Huber, Gerechtigkeit und Recht, S. 195.

Menschen in Deutschland: EU-Binnenmigrant(inn)en haben z.B. nur Anrecht auf ggf. Kindergeld, sonst auf keine weiteren Sozialleistungen, wenn sie nicht in einem Erwerbsarbeitsverhältnis stehen oder standen. Für viele Migrant(inn)en aus Südosteuropa bedeutet dies ein Leben weit unter den in Deutschland ohnehin problematischen Mindeststandards sozialer Sicherung.

Gegenüber solchen Ausgrenzungstendenzen meint Teilhabegerechtigkeit die „Generalisierung des Anspruchs auf Teilhabe an den Lebensmöglichkeiten einer Gesellschaft.“⁹ Umstritten und genauer zu klären ist die Frage, wie weit der „Anspruch auf Teilhabe“ an diesen „Lebensmöglichkeiten“ gehen und wer als anspruchsberechtigt gelten kann. Ob und inwieweit über die bestehende Teilhabe am Rechts-, Gesundheits- und Bildungssystem sowie eines Anrechts auf soziale Sicherheit weitere Teilhaberechte, etwa ein Recht auf Arbeit oder ein Recht auf Migration auch von Nicht-EU-Bürger(inne)n in den EU-Raum bzw. nach Deutschland einzuräumen sind, ist demgegenüber umstritten und bedarf einer jeweils genaueren Klärung.¹⁰

Eine grundlegende Ausgestaltung der Teilhabegerechtigkeit besteht in der Befähigungsgerechtigkeit. Befähigungsgerechtigkeit meint in erster Linie die politische

Aufgabe der Schaffung sozialer Institutionen vor allem des Bildungs-, Gesundheits- und Sozialwesens, die allen Bürgern vergleichbare Lebenschancen und eine zumindest elementare Mitwirkung am gesellschaftlichen Leben ermöglicht. Das Anspruchsrecht auf Teilhabe bliebe bloß formal, wenn es nicht durch institutionalisierte Formen der Befähigung eine Ergänzung finden würde. Es geht insbesondere darum, die unterschiedlichen Ausgangsbedingungen der Menschen für ihre Teilhabe am gesellschaftlichen Leben als zentrale Herausforderung der Sozialpolitik auszugleichen. Im Anschluss an das Wirtschafts- und Sozialwort der Kirchen kann das Kriterium der Befähigungsgerechtigkeit als Weg zum Abbau von sozialen Diskriminierungen interpretiert werden, um „allen Gliedern der Gesellschaft gleiche Chancen und gleichwertige Lebensbedingungen zu ermöglichen“¹¹, indem Befähigungen zu einer „verantwortliche(n) Teilnahme am gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Leben“¹² eröffnet werden.

Gegenüber dieser nach wie vor aktuellen Zielvorgabe besteht die größte Gerechtigkeitslücke gegenwärtig in dem Armutsrisiko von Kindern und Jugendlichen, insbesondere wenn sie bei nur einem Elternteil aufwachsen. Deren Armutsrisiko ist höher als bei allen anderen Bevölkerungsgruppen. Generell leben viel zu viele Kinder und Jugendliche in Armutsverhältnissen, besonders stark ausgeprägt übrigens in NRW, im Saarland und in Sachsen-Anhalt. Die Startnachteile dieser Kinder

⁹ Franz-Xaver Kaufmann, Herausforderungen des Sozialstaates, Frankfurt/M. 1997, S. 34.

¹⁰ Zum Recht auf Arbeit aus theologischer Sicht vgl.: Günter Brakelmann, Recht auf Arbeit – Eine Thesenreihe, in: Recht auf Arbeit – Sinn der Arbeit, hrsg. von Jürgen Moltmann, München 1979, S. 9–39. Zum Recht auf Migration vgl. Marianne Heimbach-Steins, Grenzverläufe gesellschaftlicher Gerechtigkeit, Paderborn 2016, S. 59–98.

¹¹ Für eine Zukunft in Solidarität und Gerechtigkeit. Wort zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in Deutschland, hrsg. vom Kirchenamt der EKD und der DBK, Hannover/Bonn 1997, Nr. 111.

¹² Für eine Zukunft, Nr. 113.

werden gegenwärtig in den Schulen kaum oder nur sehr schwer aufgeholt; häufig verfestigt die Schule diese Nachteile sogar. Lebenschancen sind in Deutschland sehr ungleich verteilt. So hängt z.B. die Perspektive, ob man das Abitur schaffen und vielleicht an einer Hochschule studieren wird, in hohem Maß von dem Wohnviertel und den entsprechenden Lebensbedingungen ab, in denen man aufwächst. Befähigungsgerechtigkeit muss wesentlich hier ansetzen und durch die Schaffung einer guten Infrastruktur für Betreuung und Bildung gerade in benachteiligten Quartieren Startnachteile zu beheben versuchen.

Als ebenso grundlegende Ausgestaltung der Teilhabegerechtigkeit ist das Kriterium der Bedarfsgerechtigkeit in den Blick zu nehmen. Demjenigen Teil der Bevölkerung, dem aus unterschiedlichen Gründen kaum ein Zugang zur Erwerbsarbeit als dem entscheidenden Medium einer selbstbestimmten Lebensführung eröffnet ist oder der in prekären Erwerbsarbeitsverhältnissen leben muss, ist nach Maßgabe des Kriteriums der Bedarfsgerechtigkeit eine Sicherung des soziokulturellen Existenzminimums zu gewährleisten. Angesichts eines nach wie vor hohen Anteils von benachteiligten Menschen am Arbeitsmarkt, die nur schwer mit dauerhaften, regulären Beschäftigungsverhältnissen rechnen können und deren Erwerbsbiographien sich zunehmend fragmentarisch gestalten, ist die Ermöglichung einer grundlegenden Existenzsicherung eine vorrangige Aufgabe der Sozialpolitik.

Dem Leitbild einer solidarischen Gesellschaft entspricht somit das Kriterium der Teilhabegerechtigkeit in besonderer Weise. Durch die Ausgestaltung der Teilhabegerechtigkeit im Sinn der Befähigungs- und Bedarfsgerechtigkeit soll ein möglichst ho-

hes Maß an Chancengleichheit und sozialer Sicherheit angestrebt werden. Erst auf dieser Grundlage lässt sich das Kriterium der Tauschgerechtigkeit legitimieren, welches leistungs- und situationsbezogen die Austauschbeziehungen von Menschen regelt. Da die Sphäre der Tauschgerechtigkeit auf Gleichbehandlung basiert und die Leistungsfähigkeit sowie widrige oder glückliche Umstände im Rahmen der marktvermittelten Austauschbeziehungen im Vordergrund stehen, wird auf dieser Ebene sozialen Handelns gesellschaftliche Ungleichheit immer wieder neu produziert. Ein gewisses Maß an Ungleichheit kann akzeptiert und auch sozialetisch legitimiert werden, sofern auf der Ebene der Teilhabegerechtigkeit ein hohes Maß an Gleichheit der Akteure angestrebt und dieses auf der Ebene elementarer Anspruchsrechte gesichert ist. Allerdings nimmt die soziale und ökonomische Ungleichheit in Deutschland kontinuierlich zu, was zu einer immer größeren gesellschaftlichen Spreizung führt. Um diese Gefahr zu begrenzen, hat Heinrich Bedford-Strohm insbesondere angesichts von „übermächtige(n) politische(n) Einflussmöglichkeiten der am meisten Begünstigten“ die Bedingung formuliert, dass sich Ungleichheiten „in einem Rahmen halten (müssen), der den fairen Wert der Freiheit sichert.“¹³ An dieser Zielsetzung anknüpfend, ist danach zu fragen, in welcher Weise eine solche Begrenzung gesellschaftlicher Ungleichheit zu konkretisieren ist.

Im Interesse einer längerfristigen Absicherung der gesellschaftlichen Handlungs-

¹³ Heinrich Bedford-Strohm, Vorrang für die Armen. Auf dem Weg zu einer theologischen Theorie der Gerechtigkeit, Gütersloh 1993, S. 290f.

sphären ist schließlich das Kriterium der Nachhaltigkeit als Bedingung der Zukunftsfähigkeit jeder gesellschaftlicher Ordnung einzubeziehen. Nachhaltigkeit thematisiert die Ansprüche der gegenwärtigen, nur wenig entscheidungsfähigen und vor allem die der zukünftigen Generationen und verweist auf den Zeithorizont der Gerechtigkeitskriterien. Dass auch den heute jungen sowie den künftigen Generationen Teilhabechancen sowie aus Leistung resultierende Rechte zukommen können, versteht sich nicht von selbst, sondern wird durch gegenwärtiges Handeln bedroht, weshalb eine Langfristorientierung erforderlich ist, die den anderen genannten Kriterien der Gerechtigkeit nicht notwendig inhärent ist. Untrennbar verknüpft mit der Zukunftsfähigkeit zielt das Kriterium der Nachhaltigkeit auf die Sicherung der Mitweltgerechtigkeit bzw. der Mitgeschöpflichkeit, das die „Schicksalsgemeinschaft“ des Menschen „mit der übrigen Schöpfung“¹⁴ zum Ausdruck bringt.

Grundsätzlich ist eine intakte Umwelt Grundvoraussetzung für eine nachhaltige gesellschaftliche Entwicklung, die soziale Sicherheiten gewährleisten kann. Dramatische Umweltveränderungen haben in der Geschichte fast immer zu einer Zunahme von massiven Fluchtbewegungen, von Konflikten und oft auch Kriegen geführt. Der von Menschen wesentlich verursachte Klimawandel muss so schnell wie möglich begrenzt werden, um solche Szenarien abzuwenden und Stabilität zu ermöglichen. Insofern ist soziale Gerechtigkeit ohne Klimagerechtigkeit nicht zu haben.

In globaler Perspektive ist die Lebensweise in den Wohlstandsgesellschaften nicht universalisierbar und daher ethisch nicht zu rechtfertigen. Gemäß der „*Goldenen Regel*“, wie sie Jesus in der Bergpredigt klassisch formuliert hat („*Alles nun, was ihr wollt, dass euch die Leute tun sollen, das tut ihr ihnen auch. Mt. 7,12*“), gilt es, gleiche Rechte und vergleichbare Lebenschancen nicht nur in Deutschland und Europa, sondern weltweit einzufordern. Aktionen der Fair-Trade-Bewegung sind wichtige Ansätze, um bestimmte Standards der Ökologie sowie der Arbeitsbedingungen und der Entlohnung in den Ländern des globalen Südens zu ermöglichen. Die pünktliche Zahlung eines gerechten Lohnes ist schon in der Bibel Ausdruck elementarer Gerechtigkeit. In vielen Ländern des Südens wird dies nicht umgesetzt, durch Lieferketten profitieren wir faktisch davon. Dies widerspricht allen genannten Kriterien der Gerechtigkeit und bezeichnet die wohl dramatischste Gerechtigkeitslücke.

3. Metaethische Impulse über den Status Quo hinaus: Die Aufgabe der permanenten Weiterentwicklung der Kriterien der Gerechtigkeit

In theologischer Perspektive wird Gerechtigkeit erst im Reich Gottes endgültig realisiert und ist daher unter den Bedingungen dieser Welt nur fragmentarisch zu verwirklichen. Einen wegweisenden Versuch, die Kriterien der Gerechtigkeit mit weitergehenden, außergewöhnlichen Impulsen der Nächstenorientierung zu verknüpfen, hat Paul Ricoeur entwickelt. Nach Ricoeur kommt es darauf an, die Kriterien der Gerechtigkeit, wie sie summarisch zusammengefasst etwa in der „*Goldenen Regel*“ zum Ausdruck ge-

¹⁴ Arthur Rich, *Wirtschaftsethik. Grundlagen in theologischer Perspektive*. Bd.1, Gütersloh 1984, S. 194.

bracht werden, und die Logik einer bedingungslosen Zuwendung zum Anderen, wie sie sich zugespitzt im Gebot der Feindesliebe ausdrückt, miteinander zu vermitteln. Ausgehend von der Beobachtung, dass die „Goldene Regel“ und das Gebot der Feindesliebe bei Lukas wie bei Matthäus in enger Bezogenheit thematisiert werden, zeigt er auf, dass das Gebot der Feindesliebe die „Goldene Regel“ nicht aufhebt, sondern im Sinn der Großzügigkeit reinterpretiert.¹⁵ Die geradezu paradoxen und extremen Verhaltensweisen des die Ansprüche der Ethik weit übersteigenden Gebots der Feindesliebe lassen sich durch Regeln der Nichtentsprechung näher kennzeichnen, wie sie die Feldrede und die Bergpredigt benennen.¹⁶ Da allerdings diese Logik der Nichtentsprechung nach Ricoeur nicht zur allgemeinen Regel gemacht werden kann, muss sie in dem Grundsatz der Moralität verankert sein, wie er sich in der „Goldenen Regel“ ausdrückt und wie er in verallgemeinerbaren ethischen Regeln, wie den genannten Kriterien der Gerechtigkeit, verfasst ist.

Trotz dieser Einschränkung, die lebensweltlich der Erfahrung entspricht, dass die geforderte Feindesliebe nicht generalisierbar ist, bleibt die Logik der Nichtentsprechung im Sinn der Feindesliebe für das Verständnis der „Goldenen Regel“ grundlegend, da diese „ohne das Korrektiv des Liebesgebotes ... ständig im utilitaristischen Sinn gedeutet würde, dessen Kurzform „do ut des“ hieße, ich gebe damit du gibst“.¹⁷ Das Liebesgebot, speziell in der

Zuspitzung der Feindesliebe, korrigiert entschieden die Möglichkeit der utilitaristischen Missdeutung der „Goldenen Regel“. Aufgrund der in den Evangelien zu findenden, engen Zusammenstellung des Gebots der Feindesliebe und der „Goldenen Regel“ soll nach Ricoeur die „Goldene Regel“ in dem Sinne präzisiert werden, dass eine eigennützige Interpretation zugunsten der uneigennützigen Deutung ausgeschlossen wird.

Im Sinn dieser Überlegung stellt Ricoeur die Frage in den Raum, inwieweit durch die metaethische Forderung der Feindesliebe eine Neuinterpretation universalisierbarer ethischer Regeln, wie sie der Gerechtigkeit entsprechen, ermöglicht wird. Eine solche Neuorientierung zielt auf die Überwindung jeder verdeckten Spielart des utilitaristischen Kalküls, das „nur die Vergrößerung der durchschnittlichen Vorteile der meisten zum Ziel hat, und diesem Zweck eine Minderheit“¹⁸ opfern kann. Das Liebesgebot widerstreitet demgegenüber jedem Rückfall in dieses Kalkül, es geht vielmehr immer auch um den Schutz von Minderheiten, vor allem von benachteiligten Gruppen. Das Gebot der Feindesliebe verhilft dazu, eine neue Orientierung zu vermitteln, indem es ggf. irritierend oder gar desorientierend wirkt. Diese Irritation zielt letztlich auf eine Reinterpretation der „Goldenen Regel ... im Sinn der Großzügigkeit.“¹⁹ Die Perspektive der Großzügigkeit kann konkret bedeuten, schrittweise zusätzliche Grade von Solidarität, Güte oder sogar Barmherzigkeit in die allgemeinen, der Gerechtigkeit entsprechenden Gesetzesregeln einer Gesellschaft zu integrieren. Für diesen schwierigen und unendli-

¹⁵ Paul Ricoeur, *Liebe und Gerechtigkeit*, Tübingen 1990, S. 55.

¹⁶ Vgl. exemplarisch Lukas 6,27ff: „Liebet Eure Feinde und tut Gutes denen, die Euch hassen, segnet die, welche Euch fluchen ...“

¹⁷ P. Ricoeur, *Liebe*, S. 59.

¹⁸ P. Ricoeur, *Liebe*, S. 63.

¹⁹ P. Ricoeur, *Liebe*, S. 55.

chen Progress braucht es stets den Anstoß einer metaethischen Forderung, wie es in prägnantester Form das Gebot der Feindesliebe ausdrückt.

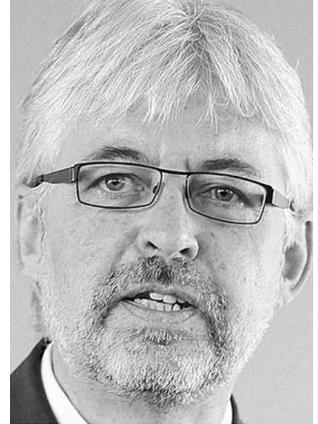
Dabei handelt es sich im strikten Sinn nicht um ein Gebot, sondern diese Haltung verdankt sich letztlich der Erfahrung der göttlichen Logik der Überfülle, wie sie den Menschen in der Fülle der Schöpfungsgaben und in der Erfahrung der Gemeinschaftstreue, d.h. der Gerechtigkeit Gottes begegnet. Gerade die Gemeinschaftstreue Gottes eröffnet eine umfassende menschheitliche Solidarität, welche das metaethische Gebot der Feindesliebe plausibel werden lässt.

Ausblick

Gerechtigkeit als Grundlage des gesellschaftlichen Zusammenlebens ist ein vieldeutiger Begriff. Auseinandersetzungen um mögliche Präzisierungen des Gerechtigkeitsverständnisses sind lohnend und können nicht zuletzt die politischen Diskussionen befruchten. Der vorliegende Beitrag hat das Ziel, biblische Impulse zur Klärung aufzuzeigen. Eine Besonderheit der biblischen Perspektive ist darin zu sehen, dass diese wesentlich von der „Lage der Beherrschten und Unterdrückten“ her denkt, während die „maßgeblichen Bezugspunkte“ der klassischen Gerechtigkeitstheorien von Platon und Aristoteles – und zum Teil bis in die Gegenwart hinein – die Fragen der „Organisation von Macht und Herrschaft in der Polis“²⁰ sowie die Ausbildung entsprechender individueller Tugenden sind. In diesem Spannungsverhältnis ist nicht unbedingt ein Gegensatz zu sehen, es kommt aber sehr

wohl darauf an, welche Perspektive maßgebend ist. Das biblische Solidaritätsethos bis hin zum metaethischen Gebot der Feindesliebe bezeichnet den Orientierungsrahmen und die überschießenden Impulse, in deren Horizont ein theologisch-sozialethisches Konzept von Gerechtigkeit zu verorten ist.

*Jähnichen,
Traugott, Dr.
theol., habil.,
seit 1998
Lehrstuhlin-
haber für
Christliche
Gesellschafts-
lehre an der
Evangelisch-
theologischen
Fakultät der
Ruhr-Univer-
sität Bochum.*



Geschäftsführender Herausgeber der ZEE, Mitherausgeber des Jahrbuchs Sozialer Protestantismus, des Evangelischen Soziallexikons u.a. Forschungsschwerpunkte sind die Geschichte des sozialen Protestantismus, Grundfragen der Sozial- und insbesondere Wirtschaftsethik sowie die kirchliche Zeitgeschichte mit dem Schwerpunkt der Diakoniegeschichte (u.a. wird gegenwärtig am Lehrstuhl ein DFG-Projekt zur Geschichte Bethels 1924–1949 durchgeführt). Ehrenamtlich engagiert u.a. als stellvert. Vorsitzender der Kammer für soziale Ordnung der EKD, Mitglied der Kirchenleitung der EKvW und Vorsitzender der Ev. Stadtakademie Bochum.

²⁰ Wolfgang Lienemann, Gerechtigkeit. Ökumenische Studienhefte 3, Göttingen 1995, S. 14.

Schwerpunkt Religionen und die Soziale Frage

„Gleichheit ist Glück“

Die Arbeiter im Weinberg und ihre Entlohnung (Matthäus 20, 1–14) – eine Reich-Gottes-Perspektive.

Von Claus Petersen

Mit dem Reich Gottes verhält es sich so: Ein Gutsbesitzer ging gleich am frühen Morgen hinaus, um Arbeiter für seinen Weinberg anzuwerben. Nachdem er mit den Arbeitern um einen Tageslohn von einem Denar übereingekommen war, schickte er sie in seinen Weinberg. Um die dritte Stunde ging er wieder hinaus und sah andere auf dem Marktplatz stehen, die keine Arbeit hatten. Er sagte zu ihnen: „Geht auch ihr in den Weinberg. Ich werde euch geben, was recht ist.“ Und sie gingen hin. Um die sechste und um die neunte Stunde ging er nochmals hinaus und tat genauso. Als er um die elfte Stunde hinausging, fand er andere dastehen und sagte zu ihnen: „Was steht ihr hier den ganzen Tag ohne Arbeit?“ Sie antworteten ihm: „Weil uns niemand angeworben hat.“ Da sagte er zu ihnen: „Geht auch ihr in den Weinberg.“

Als es Abend geworden war, sagte der Besitzer des Weinbergs zu seinem Verwalter: „Rufe die Arbeiter und zahle ihnen ihren Lohn aus. Beginne bei den Letzten bis zu den Ersten.“ Da kamen die, die um die elfte Stunde eingestellt worden waren, und erhielten jeweils einen Denar. Als dann die Ersten kamen, meinten sie, dass sie mehr erhalten würden. Aber auch sie erhielten jeweils einen Denar. Als sie ihn erhielten, empörten sie

sich über den Gutsbesitzer und sagten: „Diese Letzten haben eine einzige Stunde gearbeitet, und du hast sie uns gleichgemacht, die wir die Last des ganzen Tages und die Hitze ertragen haben.“ Er aber antwortete einem von ihnen: „Mein Freund, ich tue dir kein Unrecht. Bist du nicht um einen Denar mit mir übereingekommen? So nimm das Deine und geh. Ich will diesem Letzten dasselbe geben wie dir.“

Ein Denar, das ist in etwa der Betrag, den man seinerzeit für sich und seine Familie am Tag zum Leben brauchte¹. Heute würde man ihn als living wage bezeichnen, als eine existenzsichernde Entlohnung. Diejenigen, die „gleich am frühen Morgen“, also wahrscheinlich um sechs Uhr zu arbeiten beginnen, empfinden sie denn auch als gerecht und fair. Alle, die erst zu einem späteren Zeitpunkt eingestellt werden, erhalten keine konkrete Lohnzusage. Sie müssen sich darauf verlassen, dass der Weinbergbesitzer ihnen für ihre Arbeit geben werde, „was recht ist“. Am Ende erhalten dann aber alle dasselbe: einen Denar.

Für den Gutsbesitzer ist genau dies recht und gerecht (im Griechischen wird dafür ein und dasselbe Wort verwendet). Aber ist es das wirklich? Kann man die Empörung derer, die den ganzen Tag ge-

¹ Von der Mitte des 1. Jahrhunderts v. Chr. an war er das durchschnittliche Tageseinkommen eines Lohnarbeiters (vgl. L. Annaeus Seneca, Epistulae morales ad Lucilium, Liber X. Briefe an Lucilius über Ethik, 10. Buch, Lateinisch/Deutsch. Übersetzt und herausgegeben von Rainer Rauthe, Stuttgart 1995, S. 58).

arbeitet haben, nicht gut verstehen? „Du hast sie uns gleichgemacht“, das ist der Kernsatz ihres Vorwurfs. Mit einem Wort, ja wortwörtlich: Gleichmacherei ist es, die er betrieben und der er sich in ihren Augen schuldig gemacht hat. Und das ist ungerecht. Das liegt für sie klar auf der Hand.

Gleichmacherei, damit haben sie es – fast – getroffen. Und der Angesprochene bleibt ja auch dabei: „Ich will diesem Letzten dasselbe geben wie dir.“ Zunächst stellt er allerdings klar, dass dem, der sich ungerecht behandelt fühlt, kein Unrecht geschehen ist: Er hat den vereinbarten Lohn erhalten. Für ihn selbst aber wäre es nicht recht gewesen, nicht allen Arbeitern den gleichen Betrag auszuzahlen. Und das muss mit dem Reich Gottes zusammenhängen, von dem die Geschichte ja erzählt. Für einen Menschen, der am Reich Gottes teilhat, gilt offensichtlich ein ganz anderer Maßstab als für den, der sich außerhalb dieses Zusammenhangs befindet. Was für diesen selbstverständlich ist: „Jeder bekommt, was er verdient“, hat für jenen keine Gültigkeit. Er handelt nach einer anderen Devise: „Ich werde euch geben, was recht ist.“

Wenn jener eine Denar, den hier alle Arbeiter bekommen, in etwa der Betrag ist, der zu einem guten Leben nötig ist, handelt der Weinbergbesitzer offensichtlich nach dem Grundsatz: „Jeder bekommt, was er braucht – unabhängig vom Maß seiner Leistung.“ Dass er die eiserne Regel einer Leistungs- und Konkurrenzgesellschaft nicht anerkennt, dass er sich weigert, sich nach ihr zu richten, muss daran liegen, dass er die Menschen ganz anders wahrnimmt: Für ihn sind sie nicht Arbeitskräfte, Produktionsmittel,



Lohnempfänger, sondern Mitmenschen, Schwestern und Brüder und deshalb auf einer ganz fundamentalen Ebene gleich. Alle brauchen sie für ein gutes Leben in etwa die gleiche materielle Grundlage.

Das also macht den Unterschied aus, der auf die Vertreter der Selbstverständlichkeit des Alten so provozierend wirkt. Es ist der Unterschied zwischen einer objektivierenden Sichtweise und der Reich-Gottes-Perspektive dessen, der sich mit allem anderen verbunden fühlt. Der Weinbergbesitzer betrachtet und behandelt die Arbeiter nicht als isolierte Einzelpersonen, sondern als Mitglieder ein und derselben Menschheitsfamilie, die alle

die gleichen Bedürfnisse haben. Er hat sie also nicht gleichgemacht, sondern von vornherein als Gleiche wahrgenommen. Sein Maßstab ist deshalb nicht die Höhe der Leistung des Einzelnen, sondern die Höhe des Bedarfs, und der ist in etwa gleich.

Sicher könnte man fragen, ob es dem Reich Gottes gemäß ist, dass ein Mensch einen ganzen Weinberg besitzt. Immerhin sind die Arbeiter – trotz der gleichen Entlohnung – in einer ganz anderen Weise von ihm abhängig als er von ihnen. Und ganz grundsätzlich: In einer Welt, in der die Menschen in Verbundenheit miteinander und mit der Erde leben, ist der Privatbesitz an Grund und Boden ausgeschlossen. Man bewohnt ihn, man bebaut, pflegt und schützt ihn, aber niemand ist ihr Eigentümer.

Sodann wird in der Erzählung von den Arbeitern im Weinberg nachdrücklich betont, dass auch die, die erst um 17 Uhr eingestellt werden, gerne den ganzen Tag hätten arbeiten wollen. Dafür wird sogar eine kleine Ungereimtheit in Kauf genommen: Eigentlich hätte der Gutsbesitzer ja aufgrund seiner früheren Besuche auf dem Marktplatz wissen müssen, dass diejenigen, die er jetzt anstellt, dort schon seit dem frühen Morgen auf Arbeit gewartet haben. Gleichwohl fragt er sie, warum sie den ganzen Tag ohne Arbeit auf dem Marktplatz stehen. Er fragt sie, damit sie ihm ausdrücklich zu verstehen geben können, dass dies nicht an ihrer mangelnden Arbeitsbereitschaft liegt, sondern daran, dass sie niemand eingestellt hat. Alle müssen und wollen arbeiten, weil sie nur auf diese Weise ihr Leben finanzieren können.

Könnte es sich „mit dem Reich Gottes“ aber nicht auch so „verhalten“, entsprä-

che es einer weltverbundenen Existenz nicht noch mehr, wenn Arbeit und Einkommen voneinander entkoppelt wären? Grundsätzlich kann man sicher davon ausgehen, dass jeder Mensch gerne arbeitet. Er möchte seine Fähigkeiten entfalten und zum Wohl von Mensch und Gesellschaft einsetzen. Ist er aber nicht allein dann dazu wirklich in der Lage, wenn er auf der anderen Seite und völlig unabhängig davon mit einer guten, auskömmlichen materiellen Lebengrundlage rechnen kann? Würden wir einander nicht erst dann wirklich gerecht, wenn uns unsere in etwa auf gleichem Niveau liegende materielle Lebensgrundlage weder aufgrund unserer Leistung noch unserer Leistungsbereitschaft zusteht und zukommt, sondern einfach aufgrund unseres Menschseins? Wäre es nicht eine große Befreiung, wenn es uns gelänge, unsere Weltgesellschaft in dieser Weise umzubauen? Entspricht nicht allein dies dem ersten Satz des Artikels 1 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte der Vereinten Nationen: „Alle Menschen sind frei und gleich an Würde und Rechten geboren“?

„Ich will diesem Letzten dasselbe geben wie dir.“ Mit diesem Satz endet die ursprüngliche Erzählung. Darauf will Jesus hinaus. Jeder erhält, was er braucht. Genau dies ist aus der Reich-Gottes-Perspektive des Weinbergbesitzers recht und gerecht. Das, was jener erste Satz des Artikels 1 objektiv richtig über den Menschen aussagt, aber offensichtlich in keiner Weise umgesetzt, mit der Realität in Einklang gebracht wird, das geschieht hier ganz selbstverständlich, aber eben „von innen heraus“. Grund für das ganz andere und so neuartige Verhalten des Weinbergbesitzers ist nicht eine Satzung

oder ein Gesetz, sondern diese Innenperspektive, das Zugehörigkeitsgefühl zur Menschheitsfamilie, das Beziehungsgeflecht, das ihn mit den anderen Menschen und alle Menschen untereinander verbindet. Das ist der Grund, weshalb er gar nicht anders handeln kann – der Arbeiter, aber auch seinetwegen.

Doch die Reich-Gottes-Botschaft dieser Erzählung, dass das Glück, ja die Seligkeit darin besteht, der Gleichheit aller Menschen gerecht zu werden, wird schon bald nicht mehr verstanden. Man hielt die klare Antwort des Weinbergbesitzers auf den empörten Einwand des Zwölfstundenarbeiters offensichtlich für unzureichend und erweiterte sie durch zusätzliche Erklärungen. Die Reich-Gottes-Thematik der Gleichheit wird zwar nicht völlig ausgeblendet, durch die Ergänzungen aber relativiert und de facto ausgehebelt. Nicht mehr die Reich-Gottes-Perspektive ist jetzt der alleinige Grund für das Verhalten des Arbeitgebers, sondern auch die absolute Verfügungsgewalt über sein Eigentum, die sein Handeln unangreifbar machen soll: „Kann ich mit dem, was mir gehört, nicht tun, was ich will?“, heißt es in dem folgenden Vers 15a. Aber hat er wirklich nach diesem Grundsatz gehandelt? Für Vertreter des alten Systems klingt ein solcher Satz sicher sehr überzeugend: Niemand hat einem anderen irgendwelche Vorschriften darüber zu machen, was er mit seinem Besitz zu tun gedenkt. Der Weinbergbesitzer aber hat gerade nicht selbstherrlich gehandelt, auch wenn ihm dies aufgrund der Verfügungsgewalt über sein Eigentum möglich gewesen wäre. Er hat sich in seine Arbeiter hineinversetzt, er hat bei denen, die gegen sein Verhalten protestierten, um Verständnis geworben. Er war nicht

von seiner Mitwelt isoliert, sondern ist mit ihr in Verbindung geblieben. Sein Zuhause im Reich Gottes hat sein Handeln geleitet.

Auch die dritte Begründung geht an diesem entscheidenden Beweggrund völlig vorbei: „Oder sieht dein Auge böse drein, weil ich gütig bin?“ (Vers 15b) Ausschlaggebend für das Verhalten des Arbeitgebers waren aber gerade nicht seine Güte und Barmherzigkeit, also individuell-subjektive Qualitäten, in deren Genuss die Arbeiter in diesem Fall rein zufällig gekommen wären. Maßgeblich im Reich Gottes sind nicht besondere moralische Qualitäten einzelner Personen, sondern dass alle miteinander und mit der Welt verbunden sind. Dass dem Beschwerdeführer hier außerdem noch Neid unterstellt und er moralisch herabgesetzt wird, passt ebenso wenig zu dem Gespräch auf Augenhöhe („Mein Freund“), das für die erste und ursprünglich einzige Begründung so charakteristisch ist.

In beiden später angefügten und Jesus in den Mund gelegten Begründungen wird der Weinbergbesitzer nicht mehr im Zusammenhang mit seinen Mitmenschen gesehen, sondern im Gegenteil von ihnen abgehoben, ja über sie emporgehoben. Dies hat dann zu der, wenn man sich den ursprünglichen Sinn der Erzählung vor Augen hält, ganz abwegigen These geführt, mit dem Weinbergbesitzer sei nicht ein Mensch, sondern in Wahrheit Gott gemeint².

² Matthäus fügte später noch den ursprünglich eigenständigen (vgl. Markus 10,31; Lukas 13,30) Satz an: „So werden die Letzten Erste und die Ersten Letzte sein“ (Vers 16). Er verstand die Geschichte fälschlich im Sinn einer Umkehrung der Reihenfolge am Jüngsten Tag.

Ganz anders das ursprüngliche Ende der Geschichte: Die Antwort des Weinbergbesitzers ist nicht nur völlig ausreichend, auf sie läuft nicht nur die ganze Erzählung zu, sondern sie ist – sicher bewusst – auch in besonderer Weise gerahmt und wird dadurch als Schlussakkord noch einmal unterstrichen. Sie beginnt damit, dass der Gutsbesitzer denjenigen, der sich so sehr empört und bitter bei ihm beschwert hat, mit „mein Freund“ anredet. Man könnte auch mit „mein Gefährte“, „mein Genosse“, fast mit „mein Bruder“ übersetzen, will sagen: Wir gehören beide zu ein und derselben Menschheitsfamilie. Und mit dem auch im griechischen Urtext letzten Wort bezieht sich der Weinbergbesitzer noch einmal ausdrücklich und durchaus nicht unfreundlich auf den Beschwerdeführer: „Ich will diesem Letzten dasselbe geben wie dir.“ Will er ihn für seine Sicht der Welt gewinnen? Jedenfalls wendet er sich ihm wirklich zu. Es geht ihm nicht um Selbstrechtfertigung, sondern darum, dass sich sein Gegenüber tatsächlich „angesprochen“ fühlt. Er soll spüren, dass er mit denen, die nur eine Stunde gearbeitet haben, nur eine Stunde arbeiten konnten, zusammengehört. Kann er nicht vielleicht doch dem Verhalten des Weinbergbesitzers etwas abgewinnen? Lädt diese Jesus-Erzählung nicht auch uns dazu ein, dass wir das Gefühl, der Weinbergbesitzer habe im Grunde tatsächlich richtig gehandelt, nicht sofort als „unrealistisch“

Dass die zuletzt Eingestellten als Erste ihren Lohn erhalten, hat jedoch rein erzähltechnische Gründe: Nur auf diese Weise können die zuerst Eingestellten das ungewöhnliche Auszahlungsprinzip überhaupt registrieren, dass sie nämlich genau denselben Lohn erhalten haben wie jene.

verdrängen oder als „weltfremd“ abtun? Könnte nicht unsere Sympathie für sein Verhalten ein Hinweis darauf sein, dass uns die Reich-Gottes-Perspektive, die er einnimmt, in Wahrheit gar nicht so fremd ist, dass wir sie sogar nachempfinden können? Und sollten wir nicht dabei bleiben?

Claus Petersen, 21 Entdeckungen. Was Jesus wirklich lehrte, Gütersloher Verlagshaus, Gütersloh 2020, Seite 133–141. Der Abdruck erfolgt mit freundlicher Genehmigung des Gütersloher Verlagshauses.

Claus Petersen, Jg. 1952, Pfr. i. R., Dr. theol., Theologiestudium in Erlangen und Heidelberg, wiss. Assistent am Institut für Altes Testament bei Prof. Dr.



Georg Fohrer, 1981 Promotion, Gemeindepfarrer, zuletzt Pfarrer bei der Stadtmission Nürnberg; gründete 2002 die „Ökumenische Initiative Reich Gottes – jetzt!“ (www.reich-gottes-jetzt.de). Mitglied im BRSD. Buchveröffentlichungen: „Die Botschaft Jesu vom Reich Gottes. Aufruf zum Neubeginn“ (Stuttgart 2005); „WeltReligion...“ (Hamburg 2016); „21 Entdeckungen. Was Jesus wirklich lehrte“, (Gütersloh 2020).

Schwerpunkt Religionen und die Soziale Frage

Die biblische Gerechtigkeit

Im politischen Konflikt um die Umprogrammierung der Gerechtigkeit

Von Franz Segbers

In allen Parteien von CDU, SPD, den Grünen und der FDP gab es im Vorfeld der tiefen Einschnitte in den Sozialstaat mit der Agenda 2020 und Hartz IV zu Beginn des Jahrtausends eine Debatte über einen modernen Gerechtigkeitsbegriff. Parteiübergreifend war man sich einig, dass ein modernisierter Gerechtigkeitsbegriff mehr sei als die alte Verteilungsgerechtigkeit. Diese galt als überholt und unzeitgemäß. Der neue Name für Gerechtigkeit sei die Befähigungs- oder Chancengerechtigkeit. Wie aber das sozialphilosophische Konzept, das auf den indischen Ökonomen Amartya Sen zurückgeht, Befähigungsgerechtigkeit politisch verwendet wird, hat der damalige SPD-Bundesfinanzminister Peer Steinbrück unmissverständlich erläutert: „Soziale Gerechtigkeit muss künftig heißen, eine Politik für diejenigen zu machen, die etwas für die Zukunft unseres Landes tun: Die lernen und sich qualifizieren, die arbeiten, die Kinder bekommen und erziehen, die etwas unternehmen und Arbeitsplätze schaffen, kurzum: die Leistung für sich und unsere Gesellschaft erbringen. Um die – und nur um die – muss sich Politik kümmern.“¹ Was aber ist mit den anderen? Einer solchen Gerechtigkeit geht es nicht mehr um Gleichheit in der Verteilung von Einkommen, Eigentum, Macht

und Bildung, sondern einzig um Gleichheit im Zugang zu Bildung, Ausbildung und Arbeit. Gerechtigkeit kann dann niemand mehr gesellschaftlich einklagen, denn Gerechtigkeit hat damit zu tun, dass



ein jeder die ihm gebotenen Chancen nutzt. Mehr ist von der Politik nicht zu erwarten. Sie verabschiedet sich dann vom Verständnis der Gerechtigkeit als soziale Gleichheit. Den Platz der Verteilungsgerechtigkeit soll die Befähigungs- und Chancengerechtigkeit einnehmen. Behauptet wird eine Begriffserweiterung im Sinne eines modernen, neuen Gerechtigkeitsbegriffs, in der Sache jedoch findet eine inhaltliche Verkürzung statt. Die Umprogrammierung von Gerechtigkeit besteht genau in diesem Punkt, dass eine reale Chancengerechtigkeit verabschiedet wird, die ohne Verteilungsgerechtigkeit nicht zu haben ist.²

¹ Peer Steinbrück, Etwas mehr Dynamik, bitte, in: Die Zeit 2003, Nr. 47.

² Franz Segbers, Die umprogrammierte Gerechtigkeit, in: Kirchlicher Herausgeberkreis Jahrbuch Gerechtigkeit, (Hg.), Armes reiches

Theologisch-sozialethische Orientierungen

Der katholische Johann Baptist Metz kritisiert eine „Halbierung des Geistes des Christentums“³, die darin bestehe, dass der Geist der hellenistischen Antike das theologische Argumentieren bestimme und sich das Christentum von der biblischen Tradition entfernt habe. Das Christentum sei aber eine Religion, die „aus ihrem biblischen Erbe ... im Namen ihrer Sendung Freiheit und Gerechtigkeit für alle sucht.“⁴ Diese „Halbierung des Geistes des Christentums“ habe die Theologie gegenüber dem Verlangen nach universaler Gerechtigkeit unempfindlich gemacht und von der mit dem Judentum zutiefst verbundenen Gerechtigkeitstradition getrennt.

Gegen diese europäische Israelvergessenheit erinnert der Sozialphilosoph Hauke Brunkhorst an den universalistischen und egalitären Zuschnitt des biblischen Gerechtigkeitsdenkens, das er auf den Nenner bringt: „Europa begann in Jerusalem.“⁵ Es begann dort eine Brüderlichkeit oder Geschwisterlichkeit, welche die Hoffnung auf ein menschliches Zusammenlebens ausdrückt, in der alle Menschen als

Menschen und zwar ohne Vorleistungen oder Vorbedingungen, ohne Unterscheidung von Klasse, Rasse, Herkunft geachtet werden. Ob jemand arm, versklavt oder fremd ist, als Fremder, als Sklave und als Armer ist er immer schon ein Bruder, eine Schwester.

Die dem biblischen Denken verdankte Geschwisterlichkeit enthält drei Elemente:

- Die Anerkennung der Würde eines jeden, unabhängig von seinen Leistungen. Jeder hat das Recht auf soziale Teilhabe, weil er lebt.
- Gerechtigkeit als Schaffung gleicher Bedingungen für jeden, damit er von seiner Freiheit Gebrauch machen kann.
- Solidarität als Zuwendung zu den Lebensmöglichkeiten des anderen.

Gerechtigkeit nennt der Alttestamentler Walter Dietrich „die Mitte des Alten Testaments“⁶.

Gegenüber den Parteiendebattenbeiträgen mit ihrem Gegensatz zwischen Verteilungsgerechtigkeit und Chancengerechtigkeit hat die Denkschrift der EKD „Gerechte Teilhabe“⁷ für eine differenzierte, wechselseitige Verschränkung plädiert. Im Vorwort klärt Wolfgang Huber den christlichen Gerechtigkeitsbegriff auch in Absetzung von der politischen Debatte: „Ohne materielle Verteilungsgerechtigkeit läuft Chancengleichheit ins Leere.“⁸ Wer wirklich Chancengerechtigkeit will, der

Deutschland, Jahrbuch I, Frankfurt – Oberursel 2005, 76–82; ders., Gerechtigkeit, in: Hans-Jürgen Urban (Hg.), ABC zum Neoliberalismus. Von „Agenda 2010“ bis „Zumutbarkeit“, Hamburg 2006, 98–100.

³ Johann Baptist Metz, Athen versus Jerusalem. Was das Christentum dem europäischen Geist schuldig geblieben ist, in: Orientierung 60 (1996) 59–60, hier 59.

⁴ Franz-Xaver Kaufmann/Johann Baptist Metz, Zukunftsfähigkeit. Suchbewegungen im Christentum, Freiburg-Basel-Wien, 1987, 118.

⁵ Hauke Brunkhorst, Solidarität. Von der Bürgerfreundschaft zur globalen Rechtsgenossenschaft, Frankfurt 2002, 40.

⁶ Werner Dietrich, Der roten Faden im Alten Testament, in: Evangelische Theologie 49 (1989) 236.

⁷ Rat der EKD, Gerechte Teilhabe. Befähigung zur Eigenverantwortung und Solidarität. Eine Denkschrift des Rates der EKD zur Armut in Deutschland, Hannover 2006.

⁸ Vorwort von Wolfgang Huber, in: EKD, Gerechte Teilhabe, Vorwort, 8.

darf sich von der Verteilungsgerechtigkeit nicht verabschieden.

Biblische Gerechtigkeit: Herstellung und Wahrung lebensfreundlicher Verhältnisse für die Armen

In das Nachdenken über Gerechtigkeit hat die christlich-jüdische Tradition einen Impuls eingebracht, die sozialen Verhältnisse mit dem Blick von unten, aus der Perspektive der Schwächeren und mit einer Parteinahme für den Menschen in seiner Verletzlichkeit und Bedürftigkeit anzusehen. Biblisches Denken hat in dieser Tradition Gerechtigkeit und Recht stets zusammengebracht. Denn um Barmherzigkeit kann man bitten, doch bei der Gerechtigkeit geht es um einen Rechtsanspruch. Mit dem biblischen Begriff der *sedaka*/Gerechtigkeit wird die Herstellung lebensfreundlicher Verhältnisse gerade für die Armen ausgedrückt. Biblisch meint Gerechtigkeit gemeinschaftsgemäßes Verhalten. Deshalb ist die biblische Gerechtigkeit zunächst parteilich, eine Option für die Armen. Aus der Erfahrung mit den ägyptischen Verhältnissen erwächst ein Ethos, das stereotyp in der Sorge um die Machtlosen, „die Armen, Witwen und Waisen“ (Ex 22,21, Dtn 10,18; 24,17 u.ö.) zum Ausdruck kommt. Zu anderen ist der Gerechtigkeitsbegriff mit dem Recht verbunden, so beispielsweise in den Sabbatgesetzen, dem Sabbat- und Jobeljahr oder dem Zinsverbot. Diese biblischen Sozialgesetze wollen Barmherzigkeit in einer erwarteten und verpflichtenden Zuwendung Gestalt werden lassen, die sich in besonderer Weise den an den Rand Gedrängten zuwendet, um ihnen Recht und Gerechtigkeit zuzusichern. Die Armen werden dabei nicht als Almosenempfänger verstanden; sie sind Rechtsträger. Barmherzigkeit gilt des-

halb biblisch nicht als mildtätige Wohltat, „sondern als ein Akt der Aufrichtung von Gerechtigkeit“⁹. Der biblischen Gerechtigkeit geht es immer darum, die „Lebensrechte des Mitmenschen“¹⁰ verbindlich in Kraft zu setzen.

Kritischer Maßstab und Impuls für ein biblisch-theologisches Verständnis von Gerechtigkeit ist die Option für die Armen. Sie konkretisiert sich in einem Verständnis von Gerechtigkeit, das Befähigungsgerechtigkeit und Verteilungsgerechtigkeit in einen präzisen Sinn fasst. Gerechtigkeit ist also die Anerkennung dessen, was Menschen einander, insbesondere den Armen schulden. Die gesellschaftlichen Grundstrukturen müssen sich denen gegenüber legitimieren und rechtfertigen, die durch sie benachteiligt werden. Die Armen sind der Maßstab.

In dem Maße, wie sich die christliche Tradition dem Hellenismus zugewandt und sich von der Hebräischen Bibel entfernte, wurde der Zusammenhang von Recht und Freiheit gerade in der lutherischen Theologie unter der Formel von „Gesetz“ und „Evangelium“ aufgelöst oder verdunkelt. Dass das „Gesetz“, die biblische Tora, aber selbst ein Weg ist, der Freiheit gerade für die Schwachen und arm Gemachten herstellen und bewahren will, wurde theologisch nicht wahrgenommen.

Dass der Gott der Bibel zu den Armen und Schwachen hält, zieht sich wie ein roter Faden durch die ganze Bibel. Diese Option für die Armen lässt sich als ein

⁹ Michael Welker, *Gottes Geist. Theologie des Heiligen Geistes*, Neukirchen-Vluyn 1992, 117.

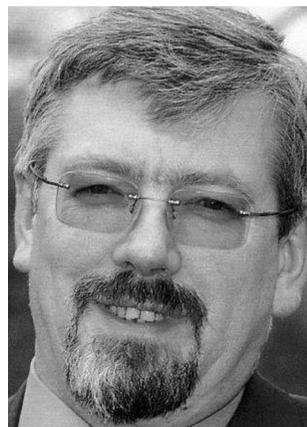
¹⁰ Klaus Müller, *Diakonie im Dialog mit dem Judentum. Eine Studie zu den Grundlagen sozialer Verantwortung im jüdisch-christlichen Gespräch*, Heidelberg 1999, 221.

Grundanliegen bezeichnen, das in der Hebräischen Bibel fest verwurzelt ist und zu den prägenden Traditionen des Neuen Testaments gehört. Und Jesus von Nazareth hat nach dem Zeugnis des Neuen Testaments diesen Blick von unten eingenommen. Die Option für die Armen enthält einen Maßstab, der nach denen fragt, die ausgeschlossen sind. Diese Option enthält aber nicht nur den ethischen Maßstab, alle Verhältnisse und Prozesse danach zu bewerten, was sie den Armen tun, was sie ihnen antun, was sie ihnen ermöglichen zu tun. Sie will auch eine angemessene Beteiligung aller am gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Leben ermöglichen. Aus der Perspektive der Armen und Schwachen wird gesellschaftliche oder wirtschaftliche Ungerechtigkeit wahrgenommen und im Interesse des Gesamtsystems beurteilt – und verändert.

Die Entleerung und Umprogrammierung des Begriffs der Gerechtigkeit nicht zuzulassen, ist eine Frage der Gerechtigkeit selbst. Denn mit der Verabschiedung von der Verteilungsgerechtigkeit wird auch das Recht auf soziale Gleichheit außer Streit gestellt werden, die Suche nach einer Gesellschaft nämlich, in der alle Menschen einander Gerechtigkeit und Solidarität schulden. Dies macht den Kernge-

halt der Gerechtigkeit auch im biblischen Erbe aus, die ohne Verteilungsgerechtigkeit ausgehöhlt wäre.

Franz Segbers, Dr. theol., em. Prof. für Sozialethik am Fachbereich Evangelische Theologie der Philipps-Universität Marburg.
Letzte Veröffentlichung:



zus. mit Cornelia Hildebrandt/Jürgen Klute/Helge Meves, (Hg.) (2019): *Die Linke und die Religion. Geschichte, Konflikte und Konturen*, Hamburg; zus. mit Michael Ramminger/ Franz Segbers (Hg.) (2018): *„Alle Verhältnisse umzuwerfen ... und die Mächtigen vom Thron zu stürzen.“ Das gemeinsame Erbe von Christen und Marx*, Hamburg; Franz Segbers (2015): *Ökonomie, die dem Leben dient. Die Menschenrechte als Grundlage einer christlichen Wirtschaftsethik*, Kevelaer/Neukirchen-Vluyn.
Email: Mail@Franz-Segbers.de

Schwerpunkt Religionen und die Soziale Frage

Zur sozialen Spaltung unserer Gesellschaft

Eine ethisch und religiös fundierte solidarische Antwort

Von Norbert Bernholt

Die Spaltung ist unübersehbar

Es ist wirklich banal: eine Wirtschaft, die

auf der Annahme aufbaut, der Mensch sei nun mal in erster Linie ein egoistisches Wesen, das nur auf seinen persönlichen materiellen Vorteil aus ist, muss die Gesellschaft spalten. Auf diesem Men-

schenbild aufbauend haben wir alle entscheidenden Stellschrauben in Wirtschaft und Gesellschaft justiert und halten es nun für ganz selbstverständlich, dass die Wirtschaft nur funktionieren kann, wenn wir den Egoismus fortlaufend füttern. Dies bedeutet in erster Linie, dass die Kapitalgeber unter allen Umständen hohe Renditen erhalten müssen, da sonst die Wirtschaft zusammenbricht. Dieses Mantra durchzieht als alternativlose Wahrheit alle Nachrichten. Wir pflegen und hüten einen kapitalgetriebenen Wettbewerb, in dem jeder gegen jeden antritt und forcieren damit den Spaltpilz in unserer Gesellschaft. Dabei gilt natürlich die alte Regel: Wer hat, dem wird gegeben. Wer erstmal auf der Gewinnerspur ist, hat so viele Vorteile, dass er oder sie in allen weiteren Wettbewerben die vorherigen Verlierer in die Taschen stecken kann. Belege für diese Spaltung der Menschen gibt es zu Hauf – sowohl innerhalb einer Nation und erst recht auf globaler Ebene. Aus der Fülle der Zahlen und Statistiken will ich hier nur einige Beispiele anführen. Beim Überfliegen dieser kleinen Liste dürfte nebenbei klar werden, dass die absurde Ungleichverteilung von Einkommen und Vermögen nichts mehr mit der persönlichen Leistungsfähigkeit von einigen Einzelpersonen zu tun haben kann. Diese Liste erzählt vielmehr die Geschichte von Macht und Unterdrückung.

50 Haushalte in Deutschland verfügen in der Summe über das gleiche Geldvermögen wie 40 Mio. Menschen in D. (SZ vom 19.10.19)

Die reichsten 10% der Bevölkerung verfügen über gut 56% des gesamten Vermögens in Deutschland. Die ärmsten 10% verfügen nur über Schulden. (DIW Berlin)



8 Menschen besitzen 45% des weltweiten Vermögens, gleichzeitig besitzt die ärmere Hälfte der Weltbevölkerung nicht einmal 1% des weltweiten Vermögens. (Oxfam)

Noch eindrücklicher als die Aufreihung dieser Zahlen ist für mich ein Bericht von Maja Göpel (Generalsekretärin des wissenschaftlichen Beirats der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen). Sie schreibt: „Ich werde nie vergessen, wie wir im Sommer 2019 bei den Vereinten Nationen in New York über die fehlenden 39 Milliarden diskutiert haben, die jährlich für die Bereitstellung von primärer Bildung für alle Kinder fehlen. Gleichzeitig verkündete 250 Meter weiter das Bankhaus J. P. Morgan, dass es innerhalb einiger Monate 40 Milliarden Euro an seine Aktionäre ausschütten werden – weil es kaum mehr wisse, wohin mit seinen Finanzmitteln.“¹

¹ Maja Göpel, Unsere Welt neu denken, 3. Auflage Berlin 2020, S.90

Die Gier nach noch mehr Geld scheint jedes Verantwortungsgefühl für die Gemeinschaft zu töten.

Eine gewollte Spaltung

Nun wird seitens der vorherrschenden Meinung in den Wirtschaftswissenschaften und der Politik eine moralische und ökonomische Rechtfertigung für die ungleiche Verteilung von Einkommen und Vermögen ins Feld geführt, die man fairerweise bedenken sollte. Demnach ist die Spaltung dadurch zu rechtfertigen, dass von dem Wohlstand und dem Reichtum, den die Gewinner schaffen, reichlich auf die Verlierer herabfalle. Letztendlich gehe es den Verlierern so besser, als wenn sie sich selbst um ihren Wohlstand kümmern müssten. In der Tat ist unübersehbar, dass der technische Fortschritt, und das quantitative Wachstum mit Beginn der kapitalistischen Wirtschaftsweise geradezu explodiert sind. Zumindest für die europäischen Länder konnte damit für die Masse der Bevölkerung ein bislang nie erreichter Wohlstand erreicht werden. Den Menschen geht es materiell so gut, wie noch nie zuvor. Die meisten Staaten haben in irgendeiner Form eine Grundsicherung garantiert, so dass kein Mensch mehr unter existenzbedrohendem Hunger leiden muss. Der unerbittliche Wettbewerb und die Aussicht auf einen steigenden materiellen Reichtum scheinen viele Menschen zu erheblichen Leistungen zu motivieren. Dabei wissen wir natürlich alle, dass die Bereitschaft das Letzte aus sich herauszuholen weniger mit der Aussicht auf eine Yacht im Mittelmeer als mit der puren Angst, den Arbeitsplatz zu verlieren zu tun hat.

Die Kollateralschäden dieser Art des Wirtschaftens sind seit jeher erheblich.

Der stete Drang nach noch mehr Reichtum und Gewinn kann nur durch fortwährendes Wachstum oder rücksichtslose Ausbeutung von Menschen und der Natur befriedigt werden. Die Geschichte des Kapitalismus ist insofern von Beginn an mit Blut und Tränen getränkt. Die in der Karikatur ausgepressten Arbeiter können wahlweise durch andere Opfer ausgetauscht werden. Kapitalistische Wirtschaft ist bis heute mit den brutalsten Formen von Kinderarbeit, der systematischen Ausbeutung und Benachteiligung von Frauen, der Ausbeutung und Zerstörung der Natur auf dem ganzen Planeten und der kolonialen Ausnutzung der Menschen, die im globalen Süden leben, verbunden.

Es gibt kein Recht auf Ausbeutung

Angesichts des Leids, das durch das System „Kapitalismus“ erzeugt wird, lässt sich bei ehrlicher Betrachtung dieses System nicht schönreden. Ganz im Gegenteil: wir christlich und humanistisch geprägten Menschen des globalen Nordens müssten eigentlich auf die Barrikaden gehen. Es gibt kein Recht auf Ausbeutung anderer Menschen oder auf die Zerstörung der Natur.

Trotzdem hegen und pflegen wir ein Wirtschaftssystem, das Spaltung, Ausbeutung und Unrecht erzeugt. Aus Gewohnheit, aus Bequemlichkeit, aus Mangel an Alternativen, aus der Angst heraus, dass ein anderes System noch mehr Elend produzieren könnte halten wir gegen alle Vernunft an dem Falschen fest. Wir vertreten damit Werte, die sich in einem krassen Gegensatz zum Geist der Bibel befinden². Eine Gesellschaft, die

² Ich will an dieser Stelle auf Zitate und eine

auf Egoismus, Ellbogen denken, einem übertriebenen Leistungsdenken, der Spaltung von Gewinnern und Verlierern und Ausbeutung aufbaut, hat sich von dem Geist der Bibel losgesagt.

Es wird Zeit, dass wir die Augen öffnen. Die Not ist groß und die Opfer unserer rücksichtslosen Lebensweise machen sich mittlerweile unter Lebensgefahr auf den Weg zu uns. Wir müssen uns endlich zu den Werten bekennen, die wir für richtig erachten.

Wir wissen genau, dass sich ein gutes und erfülltes Leben auf der Pflege von Gemeinschaft, auf Mitgefühl und Sorge,



auf dem Wissen als Mensch unabhängig von der Leistung wertvoll zu sein, und dem Streben nach Gerechtigkeit gründet. All diese Werte sind gar nicht spezifisch christlich, sie entsprechen einer uralten menschlichen Weisheit, die allerdings in der Moderne mit dem Hinweis auf ein angeblich realistisches Menschenbild sträflich vernachlässigt wurden. Diesem Menschenbild ist nun entschlossen entgegenzutreten: Es gibt eine schöne kleine

ausführliche Analyse der Bedeutung von sozialer Gerechtigkeit in der Bibel verzichten. Dazu ist an vielen anderen Stellen geschrieben worden.

Parabel, die der Betonung des Egoismus als dominante Eigenschaft des Menschen entgegentritt. Ich gebe sie hier sinngemäß wieder:

Ein Großvater erzählt seinem Enkel, „In mir findet ein Kampf statt, ein Kampf zwischen zwei Wölfen. Einer ist schlecht, böse, habgierig, eifersüchtig arrogant und feige. Der andere ist gut – er ist ruhig, liebevoll, bescheiden, großzügig, ehrlich und vertrauenswürdig. Diese Wölfe kämpfen auch in dir und jeder anderen Person. Der Junge denkt einen Moment nach und fragt dann: „Welcher Wolf wird gewinnen? Der alte Mann antwortet lächelnd: „Der Wolf, den du fütterst.“

Ein neues Bild wachsen lassen

Beginnen wir also damit, unsere Wirtschaft im Sinne der oben genannten Werte umzudenken. Wir füttern einmal nicht unseren Egoismus sondern unsere Fähigkeit zum solidarischen und emphatischen Handeln. Ein neues Bild, in dem wir aber auch viel Bekanntes finden, kann nun langsam entstehen.

Zunächst gibt es zwei ganz grundlegend neue Weichenstellungen:

Erstens: Die industriellen und gewerblichen Unternehmen, die es natürlich weiterhin geben wird, arbeiten nicht mehr nach den Regeln einer auf Profitmaximierung beruhenden Konkurrenzwirtschaft. Es gibt eine neue, auf Kooperation aufbauende Unternehmensverfassung, die sich in erster Linie am Wohl der Gemeinschaft ausrichtet.

Zweitens: Es gibt kein allgemeingültiges Zauberinstrument zur Verteilung der Güter, wie es der Markt in unserer Wirtschaftsweise ist. Entscheidend bei der Entscheidung über das Verfahren der

Güterverteilung ist, ob dieses Instrument im Sinne des Wohls allen Lebens auf diesem Planeten effizient ist. Im Klartext bedeutet dies: Es wird Bereiche geben, in denen ein Markt das Instrument der Wahl ist, stellt sich aber heraus, dass er dysfunktional ist, schaut man sich nach besseren Instrumenten um.

Eine auf den Grundlagen der Solidarität aufbauende Wirtschaft und Gesellschaft ist divers aufgebaut, d.h. sie besteht aus vielen Subsystemen, in denen durchaus unterschiedliche Regeln für die Produktion und die Verteilung von Gütern möglich sind. Neben einem Markt ist es auch möglich, die Produktion und Güterverteilung über einen organisierten Tausch, über schlichte Vereinbarungen und Absprachen, oder auch über den Staat zu organisieren.

Viele dieser solidarischen Formen des Wirtschaftens gibt es bereits jetzt, sie müssen aber unter den Bedingungen einer auf den Markt fixierten kapitalorientierten Wirtschaftsweise immer gegen den Wind ansegeln, und so bleibt diesen Formen nichts übrig als ein Nischendasein führen. Beispiele sind: solidarische Landwirtschaft, viele Formen der sogenannten Commons-Wirtschaft, Tauschringe, Genossenschaften, alle Formen der Subsistenzwirtschaft, Diese Formen der solidarischen Wirtschaft können weit mehr als 50% der gesamtwirtschaftlichen Leistung ausmachen.

Ein Bild mit neuen Rahmenbedingungen

Um nun die Windrichtung grundsätzlich zu ändern, und die Formen solidarischen Wirtschaftens aus ihren Nischen herauszuholen, müssen wir die Rahmenbedingungen so gestalten, dass sie die

oben angesprochene Diversität ermöglichen. Einige zentrale Bereiche:

Eigentum: Es kann in einer solidarischen Gesellschaft (s.G.) durchaus weiterhin Privateigentum geben, wo dies sinnvoll erscheint. Allerdings wird es nicht mehr möglich sein, dass einige Menschen beliebige Mengen an Eigentum anhäufen. Große Bedeutung werden alle Formen von Gemeinschaftseigentum (Genossenschaften, Allmenden, Staatseigentum, ...) haben. Darüber hinaus sprechen wir uns dafür aus, den Begriff des Menschheitseigentums einzuführen und diesen gesetzlich zu regeln. Dieser Gedanke beruht darauf, dass die Erde mit allen Rohstoffen, Pflanzen und Lebewesen allen gehört. Es gibt kein Recht einzelner, andere von der Nutzung dieser Erde auszuschließen und zu sagen, dieses Stück Erde gehört mir.



Geld: Es muss das Ziel sein, die gesellschaftliche Bedeutung von Geld zu minimieren. Geld ist nicht der dominierende Wertmaßstab sämtlicher Tätigkeiten. Gelingt es, die Bedeutung des Geldes auf die Funktion eines reinen Tauschmittels und als Mittel der Wertaufbewahrung zu begrenzen, verliert Geld den Sexappeal, den es in einer kapitalistischen Wirtschaft hat. In einer s.G. verliert Geld seine Fähigkeit, sich aus sich selbst heraus zu vermehren. Machen wir uns nichts vor: Solange es möglich ist Zinsen zu verlangen, ohne selber etwas für diese Zinsen getan zu haben, wird Diebstahl institutionell abgesegnet. Das System, das ja Men-

schen erschaffen haben, erlaubt den millionenfachen täglichen Verstoß gegen das 7. Gebot (du sollst nicht stehlen). Eine s.G. unterbindet deshalb per Gesetz sämtliche Formen von Geldgeschäften. Die Geldschöpfung liegt ausschließlich bei einer demokratisch kontrollierten Zentralbank. Finanzbörsen sind in einer s.G. überflüssig, da das notwendige Geld für Investitionen durch die Zentralbank zur Verfügung gestellt wird.

Beteiligung: Eine solidarische Gesellschaft fördert die Beteiligung aller Menschen an den Entscheidungsprozessen in der Gesellschaft und in der Wirtschaft. Neben den bereits bekannten Verfahren der repräsentativen Demokratie sind weitere Möglichkeiten der Beteiligung zu entwickeln und zu erproben. Ein Verfahren ist die Bildung von Bürgerräten, das in Deutschland v.a. durch Leggewie, Feindt und Nanz in die Diskussion gebracht wurde. In der Praxis hat Irland bei einem Referendum über die Abtreibungsgesetze vorgemacht, wie gut Bürgerräte funktionieren können. Zufällig ausgewählte Personen kommen in diesen Bürgerräten auf kommunaler und bundesweiter Ebene zusammen. An diesen Bürgerräten sind keine Politiker beteiligt, sie werden neutral und professionell moderiert und geleitet. Die Mitglieder müssen die Rolle der Entscheidungsträger übernehmen und können dabei auf einen Expertenbeirat zurückgreifen. Ihre Vorschläge werden dann entweder dem Parlament oder in einem Referendum dem Volk vorgelegt. Für die Erarbeitung partiübergreifender Lösungen für komplizierte gesamtgesellschaftliche Probleme sind neutrale Gremien wie die hier beschriebenen Bürgerräte von einem kaum zu überschätzendem Wert.

Arbeit: Der Begriff Arbeit umfasst jede Form von plan- und zweckmäßiger Tätigkeit. In einer s.G. werden deshalb per Arbeitsvertrag entlohnte Erwerbsarbeit und jede andere Form von Arbeit gleichermaßen gewürdigt. Der große Bereich der jetzigen Sorgearbeit erfährt damit die ihm zustehende Wertschätzung. Wenn Frauen im Schnitt über ein Berufsleben hinweg bis zu 50% weniger als Männer verdienen, da sie über lange Zeit keiner Erwerbsarbeit nachgehen oder in Teilzeit arbeiten, um sich intensiv um ihre Kinder oder auch um ihre Eltern zu kümmern, ist das eine skandalöse Diskriminierung, die es in einer s.G. nicht geben wird.

Einkommen: Jeder Mensch verfügt über eine ausreichende Grundversorgung. Über die Höhe und die Verteilung dieser Grundversorgung hat die Gesellschaft (und nicht ein Markt) entscheidet über die Spreizung der Einkommen. So kann ich mir kaum vorstellen, dass sich eine Gesellschaft dafür ausspricht, dass ein Finanzbroker das 500fache einer Krankenschwester verdient. Eine denkbare maximale Einkommensspreizung wäre 1:10. Höhere Bezüge sind dann nicht mehr möglich.

Wohlstand braucht Werte

An dieser Stelle ist es nur möglich, das Bild einer s.G. mit groben Pinselstrichen zu skizzieren. Die ganz andere Atmosphäre und das neue Denken in dieser solidarischen Gesellschaft kann man aber vielleicht schon erahnen.³ Eine neue Wei-

³ Ausführliche Beschreibungen zu dem Entwurf einer solidarischen Gesellschaft finden Sie auf der Homepage der Akademie (www.akademie-solidarische-oekonomie.de). Sie können über die Homepage auch Bücher und Texte

chenstellung, mit der wir uns nun endgültig von den Vorgaben eines „unmoralischen kapitalgetriebenen Marktes“ verabschieden und die Umsetzung der lange bekannten und anerkannten Werte aus den Weltreligionen, ist möglich. Dabei ist es zum jetzigen Zeitpunkt kaum sinnvoll, schon Details einer s.G festzulegen. Es gehört ja zum Selbstverständnis einer s.G., dass sie auf einer breiten Bürgerbeteiligung aufbaut. Dies bedeutet, die Bürger*innen entwickeln mit Hilfe von Expert*innen Schritt für Schritt diese s.G.. Natürlich baut diese Entwicklung auf Normen und Werten auf, die wir vor dem Start festlegen sollten. Wir müssen mit einer klaren Vorstellung darüber anfangen, wohin die Reise gehen soll. Nachjustieren kann man immer noch. Nur – lasst uns endlich mit einer ernsthaften und offenen gesellschaftlichen Diskussion darüber beginnen, was wir wirklich wollen. Eigentlich wissen wir das ja, wir trauen uns nur nicht, auch da-

aus der Arbeit der Akademie anfordern.

zu zu stehen. Wir beginnen damit einen letztendlich nie endenden Suchprozess mit sicherlich vielen Irrungen und Wirrungen. Dies wird nicht schmerzfrei gehen, die Menschen haben dafür aber die Gewissheit, an einer großen und sinnvollen Aufgabe mitzuwirken. Ich bin sicher, die Arbeit an dieser Aufgabe kann die Mehrheit der Menschen zutiefst erfüllen und glücklich machen.

Norbert
Bernholt, lebt
in Lüneburg,
Volkswirt
und Wirtschaftspäd-
agoge, Ge-
schäftsführer
der Akademie
Solidarische Ökonomie
(www.akademie-solidarische-oekonomie.de)



Schwerpunkt Religionen und die Soziale Frage

Kapitalismuskritische ökumenische Positionen für eine gerechte Globalisierung

Von Ulrich Duchrow¹

Angesichts der zunehmend katastrophalen Entwicklungen, die durch den imperialen Kapitalis-

mus erzeugt werden – also durch das, was euphemistisch „Globalisierung“ genannt wird –, möchte ich daran erinnern, dass nach 30 Jahren intensiver Arbeit in der weltweiten Ökumene klare kritische Beschlüsse vorliegen, die gleichzeitig Perspektiven für eine Wirtschaft im Dienst des Lebens bieten. Ich gehe in drei Schritten vor:

¹ Dieser Artikel folgt in weiten Teilen einem Vortrag, den ich am 23.11.2019 im Beirat von Kairos Europa hielt.



- Erinnerung an die Ökumenische Beschlusslage bis November 2013.
- Die Weiterarbeit in der protestantisch-orthodoxen Ökumene (NIFEA).
- Papst Franziskus und das Dikasterium für den Dienst zugunsten der ganzheitlichen Entwicklung des Menschen

Den Abschluss bildet ein Ausblick.

1. Erinnerung an die Ökumenische Beschlusslage bis November 2013

Seit die Vollversammlung des Ökumenischen Rates der Kirchen (ÖRK) in Vancouver 1983 den „Konziliaren Prozess gegenseitiger Verpflichtung für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung“ auf den Weg gebracht hatte, ging es im Zentrum um die Frage: Wie können wir die kapitalistische Weltwirtschaft als Motor von Ungerechtigkeit, Unfrieden und Zerstörung der Schöpfung als Glaubensfrage und als Frage des Kircheseins von Kirche theologisch und politisch verstehen und überwin-

den helfen. Nach der Weltkonvokation 1990 in Seoul ließ der ÖRK das Thema fallen, aber der Reformierte Weltbund (RWB) nahm unter der Leitung seines Generalsekretärs Milan Opocenský die von mir vorgeschlagene Kategorie des *processus confessionis* auf, die zu einer Erklärung des *status confessionis* im Blick auf die Weltwirtschaft führen sollte.² Die afrikanische Kontinental-Konsultation „Reformierter Glaube und wirtschaftliche Gerechtigkeit“ (1995) in Mindolo, Kitwe, Sambia forderte als er-

² Vgl. DUCHROW, Ulrich: Weltwirtschaft heute - ein Feld für bekennende Kirche?. München: Kaiser (1986), 1987 2. Aufl., bes. S. 136, und DUCHROW, Ulrich: Ökumene und kapitalistisches Imperium: Der Konziliare Prozess für Gerechtigkeit, Frieden und die Befreiung der Schöpfung, in: Link, Hans-Georg/Müller-Fahrenholz, Geiko (Hg.). Frankfurt : Hoffnungswege. Wegweisende Impulse des Ökumenischen Rates der Kirchen aus sechs Jahrzehnten, Lembeck, 2008, S. 291–320.

ste den Weltbund auf, den status confessionis zu erklären:³

„Es ist unsere schmerzhafteste Schlussfolgerung, dass die afrikanische Realität der Armut, die durch eine ungerechte ökonomische Weltordnung verursacht wird, nicht einfach ein ethisches Problem ist. Vielmehr ist sie ein theologisches Problem. Sie begründet nun einen status confessionis⁴. Mit den Mechanismen der globalen Wirtschaft steht heute das Evangelium selbst, die gute Nachricht für die Armen auf dem Spiel.“

Dies wurde in der Generalversammlung des RWB in Debrecen 1997 aufgenommen durch den Aufruf zu einem „Prozess des Erkennens, Lernens und Bekennens (processus confessionis) gegen wirtschaftliche Ungerechtigkeit und Naturzerstörung“.⁵ Dieser wurde auch vom ÖRK bei seiner Vollversammlung in Harare 1998 und 2000 ebenfalls vom Lutherischen Weltbund (LWB) aufgenommen. Dieser verwirft in seiner Vollversammlung 2003 den neoliberalen Kapitalismus des Washington Konsenses:

„Diese falsche Ideologie gründet auf der Annahme, dass der auf Privateigentum, ungezügelter Wettbewerb und der unabänderlichen Geltung von Verträgen

aufgebaute Markt das absolute Gesetz ist, das das menschliche Leben, die Gesellschaft und die Umwelt beherrscht. Hier handelt es sich um Götzendienst. Er führt dazu, dass die, die kein Eigentum besitzen, systematisch ausgeschlossen werden, die kulturelle Vielfalt zerstört wird, instabile Demokratien demontiert werden und die Erde verwüstet wird... Als lutherische Communio fordern wir die Entwicklung einer Ökonomie, die dem Leben dient.“⁶

Der RWB verknüpft 2004 in seinem Accrabekenntnis die Verwerfung des Kapitalismus mit dessen imperialen Charakter:

„Wir glauben, dass Gott über die ganze Schöpfung regiert. „Die Erde ist des Herrn und was darinnen ist“ (Ps 24,1)... Darum sagen wir Nein zur gegenwärtigen Weltwirtschaftsordnung, wie sie uns vom globalen neoliberalen Kapitalismus aufgezwungen wird.... Wir weisen jeden Anspruch auf ein wirtschaftliches, politisches und militärisches Imperium zurück, das Gottes Herrschaft über das Leben umzustürzen versucht, und dessen Handeln in Widerspruch zu Gottes gerechter Herrschaft steht“.⁷

Der ÖRK zog 2013 mit mehreren Dokumenten und Beschlüssen auf der 10. Vollversammlung in Busan nach. Hier nur wenige Beispiele.⁸ Im sog Bogor-Statement heißt es:

„10. Wir erkennen die fatale Verflechtung

³ Vgl. KAIROS, Europa (Hg.): Kirchen im ökumenischen Prozess für gerechte Globalisierung - Von Winnipeg 2003 über Accra 2004 nach Porto Alegre 2006. Heidelberg: Kairos Europa e.V., 2005 (https://www.ekir.de/globalisierung/Downloads/Wirtschaften_im_Dienst_des_LebensWinnipeg-Accra-Porto_Alegre.pdf), S. 5.

⁴ Eine Bekenntnissituation, in der die Kirche eindeutig ja oder nein sagen muss, wenn sie nicht ihr Kirche sein verlieren will. Die im folgenden genannten Beschlüsse sind alle von Kairos Europa veröffentlicht.

⁵ Vgl. KAIROS, Europa (Hg.), 2005, S. 5.

⁶ Dies und das folgende Zitat ebd., 3ff.

⁷ Ebd. 5f.

⁸ Alle dokumentiert in KAIROS EUROPA (Hg.): Von den Rändern her in Richtung globale Transformation! „Pilgerweg der Gerechtigkeit und des Friedens“ – Hoffnung auf einen neuen kirchlichen Aufbruch für das Leben?, Heidelberg: Kairos Europa, 2013.

tung der globalen finanziellen, sozio-ökonomischen, klimatischen und ökologischen Krisen, die an vielen Orten auf der Welt einhergehen mit dem Leiden der Menschen und ihrem Kampf ums Leben. Die weitreichende Marktliberalisierung, Deregulierung und uneingeschränkte Privatisierung von Gütern und Dienstleistungen beuten die gesamte Schöpfung aus, zerstören soziale Programme und Dienste und eröffnen Wirtschaftsmärkten über Grenzen hinweg ein scheinbar grenzenloses Produktionswachstum. Unkontrollierte Finanzströme destabilisieren die Wirtschaft in einer wachsenden Zahl von Ländern weltweit. Die verschiedenen Aspekte der Klima-, Umwelt-, Finanz- und Schuldenkrisen sind gegenseitig voneinander abhängig und verstärken einander. Man kann nicht länger separat mit ihnen umgehen“.

Die (2.) Missionserklärung wird noch deutlicher:

„108. Wir bekräftigen, dass die Ökonomie Gottes auf den Werten der Liebe und der Gerechtigkeit für alle basiert und dass die verwandelnde Mission sich dem Götzendienst in der freien Marktwirtschaft widersetzt. Die wirtschaftliche Globalisierung hat den Gott des Lebens durch Mammon ersetzt, den Gott des freien Marktkapitalismus, der die Macht für sich beansprucht, die Welt durch die Anhäufung unmäßigen Reichtums und Wohlstands zu retten.“

Schließlich wird eine São Paulo-Erklärung angenommen, hervorgegangen aus einer Konferenz von vier ökumenischen Organisationen: ÖRK, LWB, RWB und der Council for World Mission (CWM). Hier lesen wir:

„Wir verwerfen eine Wirtschaftsord-

nung, die auf Konsumüberangeboten und Habsucht beruht, und sind uns bewusst, wie sehr uns der neoliberale Kapitalismus psychologisch dazu verführt, immer mehr besitzen zu wollen. Im Gegensatz dazu bekennen wir uns zum christlichen und buddhistischen Begriff einer Ökonomie der Genügsamkeit, die zur Zurückhaltung mahnt (Lukas 12:13-21)“.

Vierzehn Tage nach der Vollversammlung in Busan im November 2013 veröffentlichte Papst Franziskus sein Apostolisches Schreiben „Die Freude des Evangeliums“.⁹ Darin bringt er den weltweiten ökumenischen Konsens noch einmal auf den Punkt:

„Diese Wirtschaft tötet! ...

- Nein zu einer Wirtschaft der Ausschließung ...
- Nein zur neuen Vergötterung des Geldes ...
- Nein zu einem Geld, das regiert, statt zu dienen ...
- Nein zur sozialen Ungleichheit, die Gewalt hervorbringt“.

Auf dieser Analyse beruhen die spätere Enzyklika „Laudato si“ und die jüngste Stellungnahme „Ökonomische und finanzielle Fragen“, worauf ich im 3. Abschnitt zurückkommen werde. Es war nach meiner Wahrnehmung ein kirchengeschichtliches Ereignis, dass 2013 nach 30 Jahren Arbeit alle Kirchen den imperialen Kapitalismus offiziell und theologisch gut begründet verworfen hatten.

⁹ https://w2.vatican.va/content/francesco/de/apost_exhortations/documents/papa-francesco_esortazione-ap_20131124_evangelii-gaudium.html. (auch dokumentiert in Kairos Europa, 2013).

2. Die Weiterarbeit in der protestantisch-orthodoxen Ökumene nach 2013 (NIFEA)

Ursprünglich sollte der in Busan beschlossene Pilgerweg der Gerechtigkeit und des Friedens die Arbeit an der „Wirtschaft im Dienst des Lebens“ weiterführen. Dies unterblieb leider. Die Mitgliedskirchen begannen hierhin und dorthin zu pilgern, ohne die Frage der Wirtschaft weiterzuführen oder gar, wie geplant, ins Zentrum zu rücken. Im ersten Buch zu den Pilgerwegen taucht die Frage des kapitalistischen Systems nur auf kaum einer Seite am Rand auf.¹⁰

Die São Paulo-Erklärung war der einzige Arbeitsstrang, der die zentrale Frage von 30 Jahren Arbeit auf der Tagesordnung hielt. Sie ging hervor aus einer „Globalen Ökumenischen Konferenz zum Bau einer neuen Wirtschafts- und Finanzarchitektur“ vom 29. September – 5. Oktober 2012. Die vier ökumenischen Organisationen: ÖRK, LWB, RWB und CWM (Council for World Mission) beschlossen, gemeinsam an der Frage einer New International Financial and Economic Architecture (NIFEA) weiterzuarbeiten. Hier ganz kurz die grundlegenden Informationen zu NIFEA.

Es gibt einen Aktionsplan für drei Jahre. Er beginnt mit einer theologischen Grundlegung, die die Ergebnisse der 35 Jahre ökumenischer Arbeit an der Überwindung des imperialen Kapitalismus kurz zusammenfasst:¹¹

„Die Spaltungskräfte, die in dem illusionären Streben nach grenzenlosem Wachstum und unbegrenzten Profiten enthalten sind, bringen zunehmend Gewalt, Ungleichheit und Klimawandel hervor und lassen Gottes Vision von Einheit, Frieden und einem Leben in Fülle für die gesamte Schöpfung in Finsternis untergehen“ (S. 4).

Es wird auch auf die Folgen des Systemversagens hingewiesen:

„Die als Reaktion auf die Krise (2008) ergriffenen harschen Sparmaßnahmen und das vollständige Versagen des existierenden Finanzsystems, sein Versprechen vom Wohlstand für alle zu verwirklichen, tragen zur Zunahme von Extremismus, Protektionismus, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit bei – wie sich in vielen Teilen der Welt beobachten lässt“ (S. 5).

Auch wird festgestellt, dass die Sustainable Development Goals (SDGs) der UNO nie erreicht werden können, solange der Steuersenkungswettbewerb und die Steuerflucht immer extremere Formen annehmen. Wichtig ist auch, dass NIFEA wie der ursprüngliche konziliare Prozess den Zusammenhang aller Gerechtigkeitsdimensionen durch das herrschende System in Gefahr sieht:

„Unsere Ökonomien sind ökozidal, patriarchal und rassistisch, belohnen allein die Privilegierten und vergrößern so die Ungleichheit“ (S. 6).

Aus diesem Ansatz leitet NIFEA folgende Schlüsselthemen ab:

1. Besteuerung als ein Instrument zur Erlangung von Umverteilung, Verantwortlichkeit und Nachhaltigkeit

¹⁰ S. ENNS, Fernando/DURBER, Susan: Walking Together. Theological Reflections on the Ecumenical Pilgrimage of Justice and Peace. Geneva: WCC, 2018.

¹¹ In KAIROS EUROPA: Das Zachäus-Projekt der weltweiten Ökumene. Wirtschaft(en) im Dienst des Lebens – Heft 9. Heidelberg:

<https://kairoseuropa.de/veroeffentlichungen/bestellungen-shop/>, 2019.

2. Investieren in ökologische Nachhaltigkeit im Blick auf die Grundversorgung
3. Wiedergutmachung – vor allem im Blick auf die Sklaverei

Methodisch geht es um Bündnisbildung auf allen Ebenen vom Lokalen bis Globalen. Im Dreijahresplan soll es dabei 2019 um die Themen Ungleichheit und Klimawandel mit Schwerpunkt Besteuerung und Wiedergutmachung gehen. Hier liegt der Schwerpunkt auf der Zachäus-Steuer- und -Wiedergutmachungskampagne. 2020 stehen Gerechtigkeit in Finanz- und Wirtschaftssystemen im Mittelpunkt, 2021 die Herausforderungen des Postwachstums, Spiritualität und alternative Lebensstile. Beim Verständnis und der Ausgestaltung dieses Plans geht es nicht um die Addition von verschiedenen Einzelthemen, sondern um verschiedene Dimensionen des einen zerstörerischen imperial kapitalistischen Systems und um seine Überwindung.

Es ist sehr wichtig, diesen Prozess mit ähnlichen Vorhaben in der römisch-katholischen Weltkirche zu verbinden.

3. Papst Franziskus und das Dikasterium für den Dienst zugunsten der ganzheitlichen Entwicklung des Menschen

In dem oben zitierten Text aus Evangelii Gaudium übernimmt Papst Franziskus unter heutigen Bedingungen die biblische Götzenkritik und die Fetischismusanalyse von Marx unter heutigen Bedingungen. Auf dieser Analyse ruhte auch die Ökologie-Enzyklika Laudato si. Nun hat 2018 der Vatikan ein weiteres speziell auf die Finanzmärkte zugeschnittenes Dokument herausgebracht: „OECO-

NOMICA ET PECUNIARIAE QUAE-STIONES/Erwägungen zu einer ethischen Unterscheidung bezüglich einiger Aspekte des gegenwärtigen Finanzwirtschaftssystems“, also zu wirtschaftlichen und finanzpolitischen Fragen.¹² Das Gewicht dieses Dokuments wird dadurch unterstrichen, dass nicht nur die Abteilung Iustitia et Pax, die jetzt in das neue Dikasterium im Dienst der ganzheitlichen Entwicklung des Menschen eingegliedert wurde, sondern auch die Glaubenskongregation für das Dokument verantwortlich zeichnet. Sie ist die Wächterin über die Identität der römisch-katholischen Kirche. Diese Zusammenarbeit mag allerdings auch für unten anzudeutende Probleme des Textes verantwortlich sein.

Das Dokument enthält nach einer Einführung einen grundlegenden Teil und einen zweiten, in dem auf spezielle Probleme des Finanzsystems eingegangen wird. Eine kurze Schlussbemerkung beschließt es.

Die Einführung (I) geht von einer fundamentalen umfassenden theologischen Annahme aus:

„Die ganzheitliche Förderung jeder Person, jeder menschlichen Gemeinschaft und der ganzen Menschheit ist der letzte Horizont jenes Gemeinwohls, das die Kirche als ‚allumfassendes Heilssakrament‘¹³ verwirklichen möchte. In diesem /ganzheitlichen Wohl/, dessen Ursprung und Vollendung letztendlich in Gott liegen und das in Jesus Chri-

¹² http://www.vatican.va/roman_curia/congregations/cfaith/documents/rc_con_cfaith_doc_20180106_oecconomicae-et-pecuniarie_ge.html.

¹³ II. Ökumenisches Vatikanisches Konzil, Dogmatische Konstitution Lumen gentium, Nr. 48.

stus, in dem alles zusammengefasst ist (vgl. /Eph/ 1,10), vollkommen offenbart wurde, liegt der letzte Zweck allen kirchlichen Tuns. Dieses Wohl ist eine Vorwegnahme jenes Reiches Gottes, das die Kirche zu verkünden und in jedem Bereich menschlichen Wirkens aufzurichten gerufen ist¹⁴.

Schöpfungsordnung, Jesu Rolle und Vorwegnahme des Reiches Gottes werden aufgeboten, um deutlich zu machen, dass die Kategorie des Gemeinwohls in seiner umfassenden Bedeutung für das ganzheitliche Wohl jeder Person, jeder Gemeinschaft und der ganzen Menschheit der zentrale Bezugspunkt für alles Wirtschaften ist. Es wird zwar dann wesentlich von Ethik als notwendig für die Wirtschaft geredet, aber die Ethik ist verankert in der Ordnung des Kosmos und letztlich in Gott. Das ist auch der Grund, warum gleich am Anfang (3) betont wird, dass diese Ethik sich als Weisheit in allen Kulturen und Religionen spiegelt – im Sinn der Goldenen Regel (Mt 7,12):

„Diese in der Weisheit des Schöpfergottes verwurzelte ethische Ordnung ist also das unentbehrliche Fundament für den Aufbau einer menschenwürdigen Gesellschaft, die von Gesetzen geregelt wird, deren Maßstab wirkliche Gerechtigkeit ist“ (3).

Kein Bereich des menschlichen Handelns darf deshalb beanspruchen, „ohne eine Ethik auszukommen oder für eine Ethik unzugänglich zu sein, die auf Freiheit, Wahrheit, Gerechtigkeit und Solidarität gegründet ist. Dies trifft auch auf jene Bereiche zu, in denen die Gesetze der Politik und der Wirtschaft gelten“.

Wir haben es also hier mit einer theologischen Fundamentalaussage zu tun, die für die Protestanten insbesondere in der Barmer Theologischen Erklärung (1934), Artikel 2 gegen eine neulutherische dualistische Zweireichelehre formuliert wurde:

„Wir verwerfen die falsche Lehre, als gebe es Bereiche unseres Lebens, in denen wir nicht Jesus Christus, sondern anderen Herren zu eigen wären, Bereiche, in denen wir nicht der Rechtfertigung und Heiligung durch ihn bedürften.“

Sodann wird darauf hingewiesen, dass die letzte Finanzkrise Gelegenheit geboten hätte, das Finanzsystem grundlegend im Sinn dieser theologischen und ethischen Kriterien zu überarbeiten, was aber leider nicht geschehen ist. Es wird noch einmal an Evangelii Gaudium erinnert: „Das Geld muss dienen und nicht regieren!“ Eigentlich wäre es die Aufgabe der zuständigen Führungskräfte gewesen, „neue Wirtschafts- und Finanzsysteme einzuführen, deren Methoden und Regeln die Entwicklung des Gemeinwohls anstreben und auf dem sicheren Pfad der kirchlichen Soziallehre die Menschenwürde achten (6)“. Hier trifft sich also das Dokument bis in die Formulierungen hinein mit NIFEA.

Der II. grundlegende Teil (7ff.) wiederholt zunächst den Ansatz, dass Märkte der Ethik bedürfen, weil sie nichts nur Technisches sind, sondern es in Ihnen um Beziehungen von handelnden Menschen geht. Deshalb braucht es eine Sicht vom Menschen als Beziehungswesen, nicht als konkurrierendem Individuum. Vertrauen, Gerechtigkeit, Zusammenarbeit und die Logik des Geschenks ohne Gegenleistung müssen also kom-

¹⁴ Vgl. ebd., Nr. 5.

plementär zur Logik des Tausches berücksichtigt werden. Es bedarf also einer Anthropologie der Beziehung, die durch drei Prinzipien gekennzeichnet ist: „der ganzheitlichen Förderung der menschlichen Person, der universalen Bestimmung der Güter und der vorrangigen Option für die Armen“ – gegen die reinen Prinzipien der Effizienz und des Profits (10). Es muss „ein positiver Kreislauf zwischen Profit und Solidarität“ entstehen im Sinn der Goldenen Regel „alles, was wir von anderen erwarten, auch ihnen zu tun (vgl. Mt 7, 12; Lk 6, 31). (11).

Geld ist ein gutes Mittel, darf aber nicht zum Zweck werden, jetzt aber bedroht das Kapital den Ertrag der Arbeit (15). Kredite werden missbraucht (16), Profite zum Schaden anderer angehäuft. Der Mensch muss wieder in den Mittelpunkt gerückt werden. Und, in einer schönen Formulierung: „Es braucht Orte, wo es für den Menschen schön ist zu leben, und leicht ist zu hoffen“ (17).

Schließlich geht es im III. Teil um konkrete Fehlentwicklungen im Finanzsystem und deren Überwindung.

Die Abkehr des global agierenden Kapitals vom Gemeinwohl vergiftet den ganzen Körper der Gesellschaft. Deshalb bedarf es einer überstaatlichen Regulierung des Finanzsystems auf Solidarität hin (19-20). Es ist naiv, sich auf die Selbstregelung der Märkte zu verlassen, denn sie bilden asymmetrische Konzentrationen von Information und Macht. Deshalb müssen Regeln Transparenz und Ausgleich erzwingen (21). Außerdem sind Geschäftsbanken und Investitionsgesellschaften zu trennen (22). Unternehmen müssen zu sozialer Verantwortung gegenüber den betroffe-

nen Gemeinschaften als „stakeholder“ und nicht nur gegenüber ihren Aktionären (shareholders) verpflichtet werden. „Nur der Anerkennung und Umsetzung des inneren Bandes zwischen wirtschaftlicher und ethischer Vernunft kann nämlich ein Wohl erwachsen, das allen Menschen zugutekommt“ (23). Unternehmen sollten Ethikkommissionen einrichten, z.B. bei der Vergabe von Krediten (24). Spekulation mit riskanten Wertpapieren ist zu verbieten, Rating-Agenturen sollten öffentlich sein (25). Ebenso sollten spekulative Derivate verboten werden, ebenso Over The Counter Geschäfte und Credit Default Swaps (CDS). Sie führen zu „Wirtschaftskannibalismus“ (26). Besonders kriminell ist auch die Manipulation beim Fixing der Zinssätze bei Interbankdarlehen (London Interbank Offered Rate, LIBOR). Hier sind Strafen, die eine abschreckende Wirkung haben, zu fordern (27). Außer gesetzlichen Regelungen sollten Unternehmen aber auch Selbstkontrolle durch Ethikkommissionen einführen (28). Besonders gefährlich für das Gemeinwohl sind Schattenbanken, Offshoregeschäfte und die systematische Steuervermeidung und-flucht sowie Geldwäsche. Mehr als die Hälfte des Welthandels ist davon betroffen (29–30). Zentral ist die weltweite Besteuerung der Offshore-Aktivitäten. Mit einem gerechten Steuersystem könnte der Hunger in der Welt ausgerottet werden. Zur Durchsetzung müssen Unternehmen zur öffentlichen Rechnungslegung gezwungen. Länder, die dies nicht durchsetzen müssen bei Verstößen mit Sanktionen belegt werden (31). So ließe sich auch die Scherenentwicklung zwischen privatem Reichtum und öffentlicher Verschul-

dung schließen (32). Es geht aber auch um „eine kritische und verantwortungsvolle Steuerung des Konsum- und Sparverhaltens...Unsere Wahl muss auf die Güter fallen, die auf ethisch würdige Weise hergestellt wurden“ (33).

Die kurze Schlussbemerkung (IV.) ruft nicht nur uns als Einzelne auf, für eine solche ethische Entwicklung der Wirtschaft einzutreten, sondern setzt seine Hoffnung auf die zivilgesellschaftlichen Organisationen. Sie sind „eine Art Reserve des Gewissens und der sozialen Verantwortung“ (34).

Ausblick

Die Kritik der vatikanischen Schrift an dem herrschenden Wirtschaftssystem lässt in mancher Hinsicht an Schärfe nichts zu wünschen übrig. Sie sieht auch deskriptiv, dass dessen Kern der Zwang zur Kapitalakkumulation ist. Trotzdem spricht sie das Wort Kapitalismus nicht aus. Man muss sich fragen, ob dies rein aus taktischen Gründen erfolgt, oder ob hier eine theoretisch-theologische Grundentscheidung vorliegt und was dies für die ökumenische Zusammenarbeit bedeutet. Denn in den erwähnten protestantisch-orthodoxen Dokumenten findet sich eine ausdrückliche Verwerfung des imperialen Kapitalismus. Das heißt hier wird auch die militärisch-politische Dimension in den Blick genommen, die das kapitalistische Wirtschaftssystem begleitet und im Konfliktfall gewaltsam durchsetzt.

Meine Deutung ist, dass das vatikanische Dokument eine nicht aufgelöste Spannung zwischen dem befreiungstheologischen Ansatz von Franziskus in Evangelii Gaudium auf der einen und der katholischen Soziallehre auf der an-

deren Seite widerspiegelt, wobei letztere sicher der Kategorienrahmen der Glaubenskongregation ist. Diese Lehre war in der 2. Hälfte des 19. Jahrhunderts entwickelt worden, um den Sozialismus abzuwehren. Der Kernpunkt dabei war, die Grundstruktur von Kapital als Privateigentum an den Produktionsmitteln und Lohnarbeit zu akzeptieren, aber die Priorität der Arbeit gegenüber dem Kapital zu behaupten und praktisch zu unterstützen. Typischerweise werden die Begriffe Solidarität mit Subsidiarität als Leitbegriffe benutzt (12), wobei die Subsidiarität Privateigentum und Markt als Grundlage beinhaltet, die dann durch sekundäre Solidarität nur ergänzt wird. Dementsprechend ging es um eine ethische Beeinflussung des Kapitalismus, aber nicht um seine Überwindung. Erst bestimmte Versionen der Befreiungstheologie entschieden sich für letzteres und wurden deshalb heftig von Johannes Paul II. und Ratzinger bekämpft. Franziskus vertritt eine Art von Befreiungstheologie, schreckt aber – offenbar auch angesichts der Machtverhältnisse in der römisch-katholischen Kirche – vor einer klaren systemischen Kritik zurück. Daher schillern seine Texte in dieser Frage.

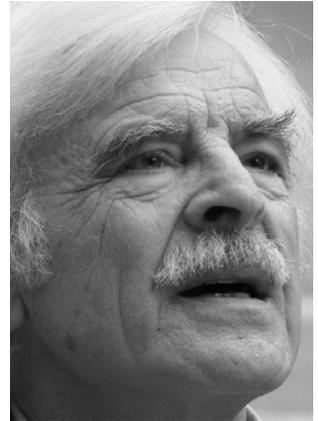
Wie sollen wir damit ökumenisch umgehen? Ich halte es für absolut zentral, den NIFEA-Prozess, der systemkritisch ansetzt, so eng wie möglich auf allen Ebenen mit den Bemühungen unter Kardinal Turkson, also dem Dikasterium für ganzheitliche menschliche Entwicklung, zu verbinden. Beobachter des Vatikans nehmen bereits an den Sitzungen der obersten Ebene der vier ökumenischen Organisationen teil. Man sollte aber versuchen, z.B. die Treffen des Vatikans mit

den sozialen Bewegungen direkt mit den NIFEA-Prozessen zu verbinden.¹⁵ Strategisch gesehen, muss die langfristige Perspektive der Überwindung des Kapitalismus als regulative Idee für kurz- und mittelfristige Schritte dienen. Unter den kurzfristigen liegt es z.B. auf der Hand, die NIFEA-Kampagne für Steuergerechtigkeit mit den Ansätzen in der vatikanischen Schrift zum Finanzsystem zu verbinden. Diese Bemühungen sollten allerdings nicht nur auf der höchsten Ebene, sondern auf allen Ebenen laufen: den ökumenischen Basisinitiativen wie Kairos Europa und Institut für Theologie und Politik (ITP), den Ortsgemeinden, Diözesen und den Arbeitsgemeinschaften der Christlichen Kirchen (ACKs).

Was die mittelfristigen Aufgaben betrifft, so könnte die protestantisch-orthodoxe Seite die notwendigen Strukturänderungen ins Gespräch bringen: die Ausrichtung der Eigentumsordnung auf Gemeinwohl und Commons¹⁶, eine neue Geldordnung auf die Umwandlung des Geldes als Ware in ein öffentliches Gut¹⁷,

eine neue Arbeitsordnung weg von der Lohnarbeit als Normalform zur vielfältigen Tätigkeit auf der Basis eines bedingten Grundeinkommens¹⁸, und schließlich zum Umgang mit der Natur als für die folgenden Generation zu erhaltender Gabe statt einer für die Reichtumsvermehrung zu verbrauchenden Ware.¹⁹

*Ulrich Duchrow, *1935, Prof. für systematische Theologie an der Universität Heidelberg. Mitbegründer und Vorsitzender des ökumenischen Basisnetzwerkes Kairos Europa; Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats von Attac.*



¹⁵ Vgl. KERN, Benedikt: Radikal Welt verändern. Papst Franziskus und die Sozialen Bewegungen. Münster: Edition ITP-Kompass Bd. 24, 2018.

¹⁶ Vgl. DUCHROW, Ulrich / Hinkelammert, Franz J.: Leben ist mehr als Kapital. Alternativen zur globalen Diktatur des Eigentums. Oberursel: Publik Forum (2002), 2005 2. Aufl., bes. Kap. 7.

¹⁷ Vgl. DUCHROW, Ulrich: Gieriges Geld: Auswege aus der Kapitalismusfalle - Befreiungstheologische Perspektiven. München: Kösel, 2013. (<http://ulrich-duchrow.de/wp-content/uploads/2017/02/0000-Buch-Gieriges-Geld-komplett-9783466370696.pdf>) und AKADEMIE SOLIDARISCHE ÖKONOMIE (HRSG.), Harald Bender, Norbert Bernholt,

Klaus Simon: Das dienende Geld. Die Befreiung der Wirtschaft vom Wachstumszwang. München: oekom, 2014.

¹⁸ Vgl. DIEFENBACHER, Hans u.a.: Zwischen den Arbeitswelten. Übergang in die Postwachstumsgesellschaft. Frankfurt a.M.: Fischer Taschenbuch, 2016, und RIEGER, Jörg/Henkel-Rieger, Rosemarie: Gemeinsam sind wir stärker. „Tiefe Solidarität“ zwischen Glauben und Arbeit. Aus dem Amerikanischen von Sabine Plonz. Mit einem Vorwort von Ulrich Duchrow. Hamburg: VSA, 2018.

¹⁹ Vgl. BERGMANN, Sigurd: Energie als Ware oder Gabe? / Energy – Gift or Commodity? In: Sympos Veranstaltungsmangement (Hrsg.): Energy Talks Ossiach: Liberalisierung: Quo Vadis? / Liberalisation: Quo Vadis?. Wien: 2009, S. 36–40.

Schwerpunkt Religionen und die Soziale Frage

Religiöse Gesellschaft der Freunde (Quäker) und soziale Gerechtigkeit

Von Karin Hönicke

Wir Quäker sind eine religiöse Gruppe mit christlichen Wurzeln, gegründet in den 1650er Jahren in England. Grundlage unserer Weltanschauung ist der Glaube, dass das Licht Gottes in jedem Menschen wohnt. Unsere Andachten in Deutschland sind ein gemeinschaftliches Schweigen. Jede Einzelne sucht Wahrheit und Erkenntnis als innere Erfahrungen, die aus der Stille kommt. Wir brauchen keine besonderen Gotteshäuser, keine Riten und Bekenntnisse und keine Vermittler (Priester) zwischen Gott und Menschen. Vielleicht gilt für uns ganz besonders der Satz von Aurelio Augustinus: Liebe und dann tue was du willst.

Da es keine Bekenntnisse oder Gebete gibt, sind es unsere Zeugnisse, die die Grundlage unserer gemeinsamen Werte, der individuellen Lebensweise und des Handelns sind. Die Zeugnisse sind Ausdruck einer gemeinschaftlichen Überzeugung. Zentral in der Quäkertradition ist die innere Suche, die nach Außen zu integrem Handeln führt. An der Schnittstelle von innerem und äußere Leben findet Gemeinschaft statt. Unsere Zeugnisse sind: Frieden und Gewaltlosigkeit, Wahrheit, Integrität, Einfachheit, Gleichwürdigkeit, Gemeinschaft, Bewahrung des Lebens und der Umwelt, ökonomische Werte.

Eine Ideensammlung zu den einzelnen Punkten:

Wahrheit, Integrität

- Ehrlichkeit mit mir selbst/meinem Handeln.
- Ehrlich und offen Anderen gegenüber, auch wenn es mir Nachteile bringt.
- Ich stehe zu meinen Überzeugungen.
- Andere können sich auf mein Wort verlassen.

Einfachheit

- „Lebe einfach, damit Andere einfach leben können.“
- Nur so viel konsumieren wie wirklich nötig, kein Luxus, keine Wegwerfartikel. Brauche ich das wirklich?
- Es kommt nicht auf das Äußere an, sondern auf Funktion, auf die Nützlichkeit.

Gleichwürdigkeit

- Jeder Menschen ist gleich viel wert, hat die gleiche Würde, egal von welcher Herkunft, sozialen Schicht, Glauben ...
- Verzicht auf Wahrheitsanspruch. Suche nach gemeinsamer Wahrheit.
- Eigene Vorurteile wahrnehmen und hinterfragen.

Gemeinschaft

- Miteinander. Füreinander. Mit Anderen gemeinsam können eher etwas bewirken.
- Wir unterstützen uns. Solidarität und Empathie, gegenseitig Sicherheit geben.
- Nicht für Andere, sondern mit Anderen entscheiden. Mitdenken.
- Gemeinsames Handeln.
- Zuwendung. Zuhören. Das Licht in Jedem sehen.

- Sich einfühlen in Andere, sich in deren Schuhe stellen. Mitgefühl, Nähe zeigen, teilen.

Bewahrung des Lebens und der Umwelt

- Nachhaltigkeit. Umweltschutz. Klimawandel entgegenwirken. Energie sparen.
- Bewusste und konsequente Lebensführung (Einkauf, Transport, Wohnen ...)
- Durch ein einfaches Leben. Wertschätzung der Natur.
- Meine Verbundenheit mit allem wahrnehmen.
- Sorgsamer Umgang mit den natürlichen Ressourcen unserer Erde.

Ökonomische Werte

- Wirtschaftsgerechtigkeit. Angemessene Vergütung. Faire Vereinbarungen.
- Steuergerechtigkeit. Einfordern von fairen Geschäftspraktiken.
- Was passiert mit meinem Geld? (Bank, Versicherungen)
- Wo kaufe ich ein. Ökologische und wertschätzende Zusammenhänge erkennen.

Frieden und Gewaltlosigkeit

- Selber gewaltfrei Handeln.
- Für sozialen Frieden eintreten.
- Gegen Krieg und Waffenhandel eintreten.
- An gewaltfreien Konfliktlösungen mitwirken.

Quäker setzten sich seit ihrer Entstehung für soziale Gerechtigkeit ein. Sei es bei der Sklavenbefreiung, für Frauenrechte und faire Arbeitsbedingungen oder gegen die Unterdrückung von Minderheiten. Die Zeugnisse beleuchten die verschiedenen Aspekte dieses zentralen Anliegens. Jeder Augenblick des Lebens ist Gottesdienst und unser Handeln ist notwendige Folge unserer Überzeugungen.

Daraus ergeben sich aktuelle Fragen, die jeder für sich beantworten möge:

Verpflichten die Zeugnisse zu politischem Handeln?

Können wir individuelle Selbstverwirklichung und Geborgenheit in Gemeinschaft miteinander verbinden?

Quäkertum ist eine Aktivität. Es muss gehandelt werden, um sie zu verstehen. Wir sind – wenn wir tun.

Wie verteidigen wir unsere Überzeugungen gegen die unermüdliche Propaganda des Marktes und der Politik?

Wir leben in einer Gesellschaft, die sich fast ausschließlich um rapide wachsenden Konsum dreht. Es werden immer neue Bedürfnisse geweckt. Welche kulturellen und spirituellen Auswirkungen hat das?

Sind wir bereit „abenteuerlich“ zu leben? Aus der Komfortzone des Wohlstandslebens und der materiellen Sicherheit ins Neue, Herausfordernde zu gehen?

Karin Hönickle, Mediatorin und Coach. AVP Trainerin. Arbeitete als Agrarökonomin in der Entwicklungszusammenarbeit. Promotion an der University of Minnesota in Agricultural and Applied Economics. (Vorstands-)Mitglied bei den deutschen Quäkern seit 2009.



Schwerpunkt Religionen und die Soziale Frage

Gerechtigkeit aus islamischer Perspektive

Von Hamideh Mohagheghi

Im Koran, Abschnitt (Sure) 55, wird in einer Reimform und mit kurzen Sätzen auf die Schöpfung hingewiesen und wiederholt die rhetorische Frage gestellt: „Welche Gnadengaben eures Schöpfers und Erhalters wollt ihr denn leugnen?“ In einem Vers dieser Sure wird die Metapher Waage verwendet, um das Gleichgewicht in der Schöpfung darzulegen: „Den Himmel hob er [Gott] in die Höhe und stellte die Waage auf, auf dass ihr beim Wiegen nicht übertretet! So setzt das Gewicht in Gerechtigkeit, und lasst die Waage nicht verlieren!“ (Koran, 55:7-9) Der Begriff Waage, *mizan*, stammt vom Wort *wazn* ab, das die Bedeutungen „wiegen, abwägen, ausgleichen, Ausgleich bilden, gleichmäßig verteilen, sich die Waage halten“ innehat. Die Metapher Waage soll auch die Gerechtigkeit veranschaulichen: die beiden Waagschalen im Gleichgewichtszustand müssen stets waagrecht stehen, sobald in einer Schale etwas fehlt, muss diese zum Ausgleich aufgefüllt werden – entweder aus der anderen Schale oder von einer anderen Quelle, damit das Gleichgewicht wiederhergestellt wird. Das Symbol Waage zeigt auch, wie empfindlich das Gleichgewicht ist, eine geringe Ungleichheit bringt Schwankungen, die in den sozialen Beziehungen prägende Beklommenheit und Unsicherheiten hervorbringen können. Die Kommentatoren sind der Ansicht, dass in diesem Vers veranschaulicht wird, dass die gesamte Schöpfung von großen Gestir-

nen bis zum kleinsten Atom im Gleichgewicht erschaffen ist. Alles ist genau bemessen, sonst wäre es nicht möglich, dass das Ganze durch eine komplexe und exakte Beziehung zwischen den einzelnen Elementen, das Bestehen der Schöpfung, erhalten wird. Mit der gerechten Ordnung vollendet Gott die Schöpfung, und der Mensch ist aufgefordert, diese Ordnung zu pflegen und weiterzuentwickeln.

In der islamischen Tradition ist unter den Namen Gottes auch der Name „der Gerechte“. Die Namen Gottes beschreiben entweder sein Wesen oder seine Handlungsweise. In der Schöpfungszählung wird davon berichtet, dass Gott den Menschen aus Lehm geformt und ihm von seinem Geist (ruh, Atem) eingehaucht hat. Demnach trägt der Mensch die göttlichen Eigenschaften in sich und hat das Potential, sie im Rahmen der menschlichen Fähigkeiten zu entfalten. Gottes Gerechtigkeit wird im Koran mit seiner umfassenden Barmherzigkeit in Verbindung gesetzt. Barmherzigkeit ist die einzige Verpflichtung, die Gott sich selbst auferlegt. (Koran 6:12) In einer Überlieferung heißt es: „O meine Diener, Ich habe mir Selbst die Ungerechtigkeit verboten und ich habe sie auch für euch verboten. Also vermeidet, ungerecht zu einander zu sein.“ (Sahih Muslim)

Der Mensch ist erschaffen, um Gott zu dienen (Koran 51:56); Dienst an Gott bedeutet, sich an das Prinzip zu halten, niemandem und generell keinem Teil der Schöpfung Schaden zuzufügen. Die gottesdienstlichen Handlungen müssen

bewirken, dass der Mensch sich vom Schlechten fernhält und eine innere Haltung entwickelt, die ihm als eine Schranke dient, sich dem Schlechten nicht zu nähern: „Das Gebet verbietet das Schändliche und das Verwerfliche“. (Koran 29:45); das Gebet ist nicht nur eine rituell verbindliche Handlung und spirituelle Erfahrung, die fünf Mal am Tag wiederholt wird. Es soll bewirken, dass der Mensch sich stets seiner Verantwortung bewusst wird und sich von dem fernhält, was anderen Menschen, der Schöpfung und sich selbst schadet.

Der Mensch ist mit der Gabe der Vernunft erschaffen und kann zwischen Gut und Schlecht, Recht und Unrecht unterscheiden. Die Schlüsselbegriffe Gerechtigkeit und Ungerechtigkeit sind in der koranischen Terminologie *`adl* (Gerechtigkeit) und *zulm* (Ungerechtigkeit) enthalten. Der Begriff *Zulm* bedeutet wörtlich „Finsternis und Dunkelheit“. Die Ungerechtigkeit bringt Finsternis und düstere Umstände mit sich und führt die Gesellschaften in Verderbnis. Der im Koran verwendete abstrakte Begriff Gerechtigkeit (*`adl*) wird in einigen Erzählungen konkretisiert, lässt aber auch Raum für die Menschen, in ihren realen Lebensbedingung herauszufinden, was konkret gerecht sein kann.

Das Einstehen für Gerechtigkeit soll aus dem Inneren heraus sprudeln und sich zu einer festen Grundhaltung entfalten: „Ihr, die ihr glaubt! Steht als Zeugen für Gott ein für die Gerechtigkeit, auch wenn es gegen euch selbst ist oder die Eltern und Verwandten! Ob es ein Reicher oder Armer ist – Gott ist beiden näher. Folgt nicht der Neigung – damit ihr gerecht sein könnt! Und wenn ihr etwas verdreht oder euch von etwas abkehrt –

siehe, Gott ist mit dem, was ihr tut, vertraut.“ (Koran, 4:135) Dieser Vers steht nach einigen Versen, die eine gerechte Behandlung von Menschengruppen anmahnen: gerechte Behandlung der Frauen und Waisen (Koran, 4:127/129) sowie Sklaven: die Gruppen von Menschen, die zu der Offenbarungszeit des Koran besonders benachteiligt waren.

Der Mensch soll in seinen Beziehungen zu sich selbst, zu Gott, zu den Mitmenschen und zur gesamten Schöpfung gerecht sein. Das Gleichgewicht zu bewahren und die Gerechtigkeit walten zu lassen, erfordert Selbstbeherrschung und Weisheit sowie Wissen und Vertrauen, um komplizierte wechselseitige Beziehungen zu begreifen und in Konfliktsituationen in Gelassenheit und mit Einsatz der Vernunft nach Möglichkeiten zu suchen, die Gerechtigkeit durchzusetzen.

Einige Überlieferungen schildern, wie unkontrollierter Zorn wie eine Droge wirkt, die den Geist benebelt und die Fähigkeit vermindert, vernünftig zu reden und zu handeln. Es gibt dann konkrete Empfehlungen, wie man sich entspannt, sich abkühlt, im wahrsten Sinne des Wortes durch z.B. rituelle Waschung, und sich an die Gegenwart Gottes erinnert, um möglichst die richtige Entscheidung zu treffen. Z. B. heißt es in einer Überlieferung: „Wenn Du zornig bist und eine Entscheidung treffen musst, verrichte zwei *rak`a* (Gebetseinheit) und wenn du stehst, sollst du dich hinsetzen, wenn du sitzt, sollst du dich hinlegen.“

Gerechtigkeit ist ein zentrales Thema auch in der islamischen Ethik, Rechtsprechung, Moralvorstellung sowie in den sozialen Beziehungen. Sie gilt als Grundnorm und Ziel der verantwortungsbewussten Handlungsweise, die in

der Offenbarung von Gott mehrmals eingefordert wird: „Wir [Gott] haben unsere Gesandten mit den deutlichen Zeichen gesandt und mit ihnen das Buch und die Waage herabkommen lassen, damit die Menschen für die Gerechtigkeit eintreten ...“ (Koran 57:27) Der Wortlaut dieses Verses betont, dass die Gesandten und Offenbarungen den Menschen Orientierung bieten, wie sie sich als aktive Akteure für das Durchsetzen der Gerechtigkeit einsetzen können.

In diesem Einsatz darf der Mensch sich von emotionalen Regungen wie Mitleid, Zorn, Hass und eigenen Interessen nicht beeinflussen lassen: „Ihr, die ihr glaubt! Seid standhaft gegenüber Gott als Zeugen für die Gerechtigkeit! Der Hass auf Menschen verleite euch nicht dazu, feindselig zu sein, so dass ihr ungerecht handelt! Handelt gerecht, das kommt der Ehrfurcht vor Gott am nächsten, und nehmt euch in Acht vor Gott. Siehe, Gott ist vertraut mit dem, was ihr tut.“ (Koran, 5:8)

Der Islam sieht eine Gesellschaft vor, in der ethische Prinzipien die Beziehungen zwischen den Menschen von den niederen, egoistischen Trieben befreien sollen. Der Mensch soll Kraft des Glaubens die individuellen Interessen zurückstecken können, wenn diese mit dem Wohlergehen der Gemeinschaft kollidieren.

In einer Überlieferung wird über die Ansicht von Imam Ali zu Gerechtigkeit berichtet: Er wurde gefragt, ob Freigiebigkeit und Großmut besser sind oder Gerechtigkeit. Er antwortete: „Gerechtigkeit“. Er begründete seine Ansicht mit den folgenden Worten: „Gerechtigkeit setzt alles an seine rechtmäßige Stelle und bringt jedem Entrechteten (Men-

schen) zu seinem Recht, während bei Freigiebigkeit jemand auf sein Recht verzichtet, damit der andere profitiert, auch wenn er nicht ein Recht darauf hat. Außerdem entstehen aus der Gerechtigkeit Gemeinschaftsformen, von denen alle Menschen profitieren, während von der Freigiebigkeit nur einzelne Personen Nutzen ziehen. Gerechtigkeit ist das Fundament einer friedlichen Gemeinschaft.“¹

Ausdrücklich wird das Prinzip Gerechtigkeit als höchstes Gebot in der Rechtsprechung empfohlen: Gerechtigkeit und Gnade gegenüber dem Täter ist das höchste Gut in der Jurisprudenz. Rechtsprechung und Gerechtigkeit sollen nur ein exemplarisches Beispiel des Göttlichen abgeben, indem sie die Härte der Gerechtigkeit mit der Milde der Vergebung als zwei Maxime verbinden. Auch im Koran gibt es den oft zitierten Vers, der bei der Darstellung der mosaischen Lehre zur Sprache kommt, „Auge um Auge, Zahn um Zahn, ...“, doch heißt es dann zum Schluß: „Wenn ihr aber verzeiht, dann ist das besser.“ Hier wird also die Gerechtigkeit erwähnt, aber sofort darauf folgend die Vergebung als bessere Handlung genannt. Gerechtigkeit wird hier nicht im Sinne eines Befehls, eines Muss verwendet, sondern es ist gemeint, dass im Falle einer Vergeltung das genannte Maß nicht überschritten werden darf. Im Bereich der sozialen Gerechtigkeit ist im Islam die Rede vom „Anspruch Gottes“. Er wird definiert als ein Recht der Bedürftigen, die sich nicht selbst versorgen können; und es ist die Pflicht der Wohlhabenden, von ihrem

¹ Aus dem persischen übersetzt, in: Motahhari Murteza, zwanzig Reden, Qom 1978, 5.

Besitz abzugeben, und zwar in Form von freiwilligen und obligatorischen Spenden. In diesem Zusammenhang ist die Abgabe an Bedürftige zakat eine verbindliche Pflicht, die überwiegend unmittelbar zusammen mit dem Gebet genannt wird. Dadurch wird verdeutlicht, dass der Mensch mit dem Gebet seine Hingabe und Dankbarkeit Gott gegenüber zum Ausdruck bringt und durch zakat praktisch seine Dankbarkeit für die Gaben und Zuwendungen Gottes zeigt, indem er diese Gaben mit anderen teilt. Jeder Muslim/jede Muslima ist verpflichtet, einen bestimmten Anteil vom jährlichen Gewinn, vom Besitz an Land, landwirtschaftlichen Erzeugnissen sowie Vieh, Gold und Silber an Bedürftige zu geben. Das Wort zakat bedeutet in seiner Wurzel „reinigen, gedeihen, wachsen“. Demnach kann der Besitz nicht mit reinem Gewissen verwendet werden, solange der Anteil für die Bedürftigen nicht entrichtet ist. Von vornherein ist also im Besitz ein Teil enthalten, auf den die Bedürftigen ein Anrecht haben.

Die wirtschaftliche Gerechtigkeit ist ein Thema, mit dem sich bereits die rechtschaffenen Imame des ersten Jahrhunderts der Islamischen Zeitrechnung beschäftigten. Imam Ali schrieb in seiner „politischen Ermächtigung“: „Ankauf von Waren in spekulativer Absicht und Wucher (= ihtikar) ist eine Sünde. Kein Mensch bleibt hungrig, außer wenn ein anderer sein Recht beansprucht und es ihm nicht zukommen lässt. Eine unverzeihbare Sünde ist es, wenn der Mensch einem anderen Unrecht tut.“²

Teilen und Geben ist eine menschliche Grundhaltung und ein gesellschaftliches Aktionsprogramm, dem alle Menschen sich verpflichtet fühlen sollten. Es ist auch ein gemeinsames Anliegen der Religionen, diese Haltung zu fordern und zu fördern. In der islamischen Tradition gehört dies zu den guten Taten, die auch die Herzen der Menschen zueinander führen: „Die gute Tat ist nicht der schlechten gleich. Weise das Schlechte mit etwas zurück, was besser ist, und gleich wird derjenige, mit dem du verfeindet warst, wie ein enger Freund sein. Aber es wird nur denen dargeboten, die geduldig sind, – nur einem, der das große Glück hat.“ (Koran, 41:34-35).

Fazit

Aus den Aussagen im Koran und den Überlieferungen ist zu entnehmen, dass das Ziel der Offenbarungen und der Botschaft Gottes die Befähigung der Menschen für das Eintreten für Gerechtigkeit ist. Zum einen ist das Bemühen um Gerechtigkeit eine religiöse Pflicht, zum anderen hat es die Funktion, die fundamentalen Bedürfnisse der Menschen zu befriedigen, damit sie in Würde und Freiheit leben können. Jeder Mensch ist Träger einer unveräußerlichen Würde, die ihm von Gott gegeben ist. „Gewiss, Wir verliehen den Kindern Adams Würde; und Wir trugen sie über Land und Meer, und Wir versorgten sie mit guten Dingen und Wir zeichneten sie vor vielen von denen, die Wir erschaffen haben, aus.“ (Koran 17:70).

Alle Menschen sind Teil des Ganzen, da sie den gleichen Ursprung haben. Ihre Gemeinschaften können nicht unabhän-

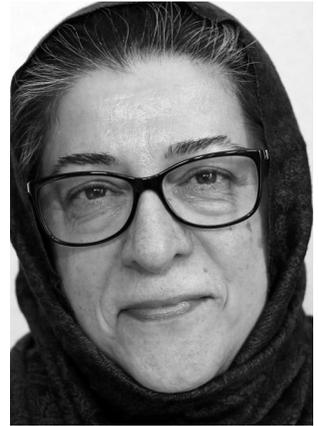
² George Gorda, übersetzt in persisch von `Ata Muhammad Sardarnia, Ali und Menschen-

rechte, Teheran 1973, S. 17.

gig voneinander existieren. Diese Weisheit hat Saadi, der iranische Dichter des 13. Jh. in einem Gedicht folgendermaßen formuliert: „Die Menschen sind wie die Glieder eines Körpers. Wenn ein Glied leidet, es schmerzt den ganzen Körper.“

Hamideh Mohagheghi, Dr. (Jg. 1954 in Teheran) ist Juristin, islamische Theologin und Religionswissenschaftlerin. Sie ist Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Zentrum für Komparative Theologie und Kulturwissenschaften für die islamische Theologie an der Universität Paderborn,

Sprecherin des Rates der Religionen und Vorstandsvorsitzend der Dr. Buhmann Stiftung für interreligiöse Verständigung. Sie ist Trägerin des Bundesverdienstkreuzes.



Forum

Kairos für die Schöpfung – Hoffnungsbekenntnis für die Erde

Die Wuppertaler Erklärung

Abschlussklärung der Internationalen Konferenz zu ökologischer Theologie und Ethik der Nachhaltigkeit in Wuppertal, 16.–19. Juni 2019

„Und [wenn] mein Volk, über das mein Name ausgerufen ist, sich demütigt und betet, mich sucht und von seinen schlechten Wegen umkehrt, dann höre ich es im Himmel. Ich verzeihe seine Sünde und bringe seinem Land Heilung.“ – 2. Chron 7,14.

*„Wenn also jemand in Christus ist, dann ist er eine neue Schöpfung: Das Alte ist vergangen, siehe, Neues ist geworden. Aber das alles kommt von Gott, der uns durch Christus mit sich versöhnt und uns den Dienst der Versöhnung aufgetragen hat“ –
2. Kor 5,17–18*

Präambel

Vom 16. bis 19. Juni 2019 trafen sich 52 Teilnehmende aus 22 Ländern aus verschiedenen Konfessions- und Glaubenstraditionen in Wuppertal für eine Konferenz mit dem Titel: „Together towards eco-theologies, ethics of sustainability and eco-friendly churches“.¹ In Wuppertal haben wir des mutigen Bekenntnisses gedacht, das in der Barmer Theologischen Erklärung (1934) gegen die totalitäre, unmenschliche und rassistische Ideologie der

¹ Die Konferenz wurde vom Evangelischen Missionswerk (EMW), der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), der Vereinten Evangelischen Mission (UEM), Brot für die Welt und dem Weltkirchenrat gemeinsam verantwortet und organisiert.

damaligen Zeit formuliert wurde. Barmen ermutigt uns auch heute zu einer „frohe[n] Befreiung aus den gottlosen Bindungen dieser Welt zu freiem, dankbarem Dienst an seinen Geschöpfen.“ (Barmen 2).

Wir haben Geschichten aus Afrika, Asien, Europa, Lateinamerika, Nordamerika und Ozeanien miteinander geteilt. Wir haben darin die Schreie der Erde und die Schreie der Menschen gehört, die von den Folgen des Klimawandels am schmerzlichsten getroffen werden. Dies sind besonders Kinder und ältere Menschen. Wir haben die Schreie von jungen Menschen gehört, die intergenerationelle Gerechtigkeit fordern und wir haben die Sorgen von Klimaexperten über aktuelle Klimatrends vernommen.

Wir erkennen die Dringlichkeit der vor uns liegenden Jahre an und wollen trotzdem in dieser Situation Mut zur Hoffnung haben. Wir fühlen uns verpflichtet, die globale ökumenische Bewegung zu einer umfassenden ökologischen Transformation der Gesellschaft aufzurufen.

Kairos: eine entscheidende Wende auf dem Pilgerweg der Gerechtigkeit und des Frieden

Die ökumenische Bewegung hat sich schon lange zu einem Pilgerweg der Gerechtigkeit und des Friedens und der Integrität der Schöpfung bekannt. Diese Ziele erfordern dringlich neue Schritte auf dem vor uns liegenden Weg der ökologischen Gerechtigkeit. Die Dringlichkeit der Krise verlangt von uns, die Zeichen der Zeit zu lesen, Gottes Ruf zu hören, dem Weg Christi zu folgen, die Bewegung des Heiligen Geistes erkennen zu lernen und die positiven Initiativen der Kirchen weltweit wahrzunehmen, die darauf schon entschieden antworten.

Die Symptome der Krise berühren alle Bereiche und Bausteine des Lebens und sind deutlich für alle erkennbar:

- Das Trinkwasser ist verseucht; Gletscher schmelzen; Ozeane sind mit Plastik verschmutzt und Korallenbleiche und Versauerung bedrohen die Meere (das Element Wasser).
- Das Land wird durch nicht nachhaltige Landwirtschaft und ungesunde Essgewohnheiten zerstört, extraktive Ökonomien, von denen globale Firmen profitieren, Entwaldung, Desertifikation und Bodenerosion bedrohen die Erde; Tiere ächzen und Kreaturen werden genetisch verändert; Fischpopulationen werden ausgerottet und der Verlust von natürlichen Habitaten führt zu einem nie dagewesenen Verlust an Biodiversität (das Element Erde). Das Land und die Gesundheit der Menschen werden durch industrielle, landwirtschaftliche, städtische und nukleare Formen von Müll und durch Pestizide und Chemikalien gefährdet. Immer mehr Menschen werden durch diese Landzerstörungen dazu gezwungen zu migrieren und werden zu Klimaflüchtlingen.
- Die globalen Kohleemissionen steigen weiter an, Treibhausgase sammeln sich in der Atmosphäre und das Klima wird gestört (das Element Luft).
- Die Nutzung von Energie aus fossilen Brennstoffen treibt diese Veränderungen an (das Element Feuer).

Das empfindliche System der Schöpfung wurde im Anthropozän in einem nie dagewesenen Ausmaß gestört. Wir haben die planetaren Grenzen überschritten. Die Erde scheint nicht länger in der Lage dazu zu sein, sich selbst zu heilen. Die gesamte Schöpfung seufzt. (Röm 8,22). Wir haben

es nicht vermocht, unsere ökumenischen Grundanliegen im Auge zu behalten: das Anliegen der Gerechtigkeit inmitten von Armut, von Arbeitslosigkeit und Ungleichheit, das Anliegen einer partizipativen Gesellschaft inmitten von gewalttätigen Konflikten und das Anliegen von Nachhaltigkeit inmitten von ökologischer Zerstörung.

Obwohl Menschen nicht überall auf der Welt in gleichem Maße zu den Ursachen der Klimakrise beigetragen haben, kommen wir als Christ*innen gemeinsam zusammen und bekennen unsere Mitschuld und unsere Gefangenheit in der Sünde:

- Wir waren arrogant darin anzunehmen, dass die ganze Erde sich um uns Menschen und unsere Bedürfnisse dreht (die Sünde des Hochmuts).
- Wir haben uns von unserem katastrophalen Wunsch nach unbegrenztem materiellem Wachstum einfangen lassen und wurden von einer allgegenwärtigen Konsumkultur angetrieben (die Sünde der Gier).
- Wir haben Gottes Geschenke missbraucht, wir haben in Gewalt gegen Gottes Kreaturen verstricken lassen und die Menschenwürde verletzt (die Sünde der Gewalt).
- Wir haben uns von dem Land unserer Vorfahren und von indigenen Wissenstraditionen entfernt und die Verbindung zu Tieren als Mitgeschöpfen und zur Erde als unserer gottgegebenen Heimat verloren (die Sünde als Abwesenheit des Guten).
- Wir wurden von Torheit, Ungerechtigkeit, Verleugnung und Gier überwältigt (die Sünde der Lasterhaftigkeit).
- Wir waren zu langsam darin, unsere Verantwortung dafür anzuerkennen die entscheidende Krise unserer Zeit

zu thematisieren (die Sünde der Faulheit).

Die Authentizität des ökumenischen Zeugnisses wird durch Verzerrungen des Evangeliums, von toxischen Narrativen und Theologien unterminiert, die eine totalitäre Logik von Tod und Zerstörung legitimieren. Dies sind Theologien, die Herrschaft unter Vorwänden von „Rasse“, Geschlecht, Klasse oder Spezies und insbesondere das Patriarchat stützen; in diesen falschen Perspektiven werden Himmel und Erde, Seele und Körper, Geist und Materie dualistisch und reduktionistisch aufeinander bezogen. Solche Narrative oder Theologien verleugnen anerkannte wissenschaftliche Erkenntnisse oder machen diese lächerlich, mit dem Interesse, die bestehende Ordnung aufrechtzuerhalten. Sie wiederholen den Mythos vom unendlichen Wachstum oder vertrauen allein auf technische Lösungen für ökologische Probleme, statt auf umfassendere kulturelle, moralische und spirituelle Lösungen zu setzen. Solche Narrative und Theologien äußern sich in Formen eines Pseudo-Evangeliums, in denen die bloße Akkumulation von Reichtum als Letztwert erscheint oder auch im Versuch, sich selbst zu entlasten durch permanente Verschiebung der Verantwortung auf andere oder gar eskapistische Deutungsversuche für Opfer von Klimaungerechtigkeit.

Hoffnung: Mut in Zeiten der Angst und Hoffnungslosigkeit

Inmitten einer Hoffnungslosigkeit, die sich in einer bisher unbekannt raschen Weise angesichts der Klimakrise verbreitet, verkünden wir – inmitten einer seufzenden Schöpfung – die Hoffnung auf den dreieinigen Gott, „denn auf Hoffnung

hin sind wir gerettet.“ (Röm 8,24). Gott hat die Erde nicht aufgegeben! Wir halten an Gottes Versprechen im Noah-Bund mit der ganzen Schöpfung fest, den er mit „den lebendigen Wesen bei euch für alle kommenden Generationen“ (Gen. 9,12) geschlossen hat. Wir glauben an Gottes Nähe, wie er sie uns in Jesus Christus inmitten der ganzen von Menschen verursachten Misere offenbart hat. Wir werden von der Kraft des Heiligen Geistes geträstet, der „das Angesicht der Erde erneuert.“ (Ps. 104,30).

Mit Blick auf wirtschaftliche und politische Narrative, die unser Verständnis von gelingenden Beziehungen zwischen Menschen, Schöpfung und Schöpfer verzerren, mag diese Hoffnung kontrafaktisch und widersinnig erscheinen. Die Hoffnung, die wir verkünden, hat aber nicht allein eine kritische Funktion, indem unterdrückende und patriarchale Systeme kritisch herausfordert werden, sondern auch eine ermutigende Funktion, indem sie uns dazu inspiriert, an der Heilung der Erde aktiv Teil zu haben (2. Chron 7,14). Hoffnung ist nicht das gleiche wie blinder Optimismus, der allein auf die Fortschreibung aktueller Trends setzt. Christliche Hoffnung ist nicht billig; sie kostet etwas, sie ist eine teure Hoffnung. Sie hat Bestand trotz überwältigender gegensätzlicher Evidenz für die Zeichen des fortschreitenden Klimawandels, weil sie ihren Grund in dem dreieinigen Gott hat und aus ihm selbst hervorgeht. Es ist eine solche Hoffnung, die uns ermutigt und uns zu einer umfassenden ökologischen Transformation unserer Gesellschaft nötigt.

Ein Aufruf an die weltweite ökumenische Bewegung

Im Herzen der ökologischen Transfor-

mation steht die Notwendigkeit einer ökologischen Umkehr/Konversion (*metanoia*), eine tiefe Veränderung in den Herzen, Köpfen, Einstellungen, Gewohnheiten und im Handeln (Röm 12,1–2). Diese Veränderung hat Auswirkungen auf alle Aspekte des Christlichen Lebens: auf Liturgie und Anbetung, auf das Lesen der Bibel, auf die Verkündigung und auf die Sakramente, auf die Gemeinden und ihr Glaubensleben, auf Beten, Fasten, Spiritualität, Doktrin, Ethos, Bildung, Kunst, Musik, Ämter und missionarische Projekte. In dieser ökologischen Reformation des gesamten Christentums wurden und werden wir von unseren Vätern und Müttern im christlichen Glauben, durch Beispiele von unseren Glaubensgeschwistern weltweit und von Kirchenleitenden aus der gesamten Ökumene, wie beispielsweise dem Ökumenischen Patriarchen Bartholomäus, von Papst Franziskus, und vom ehemaligen Erzbischof Desmond Tutu und vielen weiteren ermutigt.

Wir rufen die globale ökumenische Bewegung, christliche Weltbünde und alle anderen Kirchen dazu auf, gemeinsam eine 10jährige Dekade des ökologischen Lernens, Bekennens und Handelns gegen den Klimawandel zu planen, um die folgenden Punkte zu Prioritäten der Kirchen weltweit zu machen:

1. Die ganze Bandbreite der liturgischen und spirituellen Formen und altkirchlichen Traditionen mit Bezug zur Schöpfung im Licht des gegenwärtigen ökologischen Kairos bewusst zu machen und zu erneuern;
2. Die biblischen Texte unter dem Aspekt der ökologischen Sensibilität neu zu lesen und zu interpretieren;
3. Rahmenprogramme zu erstellen, die Klimabewusstsein in Kirchengemein-

den zu stärken und ihnen das dafür benötigte Personal, das Know-How und die finanziellen Ressourcen zu bieten und die schon existierenden Basisinitiativen unterstützen;

4. Gendergerechtigkeit in Kirchen und Gesellschaften zu fördern, da sie auf vielen Ebenen mit dem Klimawandel verknüpft ist;
5. Junge Menschen zu ermutigen, Führungsrollen in Kirchen und Gesellschaften zu übernehmen und dort für ihre Zukunft einzutreten;
6. Schöpfungstheologische und nachhaltigkeitsbezogene Reflektionen in allen Ebenen der Bildung zu etablieren;
7. Ökologische Werte zu kultivieren und nachhaltige Lebensstile in Haushalten und Gemeinschaften zu fördern;
8. Laien für ihre Berufung so auszustatten, dass sie ökologische Verantwortung übernehmen können, wo auch immer sie leben, arbeiten und beten;
9. Sich in multi-disziplinärem Dialog zu engagieren, der die Erkenntnisse der Naturwissenschaften, der indigenen Traditionen und diverser Theologien zusammenbinden und ihnen Rechnung tragen kann;
10. Für interdisziplinäre Verbindungen, Netzwerke und Partnerschaften mit allen Bereichen der Regierung, mit Wirtschaft und Industrie, mit der Zivilgesellschaft, mit interreligiösen ökologischen Netzwerken, mit anderen Glaubensgemeinschaften und mit allen Menschen einzutreten, die die Verpflichtung mit uns teilen, nachhaltige Alternativen zu den aktuell dominanten Produktions- und Konsumformen zu finden.

Mit Blick auf die anstehende 11. Vollversammlung des Ökumenischen Rates

der Kirchen im Jahre 2021 empfehlen wir dem ÖRK insbesondere, dass er eine Dekade des ökologischen Handelns für die Schöpfung/Dekade der Sorge für die Schöpfung mit den folgenden Zielen ausruft:

- Die Mitgliedskirchen dafür zu mobilisieren, dass sie ihre Prioritäten auf die Verpflichtungen dieser Wuppertaler Erklärung ausrichten;
- Die Agenda der Nachhaltigen Entwicklungsziele (SDGs) der Vereinten Nationen durch verschiedene Allianzen, Netzwerke und Partnerschaften zu unterstützen und gleichzeitig über die SDG-Agenda hinauszugehen, um die Definitionen von Wachstum, Reichtum und Wohlbefinden, die in der SDG-Agenda noch nicht hinreichend geklärt sind, im Hinblick auf die planetaren Grenzen nachhaltig zu bestimmen.
- Globale Entscheidungsträger*innen davon überzeugen, dass der Anstieg der globalen Treibhausgas-Emissionen so bald wie möglich gestoppt werden und drastisch reduziert werden muss, um Netto-Emissionsfreiheit und das 1,5 Grad Ziel doch noch zu erreichen.
- Den Prozess der Vereinten Nationen zu unterstützen, einen Rahmen für eine rechtlich verbindliche „Universale Erdrechte-Charta“ zu erschaffen („Universal Charter of the Rights of Mother Earth“ (Cochabamba 2010)), ein internationales Rechtssystem für die Umweltrechte („Earth Jurisprudence“) zu fixieren und die Möglichkeiten für einen „Rat für die Rechte der Natur“ („UN Council for the Rights of Nature“) und für eine Anerkennung von „Ökozid“ als Strafrecht-

statbestand vor dem internationalen Strafgerichtshof auszuloten.

Diese Selbstverpflichtungen folgen aus dem Verständnis dieses Kairos Momentes in der Geschichte, in dem wir uns gerade wiederfinden. Die Aufgabe, die vor uns liegt, ist immens und wird Jahrzehnte größten Engagements fordern. Die Dringlichkeit der Situation lässt eine verspätete Antwort auf diese umfassenden Herausforderungen nicht zu. Das nächste Jahrzehnt wird entscheidend sein, um der Er-

de eine Zeit der Erholung zu ermöglichen. Die biblischen Motive des Sabbats und des Jubeljahres bieten eine einzigartige Quelle der Hoffnung und Inspiration, auf eine Unterbrechung im Kreislauf von Ausbeutung und Gewalt hinzuwirken, ausgedrückt in der Vision, dass: „für das Land ein Jahr der Sabbatruhe sein“ soll (Lev. 25,5).

Komm, Heiliger Geist, erneuere unsere Schöpfung!

FORUM

Die Zeichen der Zeit nicht verkennen!

Offener Brief an die weltweite Ökumene zur „Wuppertaler Erklärung“

*„Tu deinen Mund auf für die Stummen
und für die Sache aller, die verlassen sind.“
Sprüche 31,8*

*„Es reicht nicht, die Opfer
unter dem Rad zu verbinden.
Man muss dem Rad selbst
in die Speichen fallen.“
Dietrich Bonhoeffer*

In Anbetracht der tief greifenden globalen ökologischen Krise kamen im Juni 2019 Repräsentant*innen aus zahlreichen Ländern und verschiedenen Konfessions- und Glaubensstraditionen zu einer Konferenz mit dem Titel „Together towards eco-theologies, ethics of sustainability and eco-friendly churches“ in Wuppertal/Deutschland zusammen. Die deutschen Veranstalter – Evangelische Kirche in Deutschland (EKD), Evangelisches Missionswerk (EMW), Vereinte Evangelische Mission (VEM) und Brot für die Welt – nutzten die von den Teil-

nehmenden verabschiedete „Wuppertaler Erklärung: Kairos für die Schöpfung – Hoffnungsbekenntnis für die Erde“ (siehe Anhang) dazu, mit Blick auf die im September 2021 ebenfalls in Deutschland stattfindende 11. Vollversammlung des Ökumenischen Rates der Kirchen (ÖRK) einen weit reichenden Vorschlag zu platzieren: Die weltweite ökumenische Bewegung wird dazu aufgerufen, gemeinsam eine „Dekade des ökologischen Lernens, Bekennens und Handelns gegen den Klimawandel“ zu planen und diese bei der ÖRK-Vollversammlung auszurufen.

So wünschenswert ein auf die globale Klimakrise zugespitzter Arbeitsschwerpunkt des ÖRK im Prinzip auch sein mag, so wenig zielführend erscheint uns, den Unterzeichnenden, wenn dieser deren eigentliche Ursache verschleiert, wie es in der Wuppertaler Erklärung der Fall ist. Denn diese lässt den systemischen Charakter der Krise unserer kapitalisti-

schen Zivilisation weitgehend außer Acht und reduziert stattdessen die notwendige Veränderung auf eine zuvorderst ökologisch definierte Transformation.

Angesichts der „multiplen Krise“ der herrschenden (Un-)Ordnung liegt aber längst auf der Hand, dass sich die Frage nach ökologischer nicht mehr von der Frage nach wirtschaftlicher und sozialer Gerechtigkeit trennen lässt und eine Lösung demnach nicht in einem schrittweisen „Heraustransformieren“ aus unserer fossil basierten Produktionsweise bestehen kann. Vielmehr geht es um die Überwindung der „imperialen Lebensweise“ und ein grundsätzlich anderes Wirtschaftssystem.

Mit seiner verkürzten und einseitigen „Analyse“ ignoriert und konterkariert der Wuppertaler Vorschlag die umfassende und grundlegende Kritik an den weltwirtschaftlichen Strukturen, wie sie die weltweite Ökumene zwischen 1983 und 2013 im Rahmen ihrer systematischen Auseinandersetzung mit der ökonomischen Globalisierung formuliert hatte und wie sie auch in ökumenischen Erklärungen der jüngeren Vergangenheit zur Notwendigkeit einer neuen internationalen Finanz- und Wirtschaftsarchitektur (NI-*FEA*) zum Ausdruck gebracht wurde.

Einhelliger Tenor der klaren, über viele Jahre hinweg auf der weltweiten Ebene gewonnenen Einsichten ist dabei, dass – wie es der Lutherische Weltbund bereits 2003 bei seiner 10. Vollversammlung formulierte – die vorherrschende ökonomische Ordnung samt der deren Mechanismen bestimmenden Ideologie einem „Götzendienst“ gleichkommt, da „der auf Privateigentum, ungezügelm Wettbewerb und der unabänderlichen Geltung von Verträgen aufgebaute Markt

das absolute Gesetz ist, das das menschliche Leben, die Gesellschaft und die Umwelt beherrscht“. Die tieferen Wurzeln der hieraus resultierenden massiven Bedrohung des Lebens wurden ein Jahr später als „das Produkt eines ungerechten Wirtschaftssystems [erkannt], das mit politischer und militärischer Macht verteidigt und geschützt wird. Wirtschaftssysteme sind eine Sache von Leben und Tod“ – so der Reformierte Weltbund in seinem „(Accra-)Bekenntnis des Glaubens angesichts wirtschaftlicher Ungerechtigkeit und ökologischer Zerstörung“ von 2004. Ebenso deutlich brachte es der ÖRK in seinem „Aufruf zum Handeln: Ökonomie des Lebens, Gerechtigkeit und Frieden für alle“ von 2012 zum Ausdruck: „Habgier und Ungerechtigkeit, das Streben nach schnellem Profit, ungerichte Privilegien und kurzfristige Vorteile auf Kosten langfristiger und nachhaltiger Ziele sind die Grundursachen der verflochtenen Krisen (...). Diese lebenszerstörenden Werte (...) dominieren die heutigen Strukturen.“

Auf diesem Hintergrund lautete für die weltweite Ökumene die theologisch-öklesiologische Konsequenz nahezu unisono: dass die Frage der globalen wirtschaftlichen Gerechtigkeit eine für den Gottesglauben und die Nachfolgegemeinschaft als Christ*innen grundlegende Frage darstellt und das herrschende Wirtschaftssystem aus Glaubensgründen mit dem Christ- und Kirchesein unvereinbar ist. Deshalb sollten jetzt deutlicher denn je die vorherrschenden sozio-ökonomischen und geo-strategischen Machtstrukturen in Frage gestellt und die Überwindung der (neo-)kapitalistischen Wirtschafts- und Lebensweise mit dem Ziel

der Entwicklung zukunftsfähiger Alternativen eingefordert werden.

Die von prophetischem Geist getragene ökumenische Beschlusslage, die seit dem Pontifikat von Franziskus ein erfreulich deutliches Einvernehmen mit dem Lehrschreiben „Evangelii Gaudium“ und der Enzyklika „Laudato si“ aufweist, findet indes nur selten Eingang in die konkrete Praxis der ökumenischen Bewegung und der Kirchen. Allzu oft bleibt das ökumenische Agieren aufgrund einer zur Vermeidung von Konflikten mit politischen und wirtschaftlichen Entscheidungsträger*innen für geboten erachteten „Zurückhaltung“ auf Forderungen nach bloß kosmetischen Reformen des strukturell zerstörerischen globalen ökonomischen Systems beschränkt – wie eben auch in der Wuppertaler Erklärung, in der ausgespart bleibt, dass sich soziale ebenso wie Klimagerechtigkeit für alle Menschen nur durch eine fundamentale sozial-ökologische Transformation erreichen lassen. Und dies erfordert letztlich eine radikale Abkehr von den unser Wirtschaften bislang dominierenden kapitalistischen Triebfedern Wachstum und Profit und die Hinwendung zu einer das Gemeinwohl und den Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen in den Mittelpunkt stellenden

Ökonomie. Oder um es mit den Worten der weltweiten Klimabewegung „Fridays for Future“ zu sagen: „system change, not climate change!“

Das ökumenische Großereignis der 11. Vollversammlung des ÖRK in Karlsruhe und die Wahl eines neuen Generalsekretärs im März diesen Jahres bieten Gelegenheit, die aus unserer Sicht unerlässliche Neuausrichtung des ÖRK im Sinne einer (wieder) viel intensiveren und vor allem auch entschiedeneren Auseinandersetzung mit den Überlebenskrisen von Menschheit und Schöpfung sowie ihren Ursachen auf den Weg zu bringen. Dabei kann durchaus eine Dekade für die Zukunft der Erde den Rahmen bilden, aber in einer der Gefährlichkeit der Bedrohungen angemessenen Tiefe. In Anbetracht der dramatischen Zeichen der Zeit möchten wir mit diesem Offenen Brief dafür plädieren, die Debatte hierüber bereits im Vorfeld der Vollversammlung in einer die gesamte Breite der ökumenischen Bewegung berücksichtigenden (ergebnis-)offenen Auseinandersetzung und nicht erst in Karlsruhe selbst zu beginnen.

Unterzeichner*innen: Kairoseuropa sowie viele Unterzeichner*innen, darunter auch der BRSD.

<https://kairoseuropa.de/aktuelles-2/>

Corona-Pandemie

Auferstehung in Corona-Zeiten

Eine Predigt

Von Thomas Klein

Liebe Gemeinde, heute hätte ich gerne mit Ihnen gesungen:

Die güldne Sonne voll Freud und Wonne

*bringt unsern Grenzen mit ihrem Glänzen
ein herzerquickendes, liebliches Licht.*

*Mein Haupt und Glieder,
die lagen darnieder;
aber nun steh ich,*

*bin munter und fröhlich,
schaue den Himmel mit meinem Gesicht.*

EG 449

Man kann sagen, das Lied handelt von der Kraft der Auferstehung. Die güldne Sonne wird uns zur Ostersonne. Sie bewegt uns, belebt uns, macht uns im besten Fall munter und fröhlich, zumindest liegen wir nicht mehr darnieder, wir lassen den Kopf nicht hängen, sondern sehen auf zum Himmel. Wir kommen in die Gänge ...

Der Gottesdienst ist der Ort, an dem wir hören und uns gegenseitig darin bestärken, dass nicht der Tod, nicht die Gewalt, nicht das Unrecht sich durchsetzen, sondern das Leben, die Menschlichkeit und das Erbarmen. Wir teilen eine große Vision.

Darum fehlt mir diese Stunde, die niemand so einfach durch einen Fernsehgottesdienst oder durch das Lesen einer Predigt ersetzen kann.

Wir stehen zwar nicht beim Singen, wie Paul Gerhardt es noch vorausgesetzt hat, aber wir stehen auf, wenn wir beten: Dein Reich komme! Denn dazu stehen wir. Und zwar miteinander. Dieses Gebet verlangt nach Menschen neben mir, nach einem Wir. Und dieses Beten ist auch ein öffentlicher Akt. (Auch wenn die Zahl der Gottesdienstbesucher bescheiden ist.) Wir läuten dabei eine Glocke, so dass auch, wer zu Hause geblieben ist, sich mit uns im Gebet vereinigen kann.

Wir lassen unsere Stimmen hören wenn wir singen: „Lobe den Herren, den mächtigen König der Ehren“. Wir spüren von seiner Macht oft nichts. Aber unser Lob sagt: wir glauben an dich, wir nehmen dich beim Wort und bei dem, was dein Name zusagt: „Ich bin bei euch“. So

hoch der Kirchturm alles überragt, so hoch setzen wir deinen Namen über alles, damit es wahr werde: Friede auf Erden, den Armen Gerechtigkeit, der geplagten Schöpfung Respekt.

Oder wenn wir singen: „Meine Zeit steht in deinen Händen“. Denn damit begeben wir uns in einen Raum der Geborgenheit, in Gottes Hand, damit wir gesegnet durch den Tag und die Woche gehen.

Wer die Gebetsworte nur mitspricht und die anderen singen lässt, der mag in diesem Moment auch von dem Vertrauen und der Zuversicht der anderen leben. Und das ist auch okay. Wir leben ja nicht nur aus unseren Ressourcen.

Und wer vor allem in die Kirche geht, weil er die Gesellschaft beim Kaffeetrinken schön findet, der ist auch willkommen. Es war schon immer so: Josel geht in die Synagoge, um mit Gott zu reden. Und Schlomo geht in die Synagoge, um mit Josel zu reden. (Aber eben mit Josel, der mit Gott redet.)

Liebe Gemeinde, gerade in der Zeit, die wir durchmachen, in der Corona-Krise, wären Gottesdienste so wichtig.

Gemeinsam sind wir nicht nur stärker; in der Gemeinde können wir auch der Krankheit anders begegnen, den Folgen der Krankheit etwas entgegensetzen.

In diesem Zusammenhang ist mir eine Auslegung von Klara Butting über Heilungen im Markusevangelium wichtig geworden. Von ihr stammt der schöne Satz: „Markus erklärt die Kirchenbank zum Ort der Befreiung.“

Dazu muss ich etwas ausholen. Krankheiten werden in der Bibel anders gesehen als heute. Wenn wir von Dämonen hören und Besessenheit, dann merken wir, dass das nicht mehr unser Weltbild

ist. Aber darin kommt zum Ausdruck: Krankheiten haben nicht nur mit dem Individuum zu tun, sondern mit der Gesellschaft, mit den Zeitumständen und sie haben mit Gott zu tun, denn sie hindern an der Teilhabe am verheißenen Leben.



Dass Krankheiten Einzelschicksale übersteigen und noch eine umfassendere Dimension haben, das sagen wir auch, wenn wir von Zivilisationskrankheiten sprechen. Der Leistungsdruck und die Beschleunigung unseres Lebens führen zu Gefäßkrankheiten und Depressionen.

Im Markusevangelium (5. Kapitel) begegnet uns ein Mensch, der in Grabhöhlen lebt, der nur noch wie wild herumstreift, nicht zu bändigen ist und sich selbst mit Steinen schlägt. Wenn wir dazu noch erfahren, dass er aus einem Ort stammt, der von den römischen Truppen nach einem Gemetzel geplündert und

niedergebrannt wurde, dann wundert uns nicht, dass der Dämon, von dem er besessen ist, eine militärische Bezeichnung hat: Legion. Auch wenn der Truppenverband weiter gezogen ist, was dem Menschen angetan wurde und was er hat sehen müssen, das hält ihn immer noch gefangen, darüber hat er den Verstand verloren.

Ein anderes Beispiel hat mit unserer Jahreslosung zu tun. Da bringt ein Vater seinen „besessenen“ Sohn zu den Jüngern. Der arme Junge kann sich nicht kontrollieren, Krampfanfälle werfen ihn ins Feuer wie ins Wasser und dabei zieht er sich Verletzungen zu. Die Jünger sind machtlos. Der Vater, der sein Kind nicht versteckt, sondern in dem auch nach Jahren eine schwache Hoffnung auf Heilung geblieben ist, bittet Jesus um Hilfe – „wenn du kannst“, sagt er. Vorbehaltlos glauben kann er nicht mehr, das jahrelange Elend seines Kindes vor Augen. Aber – als würde er sich selbst überraschen, schreit es aus dem Vater heraus: „Ich glaube; hilf meinem Unglauben!“ (9,24) Später – in der Supervision – bekommen die Jünger erklärt, warum sie versagt haben: wer helfen will, wer etwas ausrichten will gegen die Resignation, der muss erst selbst seine Sprachlosigkeit überwinden. Krankheiten sind für sich schon schlimm, aber sie können darüber hinaus eine depressive Stimmung erzeugen, die Kranken wie die Angehörigen und Freunde vereinzeln und stumm machen, und manchmal – wie bei dem gestern an Covid-19 gestorbenen 16jährigen Mädchen – ein ganzes Land, eine ganze Generation erschrecken. Die Jünger Jesu sind eingeknickt vor dem „sprachlosen Geist“. Der Vater hat in seiner verzweifel-

ten Liebe vor Jesus zu einer Sprache gefunden, die geholfen und gerettet hat.

Dämonen sind von Anfang an im Markusevangelium das große Thema. Gleich bei seiner ersten Predigt wird Jesus unterbrochen. Ein Dämon, der sich zum Sprecher einer ganzen Dämonen-Gruppe macht, zeigt, dass sich ein Konflikt zuspitzt (1,24): er erfasst, dass Jesus die Macht brechen könnte, die die Menschen gefangen hält in Depression und Zukunftsangst, in Schockstarre gegenüber den Gewaltigen und eigener Sprachlosigkeit. Der Ort der Auseinandersetzung ist der Gottesdienst. Hier stellt sich die Frage, ob der Blick der Leute vernebelt bleibt und ob ihre Glieder sich schwer wie Blei anfühlen, oder ob es Jesus gelingt, sie durch die alten Verheißungen von einem Leben in Solidarität wieder zu bewegen. Auch ohne moderne Kommunikationsmedien verbreitet sich in Windeseile, dass mit Jesus ein neuer Aufbruch möglich scheint.

Liebe Gemeinde, wenn wir von der Corona-Pandemie sprechen, haben auch wir es nicht allein mit einer Krankheit zu tun. Und nicht nur, weil wir nun auch in eine Finanz- und Wirtschaftskrise steuern.

In erster Linie verlangt sie eine medizinische Anstrengung. Sie findet in den Krankenhäusern statt und verlangt dem ärztlichen und pflegenden Personal Enormes ab. Die pharmazeutische Industrie arbeitet mit Hochdruck. Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler kooperieren weltweit, um die Krankheit besser zu verstehen und einen Impfstoff zu entwickeln. Regierungen und Verwaltungen sind gefordert, dafür die besten Rahmenbedingungen herzustellen.

Aber das ist nicht alles: Das Virus und die Krankheit Covid-19 haben etwas

„Dämonisches“. Nicht nur die Infizierten sind betroffen, sondern alle. Das Virus treibt in die Vereinzelung, verbreitet Angst und Schrecken. Es lähmt und bedrückt. Es wirft manche zurück auf ihre primitivsten Triebe und lässt sie zu Einzelkämpfern werden, nur noch gesteuert von der Angst, zu wenig zu haben, zu kurz zu kommen. Und in manchen Kellern finden sich Vorräte – nicht nur an Nudeln und Reis, sondern auch an Desinfektionsmitteln, die anderswo dringend gebraucht würden. (Lesen Sie einmal die 6. Strophe von EG 449!)

Unsere Medien versorgen uns nicht nur mit Informationen. Sie begegnen einer Angst vor der „unsichtbaren Bedrohung“: Wir würden es nicht aushalten, wenn wir uns kein Bild von dem Virus machen könnten. Und so werden uns in den Nachrichtensendungen Vergrößerungen des Erregers wie Fahndungsfotos präsentiert. Das Virus kann überall sein, an jeder Türklinke, an jedem Stift, mit dem wir einen Bon unterschreiben. Es beruhigt und ist wie ein kleiner Sieg, dass es identifiziert, dass es nun in dieser Form „sichtbar“ gemacht wurde – auch wenn es nur wie ein großer Gymnastikball aussieht.

Aufmerksam werden sollten wir aber an diesem Punkt: Es macht sich ein neues Narrativ, eine Sprachregelung breit, wenn dem Virus begegnet wird. Je mehr sich in der Bevölkerung Ängste verbreiten, desto martialischer wird das Vokabular mancher Politiker: sie sagen, wir seien im Krieg, müssten uns also wie Soldaten verhalten und kämpfen, manche an der vordersten Linie, aber jeder auf seinem Posten. Mit dieser drastischen Sprache wollen sie aufrütteln und mobilisieren. Soweit ist das gut und verständlich. Dass

es ihnen nicht nur darum geht, merken wir, wenn sie polemisieren, z. B. wenn das Virus ein nationales Etikett bekommt und als „chinesisch“ gilt, wie in der Rhetorik der US-Regierung. Oder wenn es dazu dient, den Einfluss des Parlaments zu beschränken wie in Ungarn. Krisen und Katastrophen sind für Politiker immer Profilierungschancen; sie sind ständig im Wahlkampfmodus. Darum kommt es zu Selbstinszenierungen auf Kosten anderer, die niemandem helfen und zu nationalen Abschottungen, die gemeinsamen Lösungen der mittlerweile globalen Krise entgegnen.

In der Bibel wird die versammelte Gemeinde zu dem Kampfplatz gegen Dämonen. Das wichtigste Mittel ist nicht irgendeine Magie, sondern – sehr nüchtern – eine Verkündigung, die Hoffnung weckt und zur Solidarität führt, die Auslegung der Thora.

Auf dem Feld der Politik kann aus der Einforderung von Befehlsgehorsam in „Kriegszeiten“ schnell eine Entmündigung der Bürgerinnen und Bürger folgen. Während wir in der Gemeinde die Einheit und den Wert jeden Lebens betonen, müssen wir feststellen, dass durch manche Politiker Junge gegen Alte, Gesunde gegen Kranke ausgespielt werden.

Schon gibt es die Frage, wie lange wir es uns leisten können, die Risikogruppen zu schützen, wenn dabei die Wirtschaft Schaden nimmt. Und die Älteren geraten besonders in den armen Ländern und in den Staaten, in denen die Gesundheitsversorgung kaputt gespart wurde, unter den moralischen Druck, auf eine Intensivbehandlung von sich aus zugunsten jüngerer Menschen zu verzichten.

Liebe Gemeinde, wir schauen auf eine immer noch rasant zunehmende Infekti-

onswelle, die noch lange nicht ihren Höhepunkt erreicht hat. Was setzen wir dem entgegen?

Den Fleiß in den Kliniken und Einrichtungen – auch denen der Diakonie. Das Ethos der Ärzte. Das Engagement von Ordnungskräften und Feuerwehrleuten. Die Kreativität einer Zivilgesellschaft und ein verantwortliches Leitungshandeln der Regierenden.

Wir setzen auch das Evangelium dagegen, wenn es um die Folgen der Pandemie geht.

Alles Reden, alles Beten in der Bibel kann man auf diese Erfahrung zurückgeführt werden:

„Zum EWIGEN habe ich gerufen in meiner Enge – er antwortete mir.“

So beginnt der 120. Psalm. Das ist die Grunderfahrung der Menschen, die uns die biblischen Texte überliefert haben. Wer die Bibel liest, weiß, dass um diese Worte gerungen wurde, dass sie nicht leichtfertig dahingesagt sind.

Psalmen sind zum Nachsprechen und Nachdenken da. Sie liefern uns Worte, wenn wir keine haben, wenn uns die Worte ausgehen, wenn uns die Verhältnisse stumm machen. Wenn unsere Dämonen kommen.

Sie haben ihre Kraft, wenn sie im Gottesdienst gemeinsam gebetet werden. Sie haben ihre Kraft, wenn wir sie in der Kirchenbank gemeinsam als Evangelium hören.

Die Kirchenbank ist ein Ort der Befreiung. Ich hoffe, wir sehen uns dort bald wieder.

Bis dahin müssen wir das Kunststück fertig bringen, Gemeinde zu sein, ohne uns zu begeben.

Bis dahin dürfen wir uns freuen, wenn morgens die – güldne – Sonne aufgeht,

wenn die Blumen im Garten blühen,
wenn die Glocken läuten und wenn uns
jemand anruft, der an uns denkt, viel-
leicht weil wir ihr oder ihm genauso feh-
len, wie er oder sie uns.

Halten wir Abstand und halten wir zu-
sammen!

Gottes Segen stärke das Beste in Ihnen
und erhalte uns in der Gemeinschaft!
Amen!

Lektürehinweis:

Klara Butting/Gerard Minaard/Luzia Sutter
Rehmann (Hg.), Die Bibel erzählt ...
Markus, Wittingen 2007

Thomas
Klein,
Pfarrer in
der Prote-
stantischen
Kirchenge-
meinde
Gimmeldin-
gen-Königs-
bach. Her-
ausgeber-
schaften
und publi-
zistische
Tätigkeiten.



Kommentar

„La Patrie en danger“? Est-elle en danger? Et pourquoi?

Anmerkungen zur Corona-Krise

Von Wilfried Gaum

Corona, Covid-19 seit Tagen und Wochen im Focus, Kontaktsperren, beschleunigte Gesetzgebungsverfahren, verkleinerte Parlamente mit faktischen Allparteien-Koalitionen, Krisenpakete, Milliardensummen in Nachtragshaushalten, eine stillgestellte Öffentlichkeit, Ausverkauf von Klopapier und Desinfektionsmitteln, Diskussionen über Notstandsgesetze und Bundeswehreinätze, täglich, stündlich neue Zahlen über Infizierte und Tote. Gegen diese Invasion durch einen Mikroorganismus scheint kaum etwas zu helfen. In ähnlicher Notlage, aber durch ausländische Invasoren, erklärten die französischen Revolutionäre, das Vaterland sei in Gefahr: La patrie en danger! Natürlich

ist der Corona-Virus gefährlich. Ist das Vaterland deshalb in Gefahr? Ist es in Gefahr? Und wenn ja, warum? Dazu ein paar unsystematische Bemerkungen.

Was jetzt meiner Ansicht nach gerade abläuft, halte ich für brandgefährlich. Erstens bin ich immer noch skeptisch, ob die objektive medizinische Situation wirklich so dramatisch ist, wie sie im Verbund von Hauptstadtjournalisten, profilierungsaffinen Politikern und Ordnungspolitikern incl. einer Handvoll von Virologen beschworen wird – ich gehöre übrigens mit über 60, Diabetes und Asthma zur Risikogruppe.

Ja: Uns erreichen Bilder von Todsterbenskranken und im wahrsten Sinne um ihr Leben ringende Menschen. Wir sehen Militärlaster durch leere, dunkle Straßen fahren, die Tote transportieren. Wir ver-



folgen gebannt mehrmals jeden Tag die Entwicklungen der Kurven, die die Anzahl der Infizierten und Toten abbilden. Wir machen uns Gedanken über unsere Versorgung und darüber, wie wir die Zeit in sozialer Quarantäne überstehen, ohne unseren Partnern, Eltern, Kinder und Nächsten zu schaden. Ja, ohne Zweifel – es ist ernst. Ja, wir sollten durch unser Verhalten dazu beitragen, dass die Corona-Krise bald überwunden, zumindest aber eingedämmt wird. Wenn dieses Heft von „Christ und Sozialist“ erscheint, wird dies hoffentlich der Fall sein.

Aber: ich erinnere mich in diesem Zusammenhang an unsere Erfahrungen mit der „BSE-Krise“, die am Ende keine war und mit der „Jahr 2000-Computerumstellung“. Dort wurden in den Medien ähnliche Untergangsszenarien an die Wand gemalt, „nichts werde wieder so wie zuvor.“ Der Fleischkonsum brach kurzzeitig ein, getötete Rinder stapelten sich und konnten nicht entsorgt werden. Und was blieb nachhaltig? In Niedersachsen wurde eine Behörde für Lebensmittelsicherheit und Versorgungssicherheit gegründet, eine Regierungskommission veröffentlichte lauwarmer Empfehlungen, die nichts an der in vielerlei Hinsicht prekären Situation der Landwirtschaft änderte. Kein Wunder, berief doch der damalige Ministerpräsident Gabriel

genau die Vertreter, die für ein paar kosmetische Veränderungen eintraten, aber im Übrigen an der industrialisierten, chemieaffinen Landwirtschaftspolitik festhielten. Wird die politische Nachbereitung der Coronakrise einen ähnlichen Weg nehmen?

Und ist es zynisch zu sagen, dass die 25.000 Toten durch die Influenza bei weitem nicht die Erschütterungen ausgelöst haben, die jetzt bei (noch?) geringeren Coronaopfern erlebt werden. Warum findet keine breite Debatte darüber statt, warum es in Italien so viele bedauernswerte Tote gibt? Hängt dies nicht damit zusammen, dass unter der Ägide des IWF drastische Einschnitte in die Gesundheitsversorgung der Italiener (die Rede ist von 21 Milliarden Euro) vorgenommen wurden und die Bevölkerung auch im Schnitt noch älter ist als in Deutschland, daher doppelt gefährdeter. Und ist es nicht gerade in Nordrhein-Westfalen eine Landesregierung, die die Zentralisierung und Minimierung der flächendeckenden Gesundheitsversorgung noch weiter vorantreiben will – auf der Grundlage von Empfehlungen von Gesundheitsökonominnen u.a. der Bertelsmann Stiftung, eines Professors Graf von der Schulenburg an der Universität Hannover et tutti quanti die die Debatte um die Ökonomisierung und letztlich auch Rationierung im Gesundheitswesen seit Jahren befeuern?

Und an dieser Stelle die weitere Frage: warum wurden keine spezifischen Notfallpläne entwickelt, die die am meisten gefährdeten Bevölkerungsgruppen in den Blick nahmen, also Menschen über 70 und umso gefährdeter, je mehr Vorerkrankungen vorliegen – obwohl die entsprechenden Daten auch für den Laien

schon recht früh erkennbar waren? Hängt dies vielleicht damit zusammen, dass beispielsweise in Niedersachsen eine Handvoll Mitarbeiter im Sozialministerium das gesamte Planungs- und Förderungsgeschehen der über 190 Krankenhäuser Niedersachsen steuern sollen, während im CDU-geführten Wirtschaftsministerium gut dotierte Stellen aufgebaut wurden, um dort eine Parallelstruktur zur SPD-geführten Staatskanzlei zu installieren? Solche Insuffizienzen bei den Fronteinheiten der Verwaltung dürften nicht nur hier zu einer Vernachlässigung der Kernaufgaben staatlicher Verwaltung führen: auf akute Bedürfnisse und Krisen flexibel und angemessen, vor allem aber schnell und zielgenau zu reagieren.

Zweitens frage ich mich, reagieren die Gesellschaften und Regierungen in Europa adäquat und zielgenau? Mich erstaunt zudem, was plötzlich alles möglich wird! Jahrzehntelange, warnende Hinweise der wissenschaftlichen Community vor den Folgen der menschengemachten Erderwärmung haben einen Bruchteil der Mittel mobilisiert, die jetzt alleine die Europäische Union zur Abwendung der wirtschaftlichen Folgen der Corona-Pandemie zur Verfügung stellt: 500 Milliarden Euro. Und das Zögern und Zagen, das die Befassung mit den dringlichen Forderungen der Klimabewegung retardiert, stellt sich bei den Rettungsaktionen für eine globalisierte, kapitalistische Produktion keineswegs ein.

Plötzlich gelten all die Dogmen der neoliberalen Eliten nicht mehr, mit denen das Kreuz vor „ausufernden Staatsausgaben und -verschuldung“ geschlagen wurde. Mit denen die europäischen

Gesellschaften die permanente Ausblutung erkämpfter sozialstaatlicher Sicherungen, auch im Gesundheitswesen, erdulden mussten. Die dazu geführt haben, dass in Italien mit 5200 Intensivbetten für ein ganzes Land so viele Überlebenskapazitäten zur Verfügung stehen wie alleine für das viel kleinere Bundesland Niedersachsen! Erstaunlich finde ich auch, dass bei all den keynesianischen Staatshilfen und Rettungsschirmen nicht mit einem Wort die Rede davon ist, diese einmalige Gelegenheit zu nutzen, um eine Konversion hin zu einer ökologischen

Produktions- und Lebensweise zu erzwingen. So wie Donald Trump Automobilfirmen anweist, Beatmungsgeräte und Atemschutzmasken herzustellen? Und wer immer noch an die gesellschaftsverändernden Kompetenzen der organisierten Arbeiterbewegung oder der Sozialdemokratie glaubt soll doch bitte einmal nachschauen, wie defensiv auf den Erhalt von Arbeitsplätzen bestanden wird, wo es doch um den Schutz von Arbeitskräften ginge! Und mir fällt auf, dass die Abstandsgebote, die im Übrigen doch mit mehr und mehr Rigorosität durchgesetzt werden, für große Bereiche der Produktion nicht gelten: so zum Beispiel bleibt es in der Bauindustrie bei lauen Schreiben der zuständigen Behörden, doch bitte Abstand zuhalten. Und wer sagt denn, dass die immense Subventionierung der Automobilindustrie nicht nur mit der Coronakrise zu tun hat, sondern auch aus anderen Gründen eine insgesamt ins Trudeln geratene Kernbranche der deutschen Industrie aufhängt? Und was sind die Leiden von VW, Audi, Mercedes, Porsche und Opel gegen die Leiden des griechischen Volkes,

dem all die Mittel verweigert wurden, die jetzt mit Sicherheit in der jetzt schon prekären Gesundheitsversorgung noch viel stärker fehlen werden, um das nackte Leben zu retten? Bei all den finanziellen Krisenpaketen zeigt sich jetzt, was und wer Priorität hat in dieser globalen Ökonomie: das sind nicht das Klima, nicht die Natur, nicht die Armen des globalen und auch europäischen Südens.

Und zweitens befinden wir uns in einem, wie jemand m.E. richtig bemerkte „sozialtechnologisch inspirierten Exekutivexzess“, dem 80% der Bevölkerung Beifall klatschen. Ein letztes: wenn man sich anschaut, das das politische und kulturelle, ja, das soziale Leben insgesamt stillgestellt wird, und von den unabdingbaren Versorgungseinrichtungen wie Supermärkten, Tankstellen und Apotheken abgesehen dagegen die nackte Produktion geschützt und aufrechterhalten wird, dann weiß man um die mentale Verfassung unserer Gesellschaften. Nach dem Abflauen und vielleicht Ende der akuten Krise wird dies für unseren Kampf um eine demokratische, soziale,

solidarische und ökologische Gesellschaft bedeuten müssen, eine vertiefte und genaue Auseinandersetzung mit genau diesen Pathologien zu führen. Dafür wird unser starker Glaube erforderlich sein, dass Gott der Herr uns nicht als Sklaven eines Götzen will, sondern diese Erde fruchtbar und lebendig und uns als Mitbewohner auf ihr haben will.

Wilfried Gaum, Studium der Rechts-, Sozial- und Politikwissenschaften. Jurist. Seit den 1970er Jahren in sozialen Bewegungen aktiv. Mitglied der Religiösen Gesellschaft der Freunde (Quäker).



Schwerpunkt Corona-Pandemie

Der Viruskrieg

Wie man Gehorsam erzeugt und Menschenrechte aushebelt

Von Elmar Klink

Der französische Staatspräsident Emmanuel Macron brachte es in seiner TV-Rede an die Nation am 17. März auf den Punkt: Wir sind im Krieg! Zwar in keinem militärischen, aber gegen einen mindestens ebenso bedrohlichen und obendrein unsichtbaren

Gegner aus der Natur, fügte er sinngemäß hinzu. Am Tag darauf gab es in Deutschland eine Ansprache an die Nation der CDU-Bundeskanzlerin Merkel zur weltweiten Corona-Epidemie, die einen sehr stark appellativen und warnenden Charakter hatte und erneut dringliche Handlungs-Empfehlungen zu Vorkehrungen und Schutzmaßnahmen

ausgab. Aber auch offenließ, ob es angesichts von „Disziplinosigkeiten“ und anfänglich lascher Haltung in der Bevölkerung, vor allem unter jungen Leuten, nicht zu noch drastischeren Anordnungen kommen müsse. Ohne freilich das Wort „Ausgangssperre“ vorerst zu benutzen, die es im Nachbarland Frankreich und in mehreren anderen europäischen Ländern zusammen mit Schließung und Kontrollen von Grenzen und einem völligen Herunterfahren des öffentlichen und wirtschaftlichen Lebens schon gibt. Die Länderkammer hat am 27. März das zwei Tage zuvor vom Bundestag beschlossene umfassende Hilfspaket in zig-Milliardenhöhe ohne Debatte einstimmig gebilligt. Es sieht u. a. 50 Mrd. Euro an direkten Zuschüssen für Selbständige und Kleinunternehmer vor und veranschlagt für größere Firmen einen Stabilitätsfonds von 600 Mrd. Euro. Am Mittwoch hatte das Parlament überdies einen Nachtragshaushalt in Höhe von 150 Mrd. Euro verabschiedet. Grünes Licht gab der Bundesrat auch für die dafür notwendige Neuverschuldung. Die vielgerühmte „Schwarze Null“ ist passé. Hinzu kommen noch Garantien des Bundes, weitere Mittel für die Förderbank KfW bereitzustellen. Dagegen nimmt sich eine Petition verschiedener Grundeinkommens-Initiativen mit über 400.000 Erstunterschriften an den Bundestag zur Sofortgewährung eines bedingungslosen Grundeinkommens für sechs Monate fast wie „Peanuts“ aus.

Die Ausgangslage

Laut neuesten Umfragen des ZDF-PolitBarometers vom 27. März bescheinigen 89 % der Befragten der Bundesregierung in der Corona-Krise eine gute

Arbeit. 75 % halten die seit Beginn der Woche verfügten drastischen Maßnahmen und Eingriffe in Freiheitsrechte zur Eindämmung des Virus für genau richtig, 20 % finden, sie müssten noch härter ausfallen und nur 4 % halten sie für überzogen. Als einzige Partei schneidet die christliche Union bei der Projektion, wenn am kommenden Sonntag gewählt würde, demnach mit 7 % Zuwachs gegenüber dem Monatsbeginn ab und steht bei 33 %. SPD und Grüne büßen dagegen jeweils einen Prozentpunkt ein. Großer Verlierer ist die AfD, die um vier Punkte auf 10 % absackt. Wünschen sich die Menschen angesichts solcher Zahlen in Notstandszeiten wie den gegenwärtigen eine deutliche Stärkung eines moderaten Law-and-Order-Regimes? Die Anzahl derer, die befürchten, am Corona-Virus zu erkranken, ist allerdings merklich angestiegen. In vielen Fällen handelt es sich bei schwerer Erkrankten offenbar um ältere, chronisch vorerkrankte und immungeschwächte Menschen, die bei jeder ernststen Influenza-Welle in der Regel die zuerst Betroffenen sind. In einigen hochindustrialisierten Ländern wie Italien, Spanien, USA und Iran, die sozusagen als Weltzentren der „pandemisch“ bezeichneten Atemwegserkrankung Covid-19 gelten, stellt sich nach den Berichten die Bedrohungslage weit eskalierender dar, als derzeit in Deutschland, mit bisher zum Teil schon mehreren Tausend Verstorbenen und jeweils mehreren zig-Tausend Infizierten.

Die erst seit kurzem in Deutschland und auch in immer mehr anderen Ländern angelaufenen drakonischen Lockdown-Maßnahmen im Antiviruskampf freilich zeigen bisher noch keine sichtbare Wirkung, im Gegenteil. Die unter-

schiedlichen, voneinander abweichenden Zahlen, die das deutsche Robert-Koch-Institut für den nationalen und die Johns Hopkins Universität in Baltimore im US-Staat Maryland für den internationalen Raum täglich vermelden, steigen weiter in einem beängstigenden Ausmaß. Einzig China, das Ursprungsland des neuartigen Virus, wo im Dezember 2019 der Erreger erstmals auf-



tauchte, scheint die epidemische Dimension nach fast 82.000 Infektionen und etwa 3.300 Toten eingedämmt worden und zum Stillstand gekommen zu sein, von wo inzwischen nur noch relativ wenige Neuinfizierte und Verstorbene gemeldet werden.

Menschheit am Abgrund?

Mit Staunen, Ängsten, aber auch Zweifeln und vielen Fragen nimmt man fast wie in einem Alptraum wahr, was derzeit auf der ganzen Welt an medizinisch-seuchenhygienischen Zwangsmaßnahmen und Vorkehrungen ergriffen und getroffen wird. Man bekommt den Eindruck, als befinde man sich zurückversetzt ins finsterste Mittelalter

und würde die Welt gerade von einer der uns bekannten großen Seuchen Pest, Pocken, Tuberkulose, Typhus oder Cholera ergriffen und heimgesucht und stünden wir am Abgrund unserer Existenz. Abgesehen davon, dass wir gerade eine modifizierte Art einer offensichtlich teils heftig verlaufenden infektiösen Influenza-Epidemie er- und durchleben, die medial seit langem die öffentlichste

aller bisherigen Epidemien ist, stehen wir auch noch aus anderen Gründen am Abgrund: wegen Klimakatastrophe, Flüchtlingskrise, Kriegen und schwelenden Gewaltkonflikten, Aufrüstung und atomarer Bedrohung, vieler Millionen Hungernder, wegen globaler Wasserverknappung für Milliarden Erdbewohner, offenen Wirtschaftskonflikten zwischen Industrienationen, Überbevölkerung usw. –, ohne dass hierzulande die Massen anfin-

gen, deswegen panisch zu werden und zu Bevorratung und Hamsterkäufen überzugehen, alles für das eigene Überleben, nach einem die Sintflut.

Die Frage muss gestellt werden, warum uns gerade das neue SARS-CoV-2 einer bisher unbekanntem Coronaviren-Variante so derart mitten ins zivilisatorische Herz trifft, dass es neben den medizinischen auch politisch beinahe alles an Maßnahmen der Ab- und Gegenwehr zu legitimieren scheint. Bis hin zur Ausrufung des nationalen Notstands mit weitgehenden Ausgangssperren und Einschränkungen individueller Bewegungsfreiheit und Handlungsfreiheit und elementarer Grund- und Menschenrechte, die Szenarien bedingen und kreieren,

die man eigentlich in einem Polizeistaat erwarten würde? Alles nur zum Wohl und Schutz des Einzelnen und der Gemeinschaft?

Was man weiß und was nicht

Wir haben es zwar wie zu früheren Zeiten nicht mit einer der oben genannten verheerenden Seuchen zu tun, die Millionen dahinrafften und die wir glauben „besiegt“ zu haben. Aber das identifizierte Virus SARS-CoV-2, vermutlich eine Zoonosen-Mutation (Zoonose = von Mensch auf Tier und vom Tier auf Mensch übertragbare Infektion) aus der Familie der Coronaviren SARS und MERS, ist neu und unbekannt, was es so unberechenbar sein lässt. Es gibt gegen die von ihm ausgelöste Lungenerkrankung Covid-19, die wie andere Grippeformen auch bei Menschen und besonders Risikogruppen und immunschwachen Personen teils schwere Verläufe bis zum Tod annehmen kann (nicht muss!), noch keinen Massenschutz. Vor allem nutzen dem Erreger in seinem extrem angepassten Zuschnitt die Bedingungen von moderner Massengesellschaft und globalisiertem Weltverkehr optimal bei seiner exponentiellen Verbreitung. Es scheint deshalb derzeit nur eine halbwegs wirksame Maßnahme dagegen zu geben, nämlich durch weitgehende Kontaktsperre und Totalbeschränkung der Bewegungsfreiheit einer 83-Millionen-Bevölkerung wie der deutschen und ein nahezu völliges Herunterfahren des öffentlichen Lebens, Infektionsketten zu unterbrechen und so die Verbreitung des Virus „auszutrocknen“ und zu verlangsamen, bis fast die gesamte Bevölkerung „durchimmunisiert“ ist. Es gibt allerdings sehr wohl auszu-

machende Hotspot-Regionen der Virusexplosion wie die chinesische 11-Millionen-Weltstadt Wuhan (inzwischen angeblich wie ganz China auf dem Weg der Rekonvaleszenz), die Regionen Mailand-Lombardei und Südtirol in Norditalien, die spanische 5-Millionen-Metropolregion Madrid und ihr industriell-urbaner Gürtel, die US-Bundesstaaten Washington im Nordwesten und New York mit dem Big Apple, die nordostfranzösische Industrieregion Grand Est, das Westtiroler Ski-Gebiet um Ischgl und in Deutschland der Kreis Heinsberg im Westen von NRW, Stuttgart-Heilbronn und Umgebung in Baden-Württemberg und mehrere Orte in Bayern. Man könnte deshalb besonders diese „Drehscheiben“ der Wucherung und Verbreitung des Corona-Virus eingrenzend unter besondere Quarantäne-Maßnahmen stellen, statt ganze Bundesländer mit Millionenbevölkerungen, die wie die ostdeutschen deutlich weniger betroffen sind, über einen Kamm gleich mit abzuriegeln und zu isolieren, wozu es von den Zahlen weder Grund noch Erfordernis gibt. Ein abgestuftes Krisenkonzept des Kampfes gegen die Verbreitung gibt es jedoch nicht. In ganz Italien, das zeigen Grafiken, verläuft die Kurve der derzeitigen Corona-Welle kaum anders als die zyklischen Influenzawellen in früheren Jahren. Vieles am Corona-Diskurs ist nach wie vor spekulativ und bisher wenig faktengesichert. Hohe Dunkelziffern lassen Zahlen zudem fraglich erscheinen, die vermutlich weit höher liegen.

Soziale und politische Folgen einer „Totalisolation“

Man wird bald zu überlegen und entscheiden haben, wie lange und herme-

tisch man die gegenwärtige, vorerst bis Mitte/Ende April ausgesprochene generelle Blockade wird aufrechterhalten können und dürfen. „Prognosen“ von Experten, dies könnte sich möglicherweise über Monate bis zu einem ganzen Jahr so hinziehen, gehen wie die Zahlenhysterie völlig an der realen Problematik vorbei. Es gibt jetzt schon Berichte und Meldungen von zunehmender häuslicher Gewalt, von Handgreiflichkeiten und Schlägereien bei Hamstereinkäufen, von „Heimkoller“ in Familien, von Kurzschlussreaktionen und einem befürchteten möglichen Anstieg der Suizidrate unter Menschen, die sich isoliert und einsam fühlen und der geschaffenen Lage ausweglos ausgeliefert sehen. Gefordertes Solidaritätsverhalten und verhängte Isolation des „Social Distancing“ sind als widersprüchliche Botschaften nicht miteinander vereinbar. Wenn Kirchen und psychologische Kontaktstellen konsequent geschlossen werden, kann auch therapeutische Beratung und betreuende Gesprächs-Seelsorge nicht mehr stattfinden und greifen. Online-Portale und Videogottesdienste können nicht alles richten und ersetzen und viele Ältere haben zudem keine PCs und Skype-Kameras zuhause. Und die Jüngeren dürfen sie mit ihren Laptops bei Strafe nicht besuchen, selbst wenn sie gesund und nicht infiziert sind.

Es liegt also im Zuge der Viruskrise noch vieles andere mit im Argen und stellt in einem Wettlauf gegen die Zeit schnell wachsende Probleme dar. Irgendwann bald könnten uns die Folgen völlig über den Kopf wachsen und aus dem Ruder laufen. Dann addiert und multipliziert sich der äußere mit dem inneren menschlichen Notstand und

kommt es auch hierbei zu Kettenreaktionen. Es heißt, bewaffnete Gruppierungen der rechtsextremen „Reichsbürger“ stünden bei einem nationalen Notstand schon bereit für einen Kampf „aller gegen alle“ um Ressourcen und Güter des täglichen Lebens und Einfluss auf die Politik. In den USA ist seit kurzem eine hohe Zunahme von Waffen- und Munitionskäufen zu verzeichnen. Menschen rüsten und bereiten sich auf einen bevorstehenden „Endkampf“ vor, dem die Regierungsstrategien mit ihren drastischen generellen Notstandsmaßnahmen noch Vorschub leisten. Freiheit, Menschenwürde und Grundrechte sind als ideelle wie essenzielle ethische Werte mindestens so gefährdet wie die Gesundheit. Ein Abwägen und Austarieren scheint es nicht zu geben. Von christlicher Union bis zu den Liberalen reichen die Stimmen, die allgemeine Antivirus-Schraube eventuell noch weiter anziehen zu müssen.

Der CSU-Verkehrsminister Scheuer warnte vor „feindlichen Übernahmen“ deutscher Unternehmen in der Corona-Krise. Gegenüber der „Süddeutschen Zeitung“ sagte er: „Wir haben nicht nur einen viralen Angriff. Wir könnten auch einen Wirtschaftsangriff danach erleben“. Finanziell geschwächte deutsche Firmen könnten ins Visier internationaler Investoren geraten. Er sei bereits im Gespräch mit anderen Ministerien, um „diese Pläne von außen abwehren“ zu können. SPD-Co-Chef Walter-Borjans hingegen mahnte angesichts des riesigen Regierungspakets an Not- und Schutzgesetzen Schranken an. Doch so groß der Handlungsdruck auch sei, gesetzliche Regelungen zur Einschränkung der individuellen Freiheit zu treffen,

fügte er hinzu: „In einer Demokratie dürfen solche Maßnahmen nur für eine begrenzte Zeit gelten und müssen strenger parlamentarischer Kontrolle unterliegen“. Eine einsame offizielle Stimme im Regierungslager, die dies erstmals so deutlich anmerkt und kritisch bewertet. Nur sehr zögerlich und langsam kommen solche nach- und bedenklichen Aspekte auch in den gängigen Coronavirus-TV-Talkrunden von ARD-Presseclub bis zur Phoenix-Runde öffentlich zur Sprache. Kaum jemand von den vermeintlich medizinisch-psychologisch, wirtschaftspolitisch und wissenschaftlich kompetenten Diskutanten wagt es, dem politischen Mainstream der offiziellen Shutdown-Strategie auf der Basis relativ ungesicherter Zahlenarithmetik und spärlichen exakten Wissens über den Charakter des Virus begründet und entschieden zu widersprechen.

„Schutzschild“ und Abwehr

Die zum ganzen Vorgang lange schweigende Kanzlerin, ansonsten Verfechterin der Alternativlosigkeit zum Bestehenden, kündigte an, dass man von Regierung wegen einen „Schutzschild“ gegen die Bedrohung errichte, niemand im Stich gelassen würde und alle jetzt solidarisch sein sollen. Das klingt ähnlich, wie ihr 2015 in der Flüchtlingskrise allzu leichtfertig lanciertes Motto des „Wir schaffen das!“, das sie in der Folge nicht aufrechterhalten konnte, denn sie hatte die Tragweite ihres Satzes gar nicht mehr selbst in der Hand. Was dann „geschafft“ wurde, war die Aufrichtung eines „Schutzschildes“ zur koordinierten europäischen Flüchtlingsabwehr mit eigener Frontex-Polizeiagentur und dem türkischen Präsi-

denten Recep Erdogan als von der EU bezahltem Grenzhüter. Front-ex, das bedeutet weg von der Grenze! Die staatliche Reaktion auf die Pandemie (so sie eine ist) sorgt inzwischen auch dafür, dass wegen strikter Auflagen (Hafenquarantäne, geschlossene Wartungswerkstätten) die humanitäre Rettungsaktion von zivilen Hilfsorganisationen im Mittelmeer völlig zum Erliegen gekommen ist. Zum Abwehrargument „Wirtschaftsflucht“ kommt jetzt noch das der Vorbeuge gegen Ansteckung hinzu. Kein einziges Schiff ist mehr unterwegs. Menschen auf der Flucht als Leidtragende per se der europäischen Abschottung. Wir scheinen gut zu sein im Aufrichten von Schutzschilden, Zäunen und Mauern gegen alles Mögliche. Im Zuge der neuen Mission „Iriní“ zur Überwachung des UN-Waffenembargos gegen Libyen, hat die EU nach einem Jahr ihre Kontrollfahrten mit Marine-schiffen im Mittelmeer wieder aufgenommen.

Wir sind in einem Anti-Virus-Krieg. Die Menschheit sozusagen im Modus einer „Gegen-offensive“, diesmal nicht mit Militär und Truppen, sondern mit autoritativer Administration und erlassenen Verboten, um- und durchgesetzt gegebenenfalls durch Polizei und Bundespolizei an den Grenzen. Der offene Schengenraum ist tot, ein gemeinsames Europa existiert nicht mehr. Jeder handelt nur zum eigenen Schutz und nationalen Gesundheitswohl. Die mobilisierten Truppen für die großangelegte US-NATO-Übung „Defender Europe 20“ in diesem Frühjahr, werden zurückgezogen und das Manöver in Mittel- und Nordeuropa vorzeitig beendet. Die Bundeswehr wird an der Seuchen-„Heimat-

front“ gebraucht und mobilisiert Tausende Reservisten. Sie könnte je nach entstehender Lage das Antikatastrophen-Instrumentarium bald ergänzen, indem sie Seite an Seite mit Polizei und Bundespolizei notstandsmäßig in Aktion tritt. Die CDU-Bundesministerin für Verteidigung redet mit Blick auf die Epidemie von einem möglichen „langanhaltenden“ Militäreinsatz im Innern. Die deutsche Regierung berät zurzeit, wie sie gegen bestimmte öffentliche Äußerungen zur Kritik ihres Krisenszenarios, die unter bewusst ausgestreuten „Fake News“ summiert werden, juristisch vorgehen könnte. Also auch eine schleichende Diskurs- und Medienzensur wird erwogen. Die einzig gültige ist dann im zugespitzten Fall nur noch die staatliche „Wahrheit“ über das Virus, für alle anderen gilt die Orwellsche Neusprechvorgabe aus dessen Roman „1984“: Unwissenheit ist Stärke, Freiheit ist Sklaverei.

Es scheint gegenwärtig die Stunde der Gesundheitsspezialisten mit ihren alarmierenden wissenschafts-statistischen Expertisen und von Volksvertretern zu sein, die ihnen nahezu aufs Wort folgen. Es gibt weder ad hoc zu bildende Bürger*innen-Komitees noch irgendwelche Krisen-Räte aus der Bevölkerung, die miteinbezogen würden und mitzureden hätten. Die Rechtslage von Einsprüchen ist kompliziert, Widersprüche haben keine aufschiebende Wirkung, zudem haben viele Gerichte landesweit ihre Tätigkeit heruntergefahren. Erste Bürgerklagen wurden bereits gerichtlich abgewiesen. CSU-Ministerpräsident Söder ließ am 15. März im ganzen Land schnell noch eine Kommunalwahl durchziehen, bei der in den Wahllokalen

alle hautnah allen begegneten, um dann am Tag darauf für ganz Bayern den Katastrophenfall mit landesweiter Quarantäne für fast alles auszurufen. So was nennt man einen Coup landen, über dessen Verantwortungsmaß man sehr geteilter Meinung sein kann. Das katholischste Bundesland schließt Kirchen und Wirtshäuser, die zentralen volkstümlichen Lebensadern des Landes.

Der Milgram-Effekt: Nicht fragen, gehorchen!

Wir finden uns gegenwärtig in einer Laborsituation wieder wie im weltbekannten Milgram-Experiment, bei dem Menschen in Versuchen auf ihre Gehorsamsbereitschaft und Hörigkeit gegenüber Autoritätspersonen getestet wurden. Mit beängstigenden Ergebnissen hoher Bereitschaften, Anweisungen von Testleitern im weißen Kittel zu befolgen. Demnach sollten anderen Versuchspersonen in einem Nebenraum – das, so wurde stets betont, erfordere das Experiment unbedingt – zur Strafe lebensgefährliche bis tödliche Stromstöße verabreicht werden, wenn sie Testfragen falsch beantworteten (was freilich bis hin zu Schmerzensschreien von mit Strom Gequälten alles nur simuliert war). Nur ein relativ geringer Prozentsatz der Strafenden brach das Experiment vorzeitig ab und weigerte sich, fortzufahren.

Die Bevölkerung soll die Qualität der Fakten und Einzelheiten von Epidemie, Erfordernis und Eignung der Gegenmaßnahmen weder ernsthaft prüfen noch hinterfragen noch gar anzweifeln dürfen. Obwohl es viele geteilte, differente und abweichende Meinungen, begründete Zweifel und kritische Einwände

de von seriöser Seite (Virologen, Epidemiologen, Intensivärzte) zu Ausmaß und Schwere der Bedrohung gibt. Eine zweifelnde, hinterfragende „Gegenseite“ wird diffamierend ins Reich von Verschwörungstheorien abgedrängt. Auf die Beispiele vieler junger Menschen, sich sorglos in Parks in Gruppen zu treffen und sog. Coronapartys zu feiern, folgte prompt die Meldung, dass nun auch vermehrt jüngere Menschen von schweren Covid-19-Erkrankungen betroffen wären. Kaum etwas davon ist überprüfbar. Wer die Informationsmacht hat, definiert und bestimmt, was zu geschehen hat.

AIDS und Corona: Dasselbe Muster?

Es ist ähnlich wie zu Beginn bei der „Lustseuche“ (Immunschwäche) AIDS Anfang der 1980er Jahre: Plötzlich verstarben viele homosexuell lebende Menschen, die auch noch andere ernste Erkrankungen hatten, an einem AIDS-„Erreger“, von dem man nicht wusste, woher er kam und wie er entstanden sein soll, nur dass er bei immunkranken Menschen begleitend auftrat und registriert wurde. Aber war das auch die Krankheitsursache? Der AIDS-Diskurs wurde weltweit zu einem fatalen Zahlenspiel mit Angst machenden Ansteckungsstatistiken, verbunden mit eindringlichen Warnungen vor freizügigem Liebesleben und allzu „leichtfertigen“ Sexualpraktiken. Ehe- und Liebespaare verlangten hysterisch voneinander ärztliche AIDS-Tests. Eine anfänglich projizierte globale AIDS-Massenepidemie freilich fand nie statt, obwohl noch immer Zehntausende an Immunschwäche und ihren Folgen erkranken und auch

sterben, was vermehrt gravierenden Umwelteinflüssen zuzuschreiben ist.

2017/18 gab es im Zuge einer weltweiten Influenza-Epidemie 43 Millionen Erkrankte, verstarben daran rund 1 Million Menschen, davon in Deutschland etwa 25.000! Es gab damals keinen Notstand, keine Massenhysterie und keine Hamsterkäufepanik. Die Nation war hinlänglich mit anderem beschäftigt: mit schwieriger Regierungsbildung, Flüchtlings- und dann hausgemachter Regierungskrise in der neuen Großen Koalition. Fußball, Sport und öffentliches Kulturleben liefen unbeeindruckt weiter, da kaum jemand über die Epidemie genau informiert war, weil von höchster Stelle Informationen auch nicht ausgegeben und massenmedial verbreitet wurden. Fakt ist, jede Influenza-Erkrankung und Grippewelle ist genauso ernst zu nehmen, ohne dass der nationale Notstand ausbrechen müsste.

Gegenüber solcher „Gewohnheitsepidemie“ sind wir allerdings jetzt in einer ganz anderen Lage, in dem wir es mit einer neuen gesundheitlichen Bedrohung zu tun haben, die uns aus allen Gewohnheiten rüttelt und in tiefe existenzielle Nöte zu stürzen scheint wie einst die Mittelalterseuchen als häufigen Begleitern von Kriegen oder Hungersnöten. Es wird uns warnend suggeriert, dass es jeden Zweiten mit einer Infektion trafe, bei jedem/jeder ums eigene Leben und Überleben geht, als kollidiere die Erde in einem halben Jahr unweigerlich mit einem Kometen oder Asteroiden aus dem Weltraum und könnte dies die Menschheit insgesamt oder einen großen Teil von ihr auslöschen. Es gibt einen Begriff dafür in der christlichen Religion: Apokalypse, andere nennen es

„Armageddon“, Weltenende und finales Gottesgericht.

Größte Herausforderung nach 1945?

Italiens Ministerpräsident Conte sprach unlängst bei einer TV-Ansprache von der „größten Herausforderung nach dem Zweiten Weltkrieg“ für sein Land und die Welt. Doch welchen Stellenwert hat diese Aussage? Zig Millionen Menschen kamen nach 1945 menschengemacht durch Krieg, Flucht und Vertreibung und naturbedingt durch Erdbeben, Dürren oder Überschwemmungen ums Leben. Hunderttausende von Kindern sterben jährlich weltweit an Hunger. Jedes Jahr sterben bei uns an den „Volkskrankheiten“ Herzinfarkt, Schlaganfall und Diabetes, an Übergewicht, oder Alkohol- und Nikotinsucht jeweils weit mehr Menschen als jetzt an Corona. Es hat den Anschein, als sei die kollektive, prägeschichtliche Programmierung der Menschheit auf „Katastrophe“ als etwas, das uns das Heft des Handelns völlig aus der Hand nimmt, auf das derzeit beschworene Angst-Szenarium besonders fixiert.

Die globale Corona-Krise macht deutlich: Alles hängt, alle hängen mit allem und allen zusammen, eine fatale Konstellation. Wir denken heutzutage, wir hätten alles im Griff, beherrschten die Natur von Grund auf. Doch Corona-Epidemie oder Klimakatastrophe führen uns vor, dass es Mächte und Kräfte gibt, die vielmehr uns im Griff zu haben scheinen. So gesehen und verstanden ist Corona auch eine Art von Strategie der Natur, gegen die Zivilisation zurückzuschlagen. In der Bibel schickt ein strafender Gott die Plagen und Seuchen, um die Menschen zu einer Einsicht in ihr

„sündhaftes Tun“ zu bringen und zur Umkehr auf den rechten Weg zu bewegen, abzulassen vom Götzen Baal, von menschlicher Anmaßung und Hybris. Sodom und Gomorra. Quasi nach dem Motto, wer nicht auf IHN hören will, muss fühlen, seien es nun die Sintflut oder eine Heuschreckenplage, die Ernten vernichtet wie derzeit in Ostafrika. Die Botschaft der Bibel kann immer noch aktuell sein, es gilt sie richtig zu verstehen und deuten.

Biblische Sorge: Das Gebot der Verantwortung

So lautet die biblische Botschaft aber auch, es ist uns aufgegeben, die Schöpfung und damit die Natur zu erhalten, machet euch die Erde untertan wird gesagt. Und wie wir das heute verstehen müssen, heißt das nicht, sie zu beherrschen, gnadenlos auszubeuten und alle bis in jeden Winkel zu missionieren. Sondern nachhaltig zu bewahren und erhalten, Sonst gibt es bald nichts mehr, was uns „untertan“, d. h. Basis für unsere Existenz sein könnte. Eng verbunden mit dieser biblischen Weltethik ist auch die *Conditio humana*, verdeutlicht in einem Handeln des Einzelnen zum Wohle des Anderen, so wie man von diesem selbst behandelt werden möchte (die Goldene Regel) und im modernen Generationenvertrag. Kein geringerer als der katholische Theologe Hans Küng hat uns dies mit seinem ökumenischen Begriff des Weltethos der Religionen vor Augen geführt. Der Befreiungstheologe, ehemalige Franziskanerpater und Mitverfasser der Erd-Charta, Leonardo Boff, hat dies in den befreiungstheologischen Kontext übersetzt, zum Beispiel in seinem Werk „Tugenden für eine bessere

Welt“ (publik-forum edition 2009). Darin sind und erörtert er als die zentralen Begriffe Gastfreundschaft, Zusammenleben, Respekt, Toleranz, Tischgemeinschaft und ein Leben in Frieden. Autonomie, Egalität, Freiheit, Erlösung aus der Sklaverei (auch durch ein Virus) sind Elemente in der Bibel der Emanzipation des Menschen, die sich als „Große Erzählung“ trifft und vereint mit anderen weltlichen Großen Erzählungen, die das Ziel der Befreiung, Gleichheit und Solidarität auf ihre Fahnen geschrieben haben.

Was wir aber am Beispiel von Corona erleben, steht dem in vielem entgegen. Es wird kein Frieden gelebt, sondern gesellschaftlich Krieg vorbereitet und geführt. Es wird Feinderklärung betrieben und „soziale Distanz“ (Social Distancing) gefordert und propagiert, um vermeintlicher genereller Ansteckung mit dem Virus vorzubeugen. Die Herde wird von ihrem Hirten getrennt. Doch hat das Virus potenziell jeder Nächste? Wohl kaum, bei den Zahlen. Kirchen werden geschlossen, Gottesdienste verboten. Papst Franziskus geht durch Roms menschenleere Straßen, betet am Pestkreuz einer Kirche und fleht Gott um Verschonung durch die Virusgeißel an. Das Gebet, die Zwiesprache des Menschen mit Gott, müssen die Menschen jetzt vereinzelt in Quarantäne zuhause abhalten. Die lebendige christliche Gemeinschaft ist aufgehoben bzw. es gibt sie noch virtuell. Der innere Bereich der islamischen Kaaba in Mekka, normalerweise mit Zehntausenden Gläubigen und Pilgernden dicht gedrängt belebt, ist leergefegt wie ein Betriebshof am Freitagnachmittag. Jesus verkehrte mit den Aussätzigen, Armen und noch

anderen schwer Kranken und Gezeichneten und er kümmerte sich nicht um Mund- oder Atemschutz. Einige befreite der Heiler und „Exorzist“ Jesus (Gerd Lüdemann) sogar von ihrer großen körperlichen und seelischen Not und Pein. Seht, ich sende euch wie Schafe mitten unter die Wölfe, heißt es bei Matthäus und wir sollen klug sein wie die Schlangen und ohne Falsch wie die Tauben. „Die einzige Art, gegen die Pest zu kämpfen, ist die Ehrlichkeit“ (Albert Camus in seinem Pest-Roman). Komm Herr Jesus, sei unser Gast und segne, was du uns bescheret hast, heißt es im christlichen Tischgebet. Teilen mit anderen ist gemeint, was an Nahrung für alle reichlich und wundersam da ist: ein paar wenige Brote und Fische, die die vielen Tausend um Jesus Versammelten dennoch satt machen, so dass noch körbeweise Reste übrig bleiben –, nicht Regale leerzuräumen und zu raffen. Gier ist christlich gesprochen eine der Todsünden. Zahlreiche soziale Tafeln haben geschlossen, weil auch die Supermarktlieferungen ausbleiben. Wieder trifft es die Ärmsten und Bedürftigsten besonders hart.

Mit Corona gegen das Menschenrecht

Aber diese Anderen sind uns in einer immer anonymeren Alltagswelt mit der Zeit immer fremder geworden, das zeigt auch der Umgang mit dem Flüchtlingsthema. Flüchtlings- und Coronakrise hängen in gewisser Weise eng miteinander zusammen. Es ist die gleiche zugrundeliegende Abwehrhaltung gegenüber dem „Fremden“. Gewiss, wir müssen uns (und andere!) in einer Ausnahmesituation schützen, die Infektionsketten unterbrechen, das sei mit Maß al-

les hier nicht in Frage gestellt. In Frage steht allerdings vieles davon, wie dies und mit welchen Mitteln rigoros umgesetzt und erreicht werden soll. Muss man dieses Schutzdiktat einfach so hinnehmen, ohne darüber noch nachzudenken, warum dies so sein muss?

Es wird nicht umfassend, breit und differenziert über die Zusammenhänge des Virus informiert und berichtet. Die völlig vermischten Themen in den „Corona-TV-Talks“ sind immer wieder dieselben, drehen sich im Kreis, schüren oft noch die Ungewissheiten. Die Basis der Erkenntnisse und des Wissens der Experten über den unbekanntem Corona-Erreger scheint selbst relativ gering zu sein. Elektronenmikroskopische Aufnahmen eingefärbter Präparate zeigen ein rundliches Gebilde umrankt von Fortsätzen, den Andockstellen für die Zellen wie bei den abstehenden Kontaktzändern einer Seemine, daher der Name Corona = Kranz oder Krone. Wie sinnig sich dieses Bild aufdrängt: das Virus als hochexplosive Mine. Das Virus und seine Abwehr unterminieren das Menschenrecht des Gesunden wie des Erkrankten auf menschenwürdige Arbeit, Bildung, Freiheit, Gesundheit und Muße. Diese ethischen Aspekte bleiben im öffentlichen Diskurs weitgehend außen vor. Da geht es um leere Supermarkttregale, fehlende Atemschutzmasken, die Frage, wie ein Corona-Test funktioniert oder woher man Entschädigung bekommt.

Kampf gegen die Notstandsgesellschaft

Die bundesdeutsche APO-Linke hat vereint mit dem Widerstand von gesellschaftlichen Kräften in bestimmten Gewerkschaften und Parteien in den

1960er Jahren einen zähen Kampf auf den Straßen und mit politischen Kundgebungen gegen die Verabschiedung der Notstandsverfassung geführt, die Sicherstellungsgesetze beinhaltet für Wirtschaft, Energie, Gesundheit, Verkehr, Ernährung, Wasserversorgung usw., darunter auch das Infektionsschutz-Gesetz (früher: SeuchenschutzG), dessen Regime wir gerade aktuell erleben. Gedacht vor allem für den „Katastrophenfall“ (Atom)Krieg und gegen Unruhen und Aufstände im Innern. Der Hintergedanke war doch gerade, keine Gesellschaft zu wollen, die Militär braucht, um Kriege zu führen und deshalb die Bevölkerung auf Notstände vorbereitet als Folge davon. Kritischer Konsens war immer, dass man für bestimmte Aufgaben Polizei, Feuerwehr, Technische Hilfswerke (THW), Rettungsdienste – also Zivil- und Katastrophenschutz – braucht, aber keine Bundeswehr im Innern. Unter dem Rechtfertigungsaspekt von nationalem Notstand wird die Bundeswehr zum parapolizeilichen Ordnungs- und Exekutivinstrument. Auch jetzt wird die Armee wieder in die militarisierter Krisenbewältigung eingebunden, zunächst indem Kapazitäten der Bundeswehrkrankenhäuser zur Verfügung gestellt werden und Notkrankenhäuser in Hallen und Messegebäuden eingerichtet werden sollen, um einem postulierten Massenansturm mit Schwerstkranken zu begegnen, bei dem durch Triage (Einteilung nach Schwere der Erkrankung) zu rettendes von todgeweihtem Leben separiert wird.

Corona – Symptom und Phantom

Das Virus ist sowohl Symptom als auch Phantom. Symptom darum, weil es

nicht seine eigene Ursache, sondern Folge von etwas, das dahinter liegt, ist. Symptom auch, weil es wie ein Indikator anzeigt, wie sehr wir durch eine Natur und Mensch ausbeutende Wirtschaft und Profit- und Wachstumswahn in der Sackgasse einer „imperialen Lebensweise“ stecken und festgefahren sind, die die Monopole der Herrschenden dieser Welt den Menschen tagtäglich aufzwingen bis hin zur Massenversorgung mittels industrieller Billigproduktion von Gütern und Lebensmitteln. Davon kann nun der Katastrophen-Diskurs wunderbar ablenken und die Menschen mit permanenter kleinteiliger Daseinsvorsorge beschäftigen. Hier greift das System der „schwarzen Pädagogik“: Du sollst nicht merken. Insofern offenbart die jüngste Merkel-Rede an die Nation trotz vorge-tragener Sorge etwas grundsätzlich Heuchlerisches und Vernebelndes.

Zu fragen wäre doch: Wie kann ein mikroskopisch winziges Virus mit einem einzigen simplen Exponential-Algorithmus eine ganze Welt lahmlegen? Eine Welt, die offenbar nicht mehr fähig ist, sich selbst zu regulieren, die nach dem Prinzip der Kettenreaktion funktioniert. Und bei einem „Fehler im System“, denn nichts anderes verkörpert das Virus, nur noch mühsam notreguliert werden kann, indem Prinzipien der Demokratie und des Humanen eingeschränkt und ausgeschaltet werden. Es ist dasselbe Prinzip, das bei einer Übung die Notabschaltung des überkritischen Reaktors von Tschernobyl in jener Nacht zum 26. April 1986 durch unerfahrene Ingenieure scheitern und den Super-GAU auslösen ließ. Das Virus straft jegliches Reden über einen freien Markt, der alles zu regeln vermag, der Lüge. Der in Wahrheit längst deregul-

lierte Markt wird im Viruskrisenfall, der auch die Wirtschaft nicht verschont, stillschweigend transformiert in ein staatliches Regime der Anordnungen und Weisungen im Rahmen einer gigantischen globalen Notstandsübung. Sogar ein Er-z-liberaler wie der FDP-Chef Lindner regt davon offenbar angetan an, hinderliche föderale Strukturen und Elemente der Entscheidungsautonomie des politischen Systems der BRD zu überdenken. Dem muss entschieden widersprochen werden!

Das Virus ist zugleich Phantom, weil es nicht wie ein Ding zu greifen und zu besiegen ist. Wie Don Quichote im Kampf gegen die Flügel der Windmühle, die wohl eher nur in seiner Einbildung existierten. Sinnbild der Vergeblichkeit. Wie der bergan gewuchtete Stein des Sisyphos, der dem Götterverdammten immer wieder neu entgleitet und bergabrollt, um von neuem die Sisyphosarbeit zu beginnen. Sinnbild des Absurden. Wie der Kampf des Dr. Rieux gegen die Seuche in Albert Camus' Roman „Die Pest“. Wir lehnen uns auf gegen das Virus, wir revoltieren gegen seine vermeintliche Zwangsläufigkeit, gegen seine Sinnlosigkeit und Grausamkeit. Wir sind die fatal Eingeschlossenen in Jean-Paul Sartres Stück „Die geschlossene Gesellschaft“. Wir fühlen uns ausweglos und ausgeliefert wie in Marlen Haushofers Roman „Die Wand“. Wir kommen nicht mehr raus, niemand kommt mehr rein. Wir sind hermetisiert, socially distanced.

Wer ordnet die Dinge: Virus oder Mensch?

Um es nochmal klar zu sagen: Es geht nicht darum, das, was jetzt vom hygieni-

schen Schutzaspekt her ernst zu nehmen wäre, leichtfertig nicht ernst zu nehmen und keine oder nur unzureichende Schutzmaßnahmen zu ergreifen. Wir müssen mit wachem, kritischem Grundverhalten sehen, merken und untersuchen, wie die Dinge in einem „Diskurs der herrschenden Ordnung“ ablaufen, sich selbst organisieren und von den Regierenden organisiert werden, die jetzt von uns fordern: grundsätzliches, blindes Vertrauen in den Staat und die bürokratische Exekutive auf Länder- und Bundesebene zu haben; in die zahlreichen alarmierenden Medienbotschaften; in die Meinungen und Empfehlungen der „Experten“, die im Grunde nicht viel mehr „wissen“ und genauso spekulieren wie Otto und Erna Normalbürger*in, nur sind sie „anerkannter“, indem sie sich erklärtermaßen auf „wissenschaftliche Studien“ berufen. Science rules us (Wissenschaft beherrscht uns).

Vernunft und Aufklärung gelten als die scheinbar unwiderlegbaren Doktrinen der Moderne. Und dennoch verband sich machiavellistisches Staatsverständnis mit der Ideologie und Zweckratio von Macht und Herrschaft, gab es Diktatoren wie Napoleon, Stalin, Hitler, den Holocaust und die Atombombe. Der französische strukturalistische Philosoph Michel Foucault (1926-1984) kritisierte Vernunft und Ratio in seinen Werken über die „Archäologie des Wissens“, „Die Ordnung der Dinge“, in seinem dreibändigen Hauptwerk „Sexualität und Wahrheit“ und in seinen Untersuchungen über „Wahnsinn und Gesellschaft“, „Überwachen und Strafen, die „Analytik der Macht“ sowie „Gouvernementalität I/II“. Der homosexuelle Ge-

lehrte, Medizin-, Diskurs- und Machtkritiker starb kurioserweise an der Immunschwäche Aids. Seine Relektüre sei hier ausdrücklich vorgeschlagen.

Jedes menschliche Phänomen, jedes soziale und kulturelle Ereignis offenbart etwas über den Charakter und die innere Verfassung des individuellen und sozialen Kontextes, in dem Sprechen und Handeln dazu stehen. Im Fall der Coronakrise ist dies der tiefe Einblick in die Anfälligkeit und Fragilität komplexer Systeme, ihre Zusammenhänge und Funktionsweisen wie z. B. Globalisierung, Welthandel und Weltverkehr bis hin zu einem widersinnigen Massentourismus. Dezentrale und regional wirkende assoziative Wirtschaftsstrukturen ohne Koppelung an Spekulationsbörsen und an wirklichen Bedarfen ausgerichtet, wären von den Auswüchsen und Zwängen der „überentwickelten Nationen“ (Leopold Kohr) weit weniger betroffen und heimgesucht.

Elmar Klink, Studium der Sozialarbeit und Sozialwissenschaft in Bremen. Langjährige Berufstätigkeit in der Beratung und Öffentlichkeitsarbeit in einer Bundesgeschäftsstelle für evangelische Friedensarbeit. Aktiv in Gewaltfreier Aktion, Antikriegs- und Friedensbewegung. Freier Autor.



Die Botschaft Jesu neu und hochaktuell entdecken



Claus Petersen

21 Entdeckungen

Was Jesus wirklich lehrte

.....

224 Seiten / gebunden mit Schutzumschlag

€ 20,00 (D) / € 20,60 (A) / CHF* 28,90

ISBN 978-3-579-06616-5

Auch als E-Book erhältlich

.....

Erfahren Sie mehr unter **www.gtvh.de**

Petersen konzentriert sich auf die 21 Worte des Neuen Testaments, die aller Wahrscheinlichkeit nach tatsächlich auf Jesus zurückgehen. Kern dieser Botschaft ist das Reich Gottes.



Erfahren Sie mehr unter
www.gtvh.de

GÜTERSLOHER
VERLAGSHAUS

www.gtvh.de



*empf. Verkaufspreis

Das Geheimnis der Humanität

Gerard Minnaard, *Das Geheimnis der Humanität. Eine nicht religiöse Auslegung der Bibel für Menschen, die vielleicht an Wunder, aber nicht an Mirakel glauben.* Uelzen (Erev-Rav) 2020. Mit zehn Zeichnungen von Werner Steinbrecher.

Von Thomas Klein

Auf 129 Seiten kann man natürlich nicht die Bibel auslegen, aber es versammelt erhellende und amüsante zu lesende Erklärungen zu zwölf biblischen Texten. Und so ist das schmale Büchlein doch ein gewichtiger Beitrag dazu. Das kommt daher, dass es seinen Entstehungszusammenhang mit bedenkt: Die Woltersburger Mühle (in diesem Zusammenhang unter dem Aspekt: soziales Projekt), und speziell in einem Gesprächskreis, über dessen Ursprung der Verfasser Auskunft gibt: Nach einer Beerdigung eines Freundes, der keinen Bezug mehr zu Kirche hatte und bei der darum weder Kirchenmusik noch überhaupt kirchliche Sprache vorkamen, entstand der Wunsch danach bei regelmäßigen Treffen „geistig, aber nicht religiös (-) miteinander ins Gespräch zu kommen“ (12). Bei diesen Treffen gibt es einen biblischen Impuls, eine Person bringt ihr Lieblingslied mit, es wird gemeinsam gegessen und das Lied „Brot und Rosen“ gesungen – „damit wir bei der nächsten Beerdigung zumindest ein Lied gemeinsam singen können“ (ebd.).

Zum kleinsten gemeinsamen Nenner der Gruppe gehört also ein Lied, das aus einem Streik US-amerikanischer Arbeiterinnen hervorgegangen ist und die Arbeitskämpfe begleitet hat. Es fordert mit dem Slogan „Brot und Rosen“ ein Leben, das „ganz“ ist und weiß sich unterstützt von den toten Vorkämpferinnen, deren „unerhörter Schrei nach Brot“ in ihrem Lied fortwirkt.

Die Präsenz der Toten im gemeinsamen Kampf fürs „gute Leben“ – das ist keine schlechte Basis für die Auslegung von biblischen Erzählungen. Ob dieses Lied bei einem der Treffen auf seine gleichnishafte Bezüge zur biblischen Botschaft befragt wurde?

Der Verfasser hegt den Wunsch, dass die biblischen Erzählungen zu Erfahrungen werden, die die Gruppe verändern. Er – biblischer Theologe – weiß sich durch die Botschaft der Bibel bewegt und bedauert, dass die biblische Verheißung einer solidarischen Welt „immer weniger gehört“ wird. Damit das anders werde, müsse die Sprache der Bibel aus ihrer religiösen Gefangenschaft befreit werden. Denn die Bibel sei gar kein religiöses Buch. Damit ist Minnaard mit Dietrich Bonhoeffer einig, der schon in seinen Gefäng-



nisbriefen das Programm entwarf, die Vokabel „Gott“ nicht-religiös zu interpretieren. Hier haben wir also ein Dokument einer erprobten Ausführung dieses Programms. Und das ist nicht wenig.

Die Frage darf gestellt werden, ob die größte Hürde für nicht-kirchliche Menschen im Gebrauch der Vokabel „Gott“ liegt. Als befremdend wird in Gottesdiensten das ganze Format erlebt: von der Sitzordnung über die Musik zu der kommunikativen Einbahnstraßensituation. In der Woltersburger Mühle kommt die Gruppe auch zum einem gemeinsamen Essen zusammen, um einen anderen Akzent zu setzen.

Genau genommen sind die biblischen Texte für die Impulse bereits bearbeitet. Denn der Autor ersetzt bzw. „überträgt“ das Wort Gott mit (u.a.) „Stimme, Vision oder Bote der Humanität“ (11). Wir haben hier also Vorarbeiten für eine neue Bibelübersetzung bzw. freie Übertragung (so wie sich Huub Oosterhuis die poetische Freiheit genommen hat, die Psalmen neu zu schreiben). Dass die Sprache dafür nicht einfach da ist, weiß Minnaard. Es gibt keine Sprache die „sauber“ wäre (11). Auch die Rede von der Humanität ist es nicht. Er traut ihr aber zu, „verständlich“ zu sein. Dass es ein Projekt ist, muss die Probe darauf von Fall zu Fall erfolgen. Ich führe zwei Beispiele an, eines, das mich überzeugt hat, eines, wo das Verfahren m. E. an eine Grenze kommt.

Bei der Auslegung einer Wundergeschichte (Mk 6,30-44) wird deutlich, wie der Untertitel des Werkes zu verstehen ist. Minnaard lässt uns anschaulich teilhaben am Werden der „Woltersburger Mühle“, den Hindernissen und ihrer Überwindung. Bei der Verarbeitung der krisenhaften Erfahrungen habe diese biblische Erzählung geholfen. Die Bewältigung der Krisen hat aber wiederum ein Licht auf die biblische Erzählung geworfen. „Ich kann nicht sagen, was im Vordergrund stand: das Projekt oder die Erzählung. Beide haben sich gegenseitig ausgelegt.“ (106) Das wurde deutlich, wenn in der Erfahrung des Mangels wie in der Markuserzählung das Augenmerk auf das, was da war, gelegt wurde. Und das hat gezeigt, dass „immer etwas da ist“ (ebd.). In dieser Optik wurde unerwartete, aber rettende Hilfe zum „Geschenk des Himmels“ (106), woraus ich schließe: zum Grund für Dankbarkeit und Fest.

Gerard Minnaard

Das Geheimnis der Humanität

Eine nicht religiöse Auslegung der Bibel für Menschen, die vielleicht an Wunder, aber nicht an Mirakel glauben



Hier traut Minnaard der Vokabel „Himmel“ zu, allgemein verständlich zu sein. An anderer Stelle ist aber die Übertragung aufschlussreich: Wenn Jesus, bevor er das Brot verteilt, zum Himmel schaut und dankt, liest sich das bei Minnaard so: „Jesus spürte die Kraft der befreienden Tradition – und wagte es darauf.“ (108) Ohne diese Kraft, so sollen wir – wohl – verstehen, gäbe es die Woltersburger Mühle nicht, einen Ort, den viele, mich eingeschlossen, als „segensreich“ (wobei ich einfach voraussetzte, dass dieses Wort verständlich ist) erlebt haben. Aber für das Dasein und das Wirken dieser Kraft wurde die projekttragende Gemeinschaft erst empfänglich, weil sie bereit war, ihre Erfahrungen durch biblische Texte zu reflektieren. Minnaard handelt das Ganze nicht in einer theoretischen Sprache ab, aber er gibt ein schönes Beispiel dafür, dass biblische Texte sich erst durch praktische Erfahrungen dialektisch erschließen.

Das zweite Beispiel zeigt m. E. die Grenze der Methode. Minnaard umgeht nicht das „Erbe der Gewalt“ (J. Ebach) und nimmt sich einen der Gewalttexte der Bibel vor (die David und Goliath-Geschichte in 1 Sam 17) und setzt sich zum Ziel, den humanistischen Inhalt dieser Bibelstelle zu verdeutlichen. Es geht ihm ausdrücklich darum, dass „wir lernen, ein Gespür zu bekommen für das Geheimnis der Humanität“ (78).

In der Bibel in gerechter Sprache liest sich der Abschnitt so:

„45 Da sagte David zu dem Philister: »Du kommst zu mir mit Schwert und Speer und Waffe. Ich aber komme zu dir mit dem Namen des Heiligen, gebietend über Heere, der Gottheit des kampfbereiten Heeres Israels, die du lächerlich gemacht hast. 46 Heute wird der Heilige dich mir in die Hand geben, und ich werde dich schlagen und dir deinen Kopf abschlagen, und die Leichen des Philisterheeres werde ich heute den Vögeln des Himmels und den Tieren der Erde geben. Dann wird alle Welt wissen, dass Israel einen Gott hat, ...“

Dieser Abschnitt wird bei Minnaard so übertragen:

„Ich komme im Namen der Humanität – etwas, was du nicht kennst. Heute werde ich dich im Namen der Humanität besiegen. Ich werde dich enthaupten und den Tieren zu fressen geben. Humanität setzt sich durch. Ohne Schwert und ohne Speer. Die Humanität wird dich besiegen.“ (76)

Mit Recht verweist der Autor auf die Gewalt kritischen und Gewalt minimierenden Aspekte der Erzählung: Die Israeliten sind den angreifenden Philistern militärisch hoffnungslos unterlegen. David ist ein schwächlicher Junge, der gar keine Rüstung tragen kann. Er kommt ohne Waffen, aber „der Heilige ist mit ihm“. Goliath stirbt

nicht durch Kriegswaffen, sondern durch ein Hirtenrequisit. David schlägt Goliath mit dessen eigenem Schwert den Kopf ab, was man so lesen mag, dass die Gewalt an sich selbst zu Grunde geht.

Aber warum die martialische Demonstration des abgeschlagenen Kopfes? Wie bringt Minnaard das mit dem Geheimnis der Humanität zusammen (und nicht nur textlich in Nachbarschaft)?

Er findet entschuldigende Worte: „Wie oft kommt es vor, dass Menschen, meist Frauen, leiden und nicht in der Lage sind, einen befreienden Schnitt zu machen. Der Kraftakt, der manchmal notwendig ist, um die Not zu wenden, erfordert eine gewisse Härte ‚nach außen‘, die vielen Opfern von Gewalt fremd ist. Damit ist die Gewalt nicht erklärt und damit soll sie auch nicht verharmlos werden. Aber vielleicht können wir vor diesem Hintergrund mit dem Ende der Erzählung in unserem Kontext dann doch etwas anfangen.“

Ob Minnaard sich damit selbst überzeugen konnte? Ist es ein Sieg der Humanität, wenn z. B. eine geschlagene und gedemütigte Ehefrau ihrem Leiden mit einem „befreienden Schnitt“ (Lassen wir hier mal offen, was da vielleicht abgeschnitten wird) ein Ende macht?

Humanität – so hatte Minnaard eingangs vermerkt – ist wie alle großen Begriffe „vergiftet und verbrannt“ (11). Es ist ein umkämpfter Begriff. M. E. zeigt sich gerade hier ein Problem, wenn man diesen Begriff an zentraler Stelle in die biblischen Texte eintragen will. Verliert er nicht seinen utopischen Gehalt? Bleibt man andererseits bei der Vokabel „Gott“/ Adonaj/ NAME, so stellt sich eine andere Frage: wie lässt sich der befreiende Gott in ein positives Verhältnis zur befreienden Gewalt zu setzen, wenn er doch für das Ende der Gewalt stehen soll? Gerade wem es realpolitisch Ernst ist mit dem Einfordern von „Brot und Rosen“, wird an dieser Frage nicht vorbeikommen.

„Wir waren Kirche inmitten der Armen“

RAMMINGER, Michael: „Wir waren Kirche inmitten der Armen“. Das Vermächtnis der Christen für den Sozialismus in Chile von 1971–1973. Münster: Edition ITP-Kompass Bd. 29, 2019

Von Ulrich Duchrow

Wer einen der Hauptgründe verstehen will, warum heute – vergleichbar allen lateinamerikanischen Ländern – 30% der Bevölkerung Brasiliens zu den evangelikalen

und neupfingstlerischen Gemeinschaften, also der Wählerschaft eines Bolsonaro, gehören, muss dieses Buch lesen. Es beschreibt die beeindruckende Geschichte, wie angesichts der auf soziale Gerechtigkeit zielenden Politik des demokratisch gewählten Präsidenten von Chile, Salvador Allende, innerhalb der Kirche und Ordensgemeinschaften sich Kräfte organisieren, um mit den ArbeiterInnen, den BewohnerInnen der Armenviertel (poblaciones) und den linken Parteien gemeinsam für das Gelingen dieses demokratisch-sozialistischen Projekts zu kämpfen. Aber sie erhielten nicht die Unterstützung der Mehrheit der katholischen Hierarchie. Sie distanzieren sich von dieser Revolution, Teile begrüßten sogar den dann folgenden Putsch durch Pinochet. So wurde die Chance der Kirche vertan, an der Seite der Masse der Bevölkerung zu stehen. Das nutzten dann eben die Evangelikalen.

In den in Chile einmalig dramatischen Jahren 1971-73 formierte sich die Bewegung Christen für den Sozialismus (Cristianos por el Socialismo/CPS). Anhand ihrer Geschichte entfaltet das Buch die Chance und den Niedergang der befreiungstheologischen Bemühungen nicht nur in Chile, sondern in ganz Lateinamerika. Sie waren ermutigt worden durch das 2. Vatikanische Konzil und das daran anschließende berühmte Treffen der Lateinamerikanischen Bischofskonferenz in Medellín 1968, das die Kirche zur Option für die Armen verpflichtete. Dem aber war die Bischofskonferenz in Chile nicht gefolgt.

CPS hatte einen Vorläufer in der „Gruppe der 80“, richtete 1971 ein Büro in Santiago und später auch an weiteren Orten ein und begann Erziehungsmaterial und Treffen zu organisieren. Das erste gesamtlateinamerikanische Treffen fand 1972 statt. Inhaltlich war ihr Hauptziel, innerhalb und außerhalb der Kirche klarzustellen, dass Christsein und der Kampf an der Seite der ausgebeuteten Arbeitenden und Armen für Gerechtigkeit, keinen Widerspruch darstellt, sondern die Botschaft Jesu am ehesten mit sozialistischen Zielen übereinstimmt, aber in direktem Gegensatz zum Kapitalismus steht. Insbesondere versuchte sie, den reformistischen sogenannten „Dritten Weg“ zu dekonstruieren, den die katholische Hierarchie und die Democracia Cristiana auf der Basis der katholischen Soziallehre vertraten. Dabei war die Eigentumsfrage der springende Punkt für die bürgerliche Kirche. Außerdem ignorierte diese, dass der Klassenkampf von oben bittere Realität war. Stattdessen warf sie den engagierten ChristInnen vor, Klassenkampf (von unten) sei mit der christlichen Nächstenliebe nicht vereinbar.

Das Buch verschweigt nicht, dass innerhalb der Bewegung der ChristInnen für den Sozialismus durchaus verschiedene Richtungen

miteinander stritten. Es ging dabei vor allem darum, ob sie sich eher in dem Parteienbündnis von Allendes Unidad Popular und den Gewerkschaften engagieren sollten oder in den Massenbewegungen in den Poblaciones der Armen (Lumpenproletariat). Michael Ramminger macht es plausibel, dass die Stärke von CPS gerade darin bestand, die verschiedenen Gruppen der Linken zusammenzuhalten. Das war insofern direkt politisch relevant, weil Allende nicht nur gegen Rechts kämpfen, sondern sich auch gegenüber einer radikaleren Linken erwehren musste. Übrigens trafen sich VertreterInnen von CPS auch mehrfach mit dem Präsidenten und einmal mit Fidel Castro. Auch auf den nationalen und internationalen Treffen nahmen Regierungsmitglieder teil.

Bemerkenswert an dem Buch ist auch die Dokumentation. Hier werden Erklärungen, Briefe Einschätzungen erschlossen, die sonst kaum erreichbar wären. Überhaupt ist die Sorgfalt und Differenziertheit der gut lesbaren Darstellung hervorzuheben. Dabei ist deutlich, dass der Autor sich mit den Kämpfen von damals identifiziert, weil heute die Systemfrage dringender denn je gestellt ist. Angesichts der Tatsache, dass die sozialen, ökologischen und Gesundheitskrisen heute geradezu danach schreien, den Kapitalismus zu überwinden, stellt der demokratische Sozialismus der Allendezeit eine „gefährliche Erinnerung“ dar – gefährlich für die, die vom Status quo profitieren. Ihm kann man nicht die sowjetische Verkehrung des Sozialismus ins Diktatorische vorwerfen und damit für heute irrelevant erklären. Er scheiterte nicht an sich selbst, sondern er musste – analog dem Sozialismus mit menschlichem Gesicht 1968 im Prager Frühling – mit direkter Gewalt zerstört werden. Diese Gewalt brachte auch einigen der Christen für den Sozialismus das Martyrium, war insgesamt also auch eine Christenverfolgung.

Hier fragt man sich, warum der Autor nicht darauf eingeht, dass es ja nicht allein Pinochet und Teile des chilenischen Militärs waren, die Allende mit Mord und Totschlag stürzten und das alternative Projekt zerstörten, sondern mit ihm die USA (Kissinger). Dann hätte man auch noch darauf hinweisen können, dass es Pinochet war, der als erster den neoliberalen Kapitalismus 1:1 umsetzte (1975 berief er den Chicago Ökonomen Milton Friedmann zu diesem Zweck), bevor Reagan in den USA, Thatcher in Großbritannien, Kohl in Deutschland ihn im Westen einführten – die Voraussetzung für seine Globalisierung. So würde noch deutlicher, dass die Ereignisse in Chile auch weltgeschichtlich und für den heutigen Kampf gegen eine Wirtschaft, die tötet (Papst Franziskus), eine hohe Bedeutung haben.

BILDER- UND FOTOSNACHWEIS

Bilder und Fotos sind von der Redaktion bzw. von den Autor*innen

AUTOR*INNEN-NACHWEIS

Redaktionsbeirat und

Redaktion:

brsd.nord(at)mailbox.org

Norbert Bernholt:

nbernholt(at)t-online.de

Ulrich Duchrow:

ulrich.duchrow(at)ts.uni-heidelberg.de

Hartmut Futterlieb:

hartmut.futterlieb(at)t-online.de

Wilfried Gaum:

wilfried.gaum(at)gmx.de

Karin Hönicke:

k.hoenicke(at)t-online.de

Traugott Jähnichen:

traugott.jaehnichen(at)ruhr-uni-bochum.de

Thomas Klein:

thomas.a.klein(at)t-online.de

Elmar Klink:

elmar.klink(at)gmx.de

Hamideh Mohagheghi:

hamideh.mo(at)t-online.de

Claus Petersen:

clauspetersen(at)gmx.net

Franz Segbers:

mail(at)franz-segbers.de

Mitarbeit: CuS versucht eine Mischung aus aktuellen politischen Ereignissen, theologischer und politischer Diskussion, Aktualisierung religiös-sozialistischer Theologie und Politik, Aufarbeitung religiös-sozialistischer Geschichte und von Beiträgen, die sich um die Entwicklung einer Befreiungstheologie und einer entsprechenden Praxis in und für Europa bemühen. **Wir freuen uns über unverlangt eingesandte Manuskripte, auch mit Bildern.** (Allerdings können wir dafür nicht haften.) Auch Texte, die der Meinung der Redaktion nicht entsprechen, aber für unsere Leserinnen und Leser interessant sind, werden veröffentlicht. Gleiches gilt für LeserInnenbriefe. Wer regelmäßig geistesverwandte fremdsprachige Zeitschriften liest, sollte uns dies mitteilen und uns Artikel zur Übersetzung vorschlagen.

Artikel: Da die Redaktionsarbeit unentgeltlich erfolgt, haben wir nur in Ausnahmefällen Zeit für das Eingeben von Manuskripten. Wir bitten, uns Texte folgendermaßen zuzusenden:

- **Texte** in einem der PC-/Mac-üblichen Formate (RTF, TXT oder DOC) auf CD, Diskette oder per E-Mail.
- **Bilder** bitte digital als JPG-, TIFF-, EPS- oder PDF-Format mit mindestens 300 dpi Auflösung. Keine (!) Internetbilder, da sie nicht den Anforderungen des Offsetdruckes entsprechen. Im Notfall als scanfähiges Foto per Post.

Adresse: brsd.nord@mailbox.org,
Thomas Kegel, Oeltzenstr. 16, 30169
Hannover.

Sprache: Wir wünschen uns eine Sprache, die die weibliche und männliche Form gleichermaßen berücksichtigt.

Endredaktion: Über einen Abdruck entscheiden die MitarbeiterInnen der Redaktion. Ein Anspruch auf Veröffentlichung besteht nicht.

CuS. Christ und Sozialist. Christin und Sozialistin. Kreuz und Rose

Blätter des Bundes der Religiösen Sozialistinnen und Sozialisten Deutschlands e.V./www.BRSD.de

Erscheint seit 1948 (vorher gab es bis zur Unterdrückung durch den Hitler-Faschismus: Das Sonntagsblatt des arbeitenden Volkes 1924–1933, das Rote Blatt der Katholischen Sozialisten 1929–1930 und die Zeitschrift für Religion und Sozialismus 1929–1933).

Helmut Gollwitzer: Warum bin ich als Christ Sozialist? Warum wird ein Mensch Sozialist?

Ein Mensch wird Sozialist, weil er entweder durch die Schäden des gegenwärtigen Gesellschaftssystems selber schwer getroffen ist, oder weil er sich mit diesen Betroffenen identifiziert, aus moralischen Motiven oder aus rationaler Einsicht in die Dringlichkeit revolutionären Veränderung oder aus beidem.

Ein Mensch wird Sozialist, wenn er die gesellschaftlichen Schäden nicht nur als Einzelphänomene erfährt oder beobachtet, sondern die Vordergrundsphänomene durchschaut auf ihren Zusammenhang hin: den Zusammenhang, den sie untereinander haben und den Zusammenhang mit den Grundstrukturen der gegenwärtigen Gesellschaft, mit der in ihr dominierenden Produktionsweise. (Auszug aus: Warum bin ich als Christ Sozialist?, CuS 1/1980)

Abonnements:

Bundessekretariat des BRSD
Andreas Herr
Effnerstr. 26
85049 Ingolstadt
Tel.: 08 41/9 00 42 65
E-Mail: brsd-sued@gmx.de

Bezugspreis (inkl. Versand):

Inland € 20,- pro Jahr · Ausland € 30,- pro Jahr
Föderabonnement € 25,- oder mehr. Bitte überweisen Sie den Betrag jeweils zum Jahresbeginn an den BRSD e.V.
KD-Bank · IBAN DE15 3506 0190 2119 4570 10
BIC GENODED1DKD
Kündigungen werden zum Jahresende wirksam